

Alle Texte der Informationsstelle Militarisierung zur Demokratischen Republik Congo (DRC) und den dortigen EU-Einsätzen seit dem Jahr 2005

Bitte nur unter Angabe der Originalquellen zitieren.

<i>Christoph Marischka: Manöver am Congo</i>	2
<i>Tobias Pflüger: Kongo-Einsatz: Weiteres Tor, die EU als eigenständige Militärmacht zu etablieren</i>	6
<i>Tobias Pflüger: Verteidigungsminister Jung täuscht Öffentlichkeit</i>	6
<i>Tobias Pflüger: Kongo-Militäreinsatz der EU ablehnen</i>	6
<i>Tobias Pflüger: „Hier geht es tatsächlich um Zugang zu Rohstoffen und militärische Abwehr von Flüchtlingen“</i>	7
<i>Tobias Pflüger: „Das Trauerspiel in Kongo ist auch ein europäisches“</i>	7
<i>Tobias Pflüger: Ulmer EU-Kommando auch im Kongo-Militäreinsatz involviert</i>	8
<i>Tobias Pflüger: EU-Kongo-Militäreinsatz: Das Desaster nimmt weiter seinen Lauf</i>	8
<i>Tobias Pflüger: Der Kongo soll das Testfeld sein</i>	9
<i>Tobias Pflüger: Flüchtlingsabwehr und Rohstoffsicherung</i>	10
<i>Tobias Pflüger: Kongo-Militäreinsatz: Es geht um EU-Interessen</i>	11
<i>Tobias Pflüger: Kongo: Kaum Hoffnung auf neutrale Rolle der EU</i>	12
<i>Lühr Henken: Sicherung von Wahlen oder Testfall für EU-Einsätze für Rohstoffe und Einflusszonen?</i>	13
<i>Tobias Pflüger: Kongo-Abzug hängt in der Luft</i>	18
<i>Christoph Marischka: Am Congo gibt's Alles!</i>	19
<i>Dokumentation: Kongo - Unterlegener Kandidat erhebt schwere Vorwürfe.</i>	21
<i>Christoph Marischka: EU gewinnt Wahlen in der DRC</i>	22
<i>Christoph Marischka: Gizengas Kabinett steht</i>	24
<i>Claudia Haydt: Ein Erfolg für die Militärmacht EU?</i>	24
<i>Christoph Marischka: Kabila entpuppt sich als Diktator</i>	25
<i>Christoph Marischka: Battle-Groups mit UN-Mandat - Die gemeinsame Vision von EU und UN</i>	26

Christoph Marischka:

Manöver am Congo

IMI-Analyse 2005/016, 11.07.2005

Die Demokratische Republik Congo (DRC) scheint von EU-Politikern in erster Linie als Testgebiet für künftige militärische und zivilmilitärische Operationen in Afrika gesehen zu werden. Nachdem schon die Operation Artemis im Sommer 2003 als „Geburtsstunde der europäischen Sicherheitspolitik“⁽¹⁾ gefeiert wurde, findet gegenwärtig auch die erste „zivile“ Mission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in Afrika auf dem Gebiet der DRC statt. Am 2. Mai beschloss der Europäische Rat nun, diese Polizeimission militärisch zu flankieren. Am 8. Juni landeten die ersten acht hochrangigen EU-Militärs, um als Spezialisten bei der Reform des Sicherheitssektors beratend und unterstützend mitzuwirken. Als Grundlage der beiden aktuellen Missionen dient eine offizielle Einladung der kongolesischen „Regierung des Übergangs“, die sich aus Warlords zusammensetzt und nun die auf den 30. Juni angesetzten Wahlen um sechs Monate verschoben hat. An diesem Datum, zugleich der „Unabhängigkeitstag“, gab es massive Proteste der Zivilbevölkerung, welche die korrupte Regierung endlich abwählen möchte. Diese wurden von Polizei und Militär mit scharfen Waffen angegriffen. Es gab in mehreren Städten Tote und Verletzte, deren genaue Zahl unklar ist. In der Folge wurden Radiosender und Zeitungen, die über die Proteste berichteten eingeschüchtert oder vorübergehend geschlossen. Funktionäre der UDPS, einer Partei der zivilen Opposition, die zur Absetzung der aktuellen Regierung zu zivilem Ungehorsam aufrief, wurden verhaftet. Bei diesen Repressiven Massnahmen könnten Polizeikräfte zum Einsatz gekommen sein, die von europäischen Polizisten in Aufstandsbekämpfung ausgebildet wurden und deren Ausrüstung vom Europäischen Entwicklungsfond finanziert wurde.

Insofern zeigt eine Analyse der EU-Politik gegenüber der DRC, dass die zunehmend interventionistische ESVP nicht am Aufbau ziviler, demokratischer Strukturen interessiert ist, sondern an der Errichtung zentralisierter Sicherheitsapparate. Dabei werden auch korrupte Regime von Kriegsverbrechern unterstützt, wenn diese sich mit zivilem und militärischem Druck für Europäische Interessen instrumentalisieren lassen.

Der Status Quo

Die DRC als politisches Gebilde geht auf den einst vom belgischen König Leopold II als Privatbesitz kolonialisierten und ausgebeuteten „Freistaat Kongo“ zurück. Wie meistens berücksichtigte die koloniale Grenzziehung keine traditionellen und sozialen Gegebenheiten und so ist die Bevölkerung äußerst heterogen. Die Kolonialherrschaft zerstörte die hergebrachten sozialen Systeme und behinderte den Aufbau neuer autonomer politischer und sozialer Strukturen. Als die DRC 1960 völlig überstürzt in die Unabhängigkeit entlassen wurde, brach sofort ein Bürgerkrieg aus, woraufhin belgische und US-amerikanische Truppen das Land befriedeten, den gewählten Präsidenten Lumumba ermorden ließen. Durch sie wurde der Diktator Mobutu an die Macht gebracht, welchen sie den gesamten Kalten Krieg über unterstützten. Mobutu war nicht nur als antikommunistisches Bollwerk wichtig, sondern ließ die West-Mächte im Austausch für üppige Entwicklungsgelder, die er unter seiner Clique aufteilte, die vielen wertvollen Rohstoffe des Kongo ausbeuten. Mobutu wurde 1997 von Laurent-Desire Kabila gestürzt, der sich zum Präsidenten ernannte. Zwei Jahre später entbrannte ein neuer Bürgerkrieg, in den alle umliegenden Staaten verwickelt waren. Dieser Krieg erwies sich für die beteiligten Armeeführer und Warlords als äußerst rentabel: Die Gewinne aus dem Export der abgebauten Rohstoffe können sich die Eliten einstreichen, während sich die Soldaten durch Plünderungen selbst finanzieren. So perpetuierte sich der Krieg und verlor jegliche politische Zielsetzung. In gewisser Weise dauert er bis heute an. Unter Joseph Kabila, der das Präsidentenamt von seinem, unter unbekannt Umständen ermordeten, Vater übernahm, kam es zu einer Reihe von Friedensverhandlungen. Nachdem Ruanda und Uganda 2002 offiziell ihre Armeen zurückzogen, wurde eine Übergangsverfassung verabschiedet, die bis Juni 2005 in freie Wahlen münden sollte und eine Zusammenlegung der verschiedenen Milizen zur nationalen integrierten Armee vorsah.

Diese Verfassung hatte allerdings einen schwer wiegenden Fehler: Der Präsident, sowie die vier Vizepräsidenten, sind Kriegsverbrecher. Außer dem Vertreter der politischen Opposition befehligen alle noch heute eigene Armeen und Milizen, die das Land, vor allem die Minen, unter sich aufgeteilt haben. Wenn es in der Haupt-

stadt Kinshasa zu Streitigkeiten um Geld oder Macht kommt, führt dies häufig zu Gefechten in anderen Provinzen. Neben den Milizen, die an der Regierung beteiligt sind, existieren noch eine Vielzahl bewaffneter Gruppen, die in wechselnden Allianzen aktiv sind, das heißt, das Land plündern und die Menschen ausbeuten. Die größte landesweite Organisation, die nicht am militärischen Konflikt beteiligt ist, die Union für Demokratie und Sozialen Fortschritt (UDPS), ist nicht an der Regierung beteiligt. Die UN-Mission MONUC ist seit Ende 1999 im ganzen Land aktiv und hat es mit einem Budget von 700 Mio. US\$ im Jahr immerhin geschafft, 14.000 Soldaten im Osten der DRC zu entwaffnen (darunter 4.000 Kindersoldaten)⁽²⁾. Sie hat in vielen Gebieten einen schlechten Ruf, nicht zuletzt, weil zahlreiche Fälle von Kindesmissbrauch und Zwangsprostitution bekannt geworden sind und sie häufig in Gefechte verwickelt ist.

Übungsgelände der EU

Die DRC stellt also insofern⁽³⁾ den Prototypen dessen dar, was in Strategiepapieren gerade als failed state (gescheiteter Staat) bezeichnet wird, und durch einen erweiterten Sicherheitsbegriff als eine der Hauptbedrohungen sowohl der westlichen Staaten als auch „Menschlicher Sicherheit“ insgesamt identifiziert wird. Dieser erweiterte Sicherheitsbegriff wurde zunächst durch die Nationale Sicherheitsstrategie der USA von 2002 geprägt und später in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) und von den UN übernommen. Um dem Bedeutungs- und Legitimationsverlust zu entgehen, konstatieren die UN in ihrem Reformpapier „A more secure world - our shared responsibility“⁽⁴⁾ eine Verantwortung der Staatengemeinschaft zum Schutz der Individuen und gibt damit grünes Licht, künftig allen möglichen Interventionen der USA und EU zuzustimmen, sowie Verletzungen der Souveränität so genannter „failed states“ zu tolerieren. Die USA und die EU entscheiden aber nach eigenen Interessen, wann sie eine solche Intervention vornehmen. So äußerte Struck im Hinblick auf die Operation Artemis in der DRC vor dem Forum Bundeswehr & Gesellschaft der Welt im November 2004: „Moral und Geschichte reichen sicherlich nicht aus, um in jedem Einzelfall über Europas sicherheitspolitisches Engagement zu entscheiden. Andere Faktoren müssen hinzukom-

men, vorrangig die europäischen Interessen. (...) Zu diesen Interessen gehören der Schutz gegen internationalen Terrorismus oder die Begrenzung der Auswirkungen destabilisierender Konflikte in der europäischen Nachbarschaft. Dazu gehören auch der Schutz vor illegaler Immigration und organisierter Kriminalität oder der Schutz der Energie- und Rohstoffversorgung.“(5)

So ehrlich es klingt, offenbart dieses Zitat aber nicht die wahren Gründe für den Einsatz in Zentralafrika. Während es bei der späteren Mission im Sudan ganz offensichtlich um Öl und die Interessen europäischer Konzerne geht,(6) war Artemis als erste autonome Militärmission der EU primär ein Testlauf für zukünftige Missionen und der vermeintliche Beweis für die Handlungsfähigkeit europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Insbesondere Deutschland hat, u. a. um seine Chancen auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu verbessern, in den letzten Jahren darauf gedrängt, die EU zu einer eigenständigen Militärunion auszubauen. Die DRK hat sich in mehrfacher Hinsicht als „Trainingsgelände“ angeboten. Die Situation dort ist bei aller Grausamkeit in den letzten Jahren relativ stabil und das ressourcenreiche Land liegt im Zentrum des afrikanischen Kontinents. Die USA können sich wegen des Irak-Debakels gerade nicht entsprechend in Afrika engagieren, weshalb die EU darauf drängt schnell ihren Einfluss in dieser teilweise ressourcenreichen und „naheliegenden“ Region auszubauen.

Erste Übung: Artemis

Vor allem die Geschwindigkeit, in der die EU-Mission Artemis realisiert wurde, ist beeindruckend. Nach Absprachen zwischen Kofi Annan und der französischen Regierung ersuchte der UN-Generalsekretär am 15. Mai 2003 offiziell den Sicherheitsrat, einer zeitlich befristeten, multinationalen Notfall-Eingreiftruppe zuzustimmen. Am 19. Mai beschloss der Europäische Rat, zu prüfen, ob solch eine Mission im Rahmen der ESVP durchzuführen sei und die nötigen Ressourcen zur Verfügung stünden. Erst damit wurde die Möglichkeit öffentlich, dass in der Region der großen Seen ein erster autonomer militärischer Einsatz der EU stattfinden könnte und in europäischen Medien wurde verstärkt über die humanitäre Lage und Massaker in der Provinz Ituri berichtet (verstärkt wurde diese Aufmerksamkeit ab dem 3. Juni, als eine „Informationskampagne“ durch den EU-Rat gestartet wurde). Am 30. Mai dann verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1484 (2003), die ein robustes, aber zeitlich bis zum 1. September 2003 begrenztes Mandat für die EU-Eingreiftruppe beinhaltete und Aufgaben und Ziele des Einsatzes definierte. Fünf Tage später wurden die ersten französischen Soldaten in die DRK verlegt.

Die strategische Planung und die Abstimmungen im Europarat brauchten nur sechs Tage. Die anschließende operationelle Planung durch die Einsatzführung und den Militärausschuss der EU wurde in weiteren sechs Tagen abgeschlossen und am 11. Juni durch den Europarat bestätigt. Am folgenden Tag begann offiziell die EU-Mission Artemis. Nachdem der deutsche Bundestag bereits am 6. Juni über eine Beteiligung diskutiert hatte, beschloss er am 18. Juni eine Beteiligung am Einsatz mit 350 Soldaten, sowohl im Planungs- und Führungszentrum in Paris als auch am einsatznahen Transportstützpunkt in Entebbe (Uganda).

Die operationelle Planung der EU-Mission umfasste lediglich die ersten zwei von den zehn Forderungen der UN-Resolution 1484. Die anderen acht Punkte richteten sich in erster Linie an alle UN-Mitglieder und zielten auf ein langfristiges Engagement der UN ab. Was dadurch an Aufgabenstellung für die Mission Artemis übrig blieb, trägt eher die Züge eines Manövers zu Übungszwecken denn die eines Einsatzes, der eine humanitäre Katastrophe verhindern und die Lage stabilisieren soll. Aus dem Ziel, zur „... Stabilisierung

der Sicherheitsbedingungen und zur Verbesserung der humanitären Lage in Bunia beizutragen, den Schutz des Flughafens sowie der Binnenvertriebenen in den Lagern in Bunia zu gewährleisten und, falls die Situation es erfordert, zur Sicherheit der Zivilbevölkerung, des Personals der Vereinten Nationen und der humanitären Helfer in der Stadt beizutragen“ (7) und damit eine Verstärkung der MONUC-Kräfte durch die UN zu ermöglichen, wurde folgender Einsatzplan(8):

- die sofortige Verlegung von Vorkommanden;
- die vorgestaffelte Verlegung von Spezialeinsatzkräften zur Aufklärung und Erkundung;
- die Sicherstellung einer nahe gelegenen Einsatzbasis als Umschlagplatz vom strategischen zum taktischen Lufttransport (Entebbe);
- die Sicherung des Flughafens Bunia als einzigen leistungsfähigen Port of Debarkation (POD, wörtl. Ausschiffungshafen, hier sinngemäß Eintrittsmöglichkeit in den Einsatzraum);
- die Sicherstellung einer Einsatzbasis im Einsatzraum;
- die Koordination der Einsatzführung mit der ebenfalls vor Ort agierenden MONUC (Mission de l'Organisation des Nations Unies en République démocratique du Congo);
- die Stabilisierung und Verbesserung der Sicherheitslage in und unmittelbar um Bunia.

Die Operation umfasste drei afrikanische Staaten. Als logistischer Stützpunkt fungierte Entebbe in Uganda, wo die meisten deutschen Soldaten stationiert waren. Von Tschad aus wurden Aufklärungsflüge gestartet und in Bunia (DRK) waren fast ausschließlich französische Truppen damit beauftragt, den Flughafen zu sichern, Flüchtlingslager zu schützen und in der Stadt für Ruhe zu sorgen. Die Vorhut bildeten dabei stets Spezialeinheiten, die das Gelände sicherten und die Bevölkerung einschüchterten, die dann durch reguläre Truppen ersetzt wurden. Bevor die ersten EU-Soldaten in Bunia landeten, wurde dennoch mit der vorrangig in Bunia aktiven Armee, der UPC des Thomas Lubanga, vereinbart, dass sie die Stadt räumen würde. Im Umkreis von zehn Kilometern wurde allen außer den EU- und UN-Soldaten verboten, Waffen zu tragen. Eigentlich hatte die Stadt 300 000 Einwohner. Als die Europäer ankamen waren noch knapp 90 000 da. Während der Operation Artemis sind 25 000 zurückgekehrt und andere wiederum geflohen. Vor allem nachts kam es vereinzelt zu Schusswechseln in der Stadt. In der Umgebung sowieso, denn die aus der Stadt vertriebenen Soldaten zogen sich auf das Land zurück. Die Bauern flohen vor ihnen in die Berge.

Nach knappen drei Monaten wurde die Mission planmäßig beendet, die gestärkte UN-Mission MONUC, deren Soldaten hauptsächlich von Bangladesch, Nepal, Pakistan und Indien bereitgestellt werden, übernahm wieder das Kommando in Bunia. An der humanitären Gesamtlage und der politischen Unordnung in der DRK hatte sich nichts geändert, dafür war Artemis von Anfang an nicht ausgelegt, sie war dafür zu klein, zu beschränkt und zu blind für die politischen Verhältnisse. Obwohl Kofi Annan die EU-Staaten mehrfach darum bat, Soldaten für die UN-Mission beizusteuern, verhielten sich die Regierungen hier wesentlich zurückhaltender als wenn es um robuste Kampfeinsätze unter eigener Flagge geht. Denn nach Abzug der EU-Soldaten verschwand der weitere Verlauf des Konfliktes in der DRK schnell wieder aus dem Blick der europäischen Öffentlichkeiten. Zum Glück der EU-Strategen, denn diese genierten sich in der Folge nicht, die Operation Artemis als Erfolg zu bewerten und als Beweis für kerneuropäische Führungskraft und militärische Unabhängigkeit:

„Deutschland und Frankreich begrüßen den Erfolg der Operation „Artemis“ in der Demokratischen Republik Kongo, der

ersten eigenständig durchgeführten militärischen Operation der Europäischen Union. Mit dieser Operation zur Stabilisierung und Verbesserung der humanitären und Sicherheitslage in Bunia hat die Europäische Union ihre politische und militärische Fähigkeit gezeigt, schnell und effizient auf eine Krisensituation zu reagieren.“(9)

An der UN-Mission nehmen hingegen nur drei (!) reguläre Soldaten aus Frankreich teil, das zuvor immerhin Lead-Nation (Führungs-nation) beim EU-Kampfeinsatz war und sich stets so besorgt um die humanitäre Lage in der DRC gezeigt hatte. Deutschland verweigert jegliche personelle Unterstützung, während Tschechien (3), Belgien (7), England (6) und Frankreich (6) gemeinsam immerhin 22 Militärbeobachter beisteuern. Kofi Annan schlug im Oktober letzten Jahres vor, die MONUC-Mission angesichts neuer Eskalationen und der auf Juni 2005 angesetzten Wahlen auf knapp 24000 Soldaten aufzustocken, doch in seinem Entwurf für die UN-Resolution 1565 korrigierte Frankreich die Zahl auf 16700 herunter und Deutschland stimmte diesem Entwurf zu. Vor allem die EU-Staaten, die sich noch im Juni 2003 den UN zu einem robusten Kampfeinsatz geradezu aufdrängten und etwas von humanitärer Verantwortung heuchelten, zogen sich aus der Affäre, obwohl sie ihre Aktivitäten von Juni bis September 2003 als vollen Erfolg bejubelten und ohne Verluste an Menschenleben beenden konnten.

Zweite Übung: EUPOL

Während das high level panel der UN noch an den Reformvorschlägen gearbeitet hat, und dabei quasi Idealtypen von Interventionen entwarf, arbeitete eine Studiengruppe aus Politikern, Wissenschaftler und Militärs (Study Group on Europe's Security Capabilities) im Auftrag des EU-Außenbeauftragten Solana bereits an der Antwort: Die Human Security Doctrine for Europe (HSD)(10) argumentiert ebenso wie das UN-Panel, dass es sowohl moralische Verpflichtung als auch „aufgeklärtes Eigeninteresse“ sei, in verschiedenen „gescheiterten“ Staaten zu intervenieren, wobei die HSD keinen Zweifel daran lässt, dass dies nur bei entsprechendem Kosten/Nutzen-Verhältnis geschehen wird, und dann auch notfalls ohne UN-Mandat(11). Zur Umsetzung solcher zukünftiger Missionen wird die Aufstellung einer zivil-militärischen Human Security Response Force, bestehend aus 10.000 SoldatInnen und 5.000 ZivilistInnen vorgeschlagen. Mit diesem Konzept zur Integration ziviler Akteure in militärische Interventionen ist die EU den USA einen Schritt voraus und hat damit sowohl die Lehren aus dem partiellen Scheitern der Besatzungen in Afghanistan und dem Irak gezogen als auch auf die zivile Rhetorik des UN-Papiers reagiert. Was der HSD allerdings völlig fehlt, ist eine Analyse der Konflikte in den Regionen, welche die HSD schlicht als „Black Holes“ (Schwarze Löcher) beschreibt. Deshalb ist davon auszugehen, dass es den Autoren nicht wirklich um die Überwindung menschlicher Unsicherheit geht, sondern um die Legitimation zukünftiger EU-Militäreinsätze mit zivilem Flankenschutz.

Erste Erfahrungen mit nicht-militärischen Einsätzen im Rahmen der ESVP konnten die EU bereits bei Missionen auf dem europäischen Kontinent sammeln (EUJUST THEMIS in Georgien, EUPM in Bosnien und Herzegovina und EUPOL PROXIMA in Mazedonien). Die erste Übung auf dem afrikanischen Kontinent startete am 30. April 2005 wiederum in der DRC. Der entsprechende Beschluss(12) wurde vom Europäischen Rat am 9. Dezember 2004 getroffen, genau drei Monate nach dem Erscheinen der HSD und eine Woche nach der Veröffentlichung des UN-Papiers.

Die Aufgaben der Mission EUPOL KINSHASA sind: „Instandsetzung und Renovierung eines Ausbildungszentrums und Bereitstellung der Grundausrüstung; Schulung der IPU [Integrierte

Polizei Einheiten]; Folgemaßnahmen, Beobachtung und Anleitung bei der konkreten Umsetzung des Mandats der IPU im Anschluss an die erste Schulungsphase.“ Die IPU sind Sondereinheiten der Polizei, deren explizite Aufgabe es ist, die Institutionen und Personen der „Regierung des Übergangs“ zu schützen, also genau die Institutionen und Personen, die Ende Juni diesen Jahres durch eine Wahl ersetzt werden sollten, nun aber, gegen den Willen der Bevölkerung, ihre eigene Herrschaft um mindestens ein halbes Jahr verlängert haben. 1008 dieser Polizisten will die EU ausrüsten und trainieren, was seit August 2004 durch 18 europäische Polizeiausbilder begonnen und durch den Europäischen Entwicklungsfond(!) (EDF) mit 585.000 Euro finanziert wurde(13). Mit dem Beschluss des Europäischen Rates wurde die Zahl der Ausbilder im April 2005 auf 30 erhöht und die Leitung dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSC) der EU überantwortet, während sich der EDF weiterhin an der Finanzierung beteiligt. Das Mandat beläuft sich auf zwölf Monate, was insofern bemerkenswert ist, als dass die IPU ja nach der Wahl obsolet werden sollten. Der Europäische Rat ging also von Anfang an davon aus, dass die Wahlen verschoben werden und war bereit, diejenigen Einheiten auszubilden, die das kleptokratische Regime vor denjenigen schützen sollen, die endlich Wahlen fordern. Dass deren Ausrüstung teilweise mit „Entwicklungsgeldern“ finanziert wird, sagt viel darüber aus, was in Wirklichkeit unter dem Begriff „Demokratieexport“ zu verstehen ist.

Waffen in ein Land zu exportieren, um dort den Friedensprozess zu fördern, klingt zunächst absurd, v.a. in Anbetracht der Tatsache, dass die UN im Osten damit beschäftigt sind, Waffen einzusammeln. Nach Angaben des Einsatzleiters Adílio Ruivo Custódio werden die von der EU ausgerüsteten IPU teilweise in den Osten des Landes entsandt, wo noch immer die heftigsten Kämpfe stattfinden. Eines der Hauptprobleme dort ist, dass die Einheiten meistens keinen Sold aus Kinshasa erhalten und von Plünderungen leben. Wenn ihnen das untersagt wird, da sie nun Teil der neuen, integrierten nationalen Armee sind, spalten sie sich häufig wieder ab. Die nationale integrierte Armee besteht aus Soldaten früherer Milizen. Und: bewaffnete Soldaten hungern nicht.

Wie schon bei Artemis wurde hier eine Mission konzipiert, die eigentlich gar nicht fehlschlagen kann, da sie auch kaum konkrete Ziele hat und an der Gesamtlage in der DRC gar nichts ändern soll. Es sei denn, bei den erwartenden Protesten Wahltermin und im Anschluss waren Polizisten beteiligt, die mit EU-Entwicklungshilfegeldern ausgerüstet wurden und dies wird öffentlich. Auf eine Anfrage des EU-Parlamentarier Tobias Pflüger ist zu hoffen, dass sich die Verantwortlichen von EUPOL Kinshasa diese Woche zu den Protesten und ihrer Niederschlagung im Außenpolitischen Ausschuss erklären müssen.

Aus ökonomischen und machtpolitischen Interessen haben die EU-Außenpolitiker jedoch keine Probleme mit der gegenwärtigen Regierung der DRC: Die Kriegsökonomie beutet Menschen und Bodenschätze ohne Rücksicht auf Arbeitnehmerrechte, Nachhaltigkeit oder Umwelt aus und führt den internationalen Märkten so Ressourcen zu günstigen Preisen zu; das Engagement im Testgebiet DRC lässt sich auf den ersten Blick leicht als „Verantwortung zum Schutz“ legitimieren (was Deutschlands Chancen auf einen Sitz im UN-Sicherheitsrat verbessert) und die Regierung unterstützt diese Manöver in ihrem Terrain durch offizielle Anfragen. Letzteres insbesondere deshalb, weil die Mission ausdrücklich darauf ausgelegt ist, die Regierung zu schützen und die Polizeikräfte, die der Zentralgewalt unterstehen, mit Waffen auszustatten(14).

Dritte Übung: EUSEC DR Congo

Tatsächlich war die Verschiebung der Wahlen absehbar und sie

mag unter den gegebenen Umständen auch sinnvoll sein. Eine Einschätzung der UN(15) nennt legislative, technische, politische und Sicherheitsaspekte, die verbessert werden müssten, bevor Wahlen abgehalten werden sollten und moniert die fehlenden finanziellen Mittel. Das Hauptproblem ist allerdings ganz klar die Unterstützung der alten Eliten in der Regierung. Diese haben kein Interesse an einer Regierungsumbildung und versuchen, die politische (zivile) Opposition zu sabotieren. Ihre technischen Vorbereitungen für die Wahlen waren mehr als halbherzig, so begannen die Registrierung der Wähler, die Monate in Anspruch nehmen wird, erst am 20. Juni 2005. Vielmehr lag der Regierung daran, alle ihr zugekommenen Gelder in die eigenen Taschen fließen zu lassen und neue Milizen für den Fall eines Aufstandes aufzustellen. Während sich die UN-Mission noch teilweise um die Vorbereitung der Wahlen kümmert, steht auch bei ihr, wie im Falle der EU, der Sicherheitsaspekt im Vordergrund. Daraus folgt die Zusammenarbeit mit den alten militaristischen Eliten, während die zivile Opposition international um Anerkennung und Unterstützung betteln muss.

Dementsprechend ergänzte die EU ihre „zivile“ Polizeimission nun mit EUSEC - DR Congo um eine militärische Komponente. Ziel dieser, am 2. Mai 2005 vom europäischen Rat beschlossenen Mission, ist es, „den für den Sicherheitssektor zuständigen kongolesischen Behörden beratend und unterstützend zur Seite [zu] stehen und darauf [zu] achten, dass Politiken, die mit den Menschenrechten, dem internationalen Humanitärrecht, den demokratischen Grundsätzen und den Grundsätzen einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Transparenz und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit vereinbar sind, zu fördern,“(16) also vor allem die Eingliederung der Milizionäre in die integrierte nationale Armee, die den EU-Strategen die wichtigste Voraussetzung des „State-Building“ zu sein scheint. Es wird also auch hier, wiederum nach deren ausdrücklicher Einladung, mit den alten militärischen Eliten kooperiert. Auch diese Mission ist für mindestens ein Jahr vorgesehen und steht unter der politischen Kontrolle und strategischen Leitung des PSC. Neben einem eigenen Büro in Kinshasa werden die europäischen Militärs als „Experten“ folgenden Stellen zugeordnet: Dem Kabinett des Verteidigungsministers, dem Generalstab, dem Generalstab der Landstreitkräfte, der Nationalen Kommission für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung (CONADER) und dem Gemeinsamen Operativen Komitee. Leiter der Mission wird der französische General Pierre Michel Joana sein, der zuvor 4000 Soldaten in der Elfenbeinküste befehligte. Sein Stellvertreter ist der belgische Oberst Marc Van Dalem. Insgesamt umfasst die Mission, über deren Verlauf bisher wenig bekannt ist, acht hochrangige EU-Militärs, die seit dem 8. Juni in der DRC sind.

Neokoloniale Ambitionen

Die französisch-belgische Leitung der Mission verweist über ihren Übungszweck hinaus auch auf den neo-kolonialen Charakter der Europäischen Afrika-Politik. In den ehemaligen Kolonien, die nie in eine wirkliche Unabhängigkeit entlassen wurden, wird heute „Staatszerfall“ diagnostiziert und unter dem Deckmantel einer „Verantwortung zum Schutz“ interveniert. Die DRC gilt dabei für Afrika als Testgebiet und hier zeigt sich, dass auch eine korrupte, militaristische Elite gegenüber der Zivilgesellschaft gestärkt wird, wenn sie zur Kooperation mit den EU-Strategen bereit ist. „Sicherheit“ bedeutet für diese in erster Linie Staatlichkeit, und diese wiederum wird in erster Linie durch zentralisierte Sicherheitsapparate definiert. Im Falle der DRC heißt das, dass EU-Polizisten und EU-Militärs in den höchsten Sicherheitsgremien Einfluss ausüben dürfen, dafür die Sicherheitskräfte ausbilden und ausrüsten und zwar im vollen Wissen darüber, dass die Verschiebung der Wahlen

in nächster Zeit Proteste der Zivilgesellschaft hervorbringen wird, die von diesen Sicherheitskräften niedergeschlagen werden. Künftige Missionen werden diesen Mustern folgen und verstärkt auf zivil-militärischer Zusammenarbeit beruhen. Dies ist nicht nur effizienter, sondern erzeugt auch Zustimmung bei den UN, die zur Legitimationsinstanz für die neokolonialen Ambitionen der EU zu verkommen droht. In Deutschland laufen diesbezüglich die Vorbereitungen auf Hochtouren. So bemühen sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit in letzter Zeit verstärkt um eine Einbindung entwicklungspolitischer und humanitärer Organisationen in die Sicherheitspolitik und Verteidigungsminister Struck plant mit Innenminister Schily ein Gesetz, das dafür sorgt, dass BGS- Beamte zu Auslandseinsätzen verpflichtet werden können: „jemand, der jetzt neu zum BGS oder zur Bundespolizei kommt, muss auch wissen, dass sein Dienstherr ihn in einen solchen Auftrag schicken kann“(17) Denn: Die deutsche Sicherheit wird auch am Congo verteidigt.

(1) So bezeichnete sie die frz. Außenministerin Michèle Alliot-Marie, vgl. Marischka, Christoph, „Kongo: Die unendliche Geschichte westlicher Ausbeutung“, in: AUSDRUCK - Das IMI-Magazin (Februar 2004), S. 13-17, S. 17.

(2) MONUC: Press Briefing - Wednesday, 15 June 2005.

(3) ...insofern oben in erster Linie politisch-administrative und militärische Zustände beschrieben wurden und zivile, oppositionelle und soziale Organisation weitgehend ignoriert wurde. Dies entspricht allerdings der Wahrnehmung internationaler politischer und militärischer Eliten und begründet somit deren hoffnungsloses „Engagement“.

(4) A more secure world : our shared responsibility; report of the High-Level Panel on Threats, Challenges and Change / United Nations. - [New York], 2004.

(5) Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck, anlässlich des 15. Forums Bundeswehr & Gesellschaft der Welt am Sonntag am 9. November 2004 in Berlin. <http://www.bmvg.de/C1256F1200608B1B/CurrentBaseLink/N268RJ2N262MMISDE>.

(6) Jürgen Wagner und Tobias Pflüger: „Auf in den Sudan“ in: AUSDRUCK - das IMI-Magazin, Juni 2005.

(7) UN-Resolution 1484 (2003)

(8) Zitiert nach: Major Kurt Radner: „ARTEMIS“ - die EU-Mission im Kongo, in: Bundesministeriums für Landesverteidigung Zeitschrift Truppendienst - Folge 274, Ausgabe 1/2004

(9) Erklärung des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates. Berlin, 18.09.03

(10) A Human Security Doctrine for Europe: the Barcelona report of the study group on Europe's security capabilities.

(11) „Falls die EU sich entscheidet, Interventionen auch ohne Zustimmung des Sicherheitsrates zu ermöglichen, sollten rechtliche Rahmenbedingungen Kriterien und eine rechtliche Grundlage für solche Interventionen

enthalten.“ ebd. S.24, eigene Übersetzung.

(12) Council Joint Action 2004/847/CFSP

(13) Natalie Pauwels: EUPOL 'Kinshasa': testing EU co-ordination, coherence and commitment to Africa, in: ISIS Europe: European Security Review 25, März 2005

(14) ebd.

(15) Special report of the Secretary-General on elections in the DRC. http://www.monuc.org/downloads/Report_SG_drc_english.pdf

(16) Council Joint Action 2005/355/CFSP

(17) So Struck in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/385306/ siehe dazu auch Christoph Marischka: Die Grenze ist überall <http://www.imi-online.de/2005.php?id=1186>

Tobias Pflüger:

Kongo-Einsatz: Weiteres Tor, die EU als eigenständige Militärmacht zu etablieren

IMI-Standpunkt 2006/004, 16.01.2006

Wieder einmal zeigt sich, dass die Militarisierung der EU schneller voran geht, als es vordergründig den Anschein machen soll. Ist die volle Einsatzfähigkeit der EU-Battle-Groups erst für das Jahr 2007 vorgesehen, wird mit einem ersten Kampfeinsatz einer deutsch-französisch geführten Battle-Group in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) schon im März 2006 zu rechnen sein. Damit wird ein weiteres Tor aufgestoßen, die EU als eine eigenständige Militärmacht zu etablieren. Diese Militäreinsätze bedeuten Kampfeinsätze der EU und übersteigen alles bisherige.

Zu den bisherigen Polizei- und Militäreinsätzen der EU im Kongo (EUSEC und EUPOL-Kinshasa), bat ich für meine Fraktion im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung und im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments immer wieder um lückenlose Aufklärung, nicht zuletzt über die Involvierung der EU-Polizeiausbilder in die tödliche Niederschlagung einer Demonstration in Kinshasa. Diese wurde mir regelmäßig verwehrt.

Es ist gut, dass nun endlich das lang gedeckelte Thema der EU-Schlachttruppen (Battle Groups) in die Öffentlichkeit gerückt ist. Ebenso bestätigen sich mit den unmittelbar bevorstehenden EU-

Tobias Pflüger:

Verteidigungsminister Jung täuscht Öffentlichkeit

IMI-Standpunkt 2006/016, 16.03.2006

EU-Militärintervention in der DR Kongo ohne zeitliche und räumliche Begrenzung geplant

Der deutsche Verteidigungsminister Jung täuscht die Öffentlichkeit über den wahren Charakter der EU-Militärintervention im Kongo. Im Gegensatz zu allen offiziellen Verlautbarungen, ist ein umfangreicher, zeitlich und räumlich unbeschränkter Militäreinsatz unter Beteiligung der Bundeswehr in der DR Kongo geplant.

Bereits nächste Woche soll im EU-Parlament einer Kongo- Militärintervention „vorab“ zugestimmt werden. In den

Verhandlungen der Fraktionen über eine gemeinsame Resolution zeichnet sich bereits ab, dass Sozialdemokraten, Grüne, Liberale und Konservative einen EU-Militäreinsatz im Kongo ohne jede zeitliche und räumliche Begrenzung wollen. Es wird zudem sogar erwogen EU-Truppen, darunter sollen ebenfalls deutsche Soldaten sein, in benachbarten Staaten, wie Gabun und Kongo-Brazzaville

Tobias Pflüger:

Kongo-Militäreinsatz der EU ablehnen

IMI-Standpunkt 2006/019, 22.03.2006

Die Planungen für einen Kongo-Militäreinsatz der EU müssen sofort beendet werden. Bei der Entsendung der EU-Soldaten geht es in erster Linie darum, ein autoritäres Regime zu stützen und die militärische Interventionsfähigkeit der EU zu beweisen. Erklärungen, wie vom deutschen Verteidigungsminister Jung, der Einsatz diene zur Sicherung der Interessen der deutschen Wirtschaft und zur Verteidigung gegenüber Flüchtlingen, sind skandalös und dienen nur dazu den Einsatz in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Es kann nicht angehen, dass französische und belgische Interventionspolitik in Afrika jetzt unter der Europaflagge weitergeführt wird. Afrika braucht keine europäische Kanonenbootpolitik.

Schon jetzt wird der geplante EU-Militäreinsatz von vielen zu

Kampfeinsätzen auch die Analysen der Informationsstelle Militarisierung (IMI), welche bereits im Jahr 2003 auf militärisch geführte Einsätze zur Wahrung wirtschaftlicher und politischer Interessen der EU in dieser Region hinwies. Dort wurde richtig festgestellt, dass die damals für den 2003 vom EU-Ministerrat beschlossenen Einsatz französischer und deutscher Streitkräfte im Kongo 'vorgeschobenen humanitären Gründe nicht die eigentliche Motivation darstellen, sondern der Kongo-Einsatz die Generalprobe für europäische Alleingänge darstellt.'

Die Regierung Deutschlands ist auch diesmal einer der Hauptakteure. Schon in einem Positionspapier des Auswärtigen Amtes vom Dezember 2003 („Außenpolitische Strategie für Zentralafrika“) hieß es, die Demokratische Republik Kongo werde in Zukunft, aufgrund ihrer Größe, des Rohstoffreichtums und der zentralen Lage an politischem und wirtschaftlichem Gewicht erheblich gewinnen. Damit zeichnet sich in Afrika eine ähnliche Zuspitzung der westlichen Verteilungskämpfe um Industrieressourcen ab, wie sie für den Nahen und Mittleren Osten bereits kennzeichnend ist.

zu stationieren. Weiterhin wird geplant die 2006 neu gegründete EU-Gendarmerie, die aus paramilitärischen Verbänden der Mitgliedstaaten besteht, in Kinshasa-Stadt einzusetzen, um gegen die Bevölkerung vorzugehen, sollte diese gegen den Ausgang der Wahlen im Juli protestieren.

Diese Entwicklung ist in hohem Maße besorgniserregend. Ein EU-Militäreinsatz würde lediglich dafür sorgen, dass die EU-Militarisierung noch weiter vorangetrieben wird. Eine Afrikapolitik, die sich in die Tradition des militärischen Interventionismus der ehemaligen europäischen Kolonialmächte in Afrika einreihet, darf keine europäische Legitimation erhalten. Es ist beschämend, dass die EU, die mit dafür verantwortlich ist, dass lediglich 10% der von der UN angeforderten humanitären Hilfe für die DR Kongo geleistet wird, kein Problem damit hat, für einen gefährlichen Militäreinsatz, Mittel locker zu machen.

Recht als Unterstützung des autoritär regierenden Präsidenten Kabila und seiner War-Lord-Regierung und als gegen die Bevölkerung gerichtet angesehen. Dazu passt, dass den von der EU ausgebildeten kongolesischen Sicherheitskräften zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden.

Der vorliegende gemeinsame Entschließungsantrag von Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Rechtsnationalen im Europaparlament zur EU-Militärintervention im Kongo beinhaltet keine Beschränkung der Truppen auf Kinshasa. Im Antrag, der morgen im Plenum zur Abstimmung steht, heißt es: „Der geographische Umfang des EU-Mandats muss sich nach dem Umfang der verfügbaren Truppen, den Sicherheitsanforderungen

und den operativen Anforderungen der Mission richten.“ Damit ist noch nicht einmal eine räumliche Eingrenzung des Einsatzes gegeben. Als Ziel des Einsatzes wird ausdrücklich die „Abschreckung möglicher Störer“ bei den Wahlen genannt. Dazu wird der Rat aufgefordert „ein eindeutiges Konzept ... ausarbeiten, wie die erforderlichen Kräfte von Militär oder Polizei oder auch Gendarmerie aufgestellt werden können“. Gegen diese abenteuerlichen Forderungen hat meine Fraktion einen eigenen Antrag gestellt, in

Tobias Pflüger:

„Hier geht es tatsächlich um Zugang zu Rohstoffen und militärische Abwehr von Flüchtlingen“

IMI-Standpunkt 2006/020, 23.03.2006

Rede im Europäischen Parlament

Die Europäische Union plant gegen jede Vernunft einen Militäreinsatz im Kongo. Offiziell geht es um eine Absicherung der Wahlen, doch bei der Vorbereitung der Wahlen läuft einiges ziemlich schief. Für 500 Parlamentsitze haben sich erst 60 Kandidaten gemeldet, und die Meldefrist läuft morgen Abend, Donnerstagabend, ab.

Die EU will 1500 Soldaten in das drittgrößte afrikanische Land schicken, ein Land mit einem autoritären Regime, und ein deutscher SPD-Politiker kommentierte wie folgt: Das wäre so, als würden 750 Soldaten in Lissabon landen und sagen, damit würden sie ganz Westeuropa stabilisieren.

Militärisch macht dieser Einsatz keinen Sinn. Warum dann doch diese Truppenentsendung? Der deutsche Verteidigungsminister Franz Joseph Jung spricht Klartext. „Es geht auch um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes! Wenn wir nicht dazu beitragen, den Unruheherd Kongo zu befrieden, werden wir mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen -möglicherweise noch dramatischer als beim Bosnienkrieg!“ Und weiter auf die Frage: Geht es auch um wirtschaftliche Inter-

Tobias Pflüger:

„Das Trauerspiel in Kongo ist auch ein europäisches“

IMI-Standpunkt 2006/021, 24.03.2006

Am Donnerstag stimmte eine große Koalition von Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Rechtsnationalen im Europäischen Parlament für die EU-Militärintervention in der Demokratischen Republik Kongo. Tags zuvor hatten bereits die Vertreter der Mitgliedstaaten im sicherheitspolitischen Ausschuss des EU-Ministerrates den Einsatz während der Wahlen im Juni befürwortet. Demnach sollen etwa 1 500 Soldaten entsandt werden.

Offiziell geht es beim geplanten EU-Militäreinsatz im Kongo um die militärische Absicherung von Wahlen. Doch der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung sagt offen, um was es tatsächlich geht: »Um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes! Wenn wir nicht dazu beitragen, den Unruheherd Kongo zu befrieden, werden wir es mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen.« Und weiter: »Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.« CDU-Abgeordnete sprechen von strategischen Rohstoffen wie Wolfram und Mangan. Offensichtlich geht es beim EU- und Bundeswehreininsatz um Flüchtlingsabwehr und Rohstoffsicherung!

Ohne zum Kongo-Militäreinsatz formal entscheiden zu können, hatte das EU-Parlament diesmal beschlossen, sich vor allen einzelstaatlichen Parlamenten zur Sache zu äußern. Allerdings berichtete

dem der Einsatz ganz klar abgelehnt wird. Eine zivile Unterstützung der Wahlen und eine EU-WahlbeobachterInnenmission im Kongo wären dagegen zu befürworten. Um die Positionen zum EU-Militäreinsatz durch die Europaabgeordneten für die Öffentlichkeit transparent zu machen, hat meine Fraktion namentliche Abstimmung beantragt. Die Anträge der Fraktionen können auf meiner Webseite nachgelesen werden.

essen? „Die stehen hier nicht im Vordergrund. Aber Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.“ CDU-Abgeordnete in Deutschland legen nach: Es gebe strategische Rohstoffe wie Wolfram und Mangan.

Und jetzt hat die deutsche Regierung noch beschlossen, erst Anfang Mai über diesen Militäreinsatz entscheiden zu lassen. Viele Soldaten sagen immer deutlicher, dass sie diesen Einsatz nicht wollen. Es ist relativ klar: einmal Kongo, immer Kongo - das wird nicht auf vier Monate begrenzt sein. Diese militarisierte EU-Politik ist nicht im Interesse der Menschen vor Ort.

Der Antrag hat keine räumliche Begrenzung, und eine zeitliche Begrenzung ist nur sehr vage formuliert. Deshalb bitten wir alle Abgeordneten, die skeptisch sind, gegen diesen Antrag zu stimmen.

Ich will es sehr klar sagen: Hier geht es tatsächlich um Zugang zu Rohstoffen und militärische Abwehr von Flüchtlingen.

Es geht es offensichtlich auch darum, die Europäische Union als militärisch basierten Global Player in aller Welt und vor allem in Afrika zu etablieren. Das grenzt an üble neo-koloniale Politik!

die EU-Erkundungsmission im Kongo ihr Ergebnis lediglich dem EU-Rat, so dass für die Debatte wie auch für die gestrige Abstimmung im EU-Parlament überhaupt keine vernünftige Informationsgrundlage vorhanden war. Bei anderen zuständigen Kollegen hörte man, man wolle die Entscheidung in den Mitgliedstaaten positiv (für die EU-Militärintervention) beeinflussen.

Doch der konservative Vorsitzende des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments bemerkte jüngst: Die demokratischen Kontrollen des Militärs, die die EU von anderen Staaten einfordert, erfülle die EU selbst nicht.

Eine große Koalition der meisten Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Rechtsnationalen stimmte nun für die Militärintervention im Kongo. Warum wird die EU-Afrika-Politik vor allem mit Militär betrieben? Frankreich hat jetzt angeboten, seine Militärstützpunkte in Afrika zu europäisieren. Die Militärbasen entlang der afrikanischen Westküste werden derzeit ausgebaut. Warum? Ebenfalls zur Sicherung von Rohstoffwegen.

Die neuen Battle Groups der Europäischen Union haben nach EU-Strategiepapieren Afrika als Hauptziel. Die EU will mit diesem Einsatz zeigen, dass sie ein militärisch basierter Global Player ist.

Im Gegensatz dazu steht: Die EU hat nicht einmal ein Minimum

der von der UNO geforderten humanitären Hilfe für Kongo bisher geleistet. Kongolesischen Sicherheitskräften, die von der EU ausgebildet wurden, werden massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Tobias Pflüger:

Ulmer EU-Kommando auch im Kongo-Militäreinsatz involviert

IMI-Standpunkt 2006/024, 27.03.2006

Andenken an Deserteure in Ulm unterstützen

Im Rahmen meiner derzeit laufenden Rundreise zu verschiedenen Militärstandorten, die für die Auslandseinsätze der Bundeswehr und EU-Truppen relevant sind, stattete ich in meiner Funktion als Europaabgeordneter am Montag den 27.03.2006 dem „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ in der Ulmer Wilhelmsburgkaserne einen Truppenbesuch ab.

Das „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ in Ulm ist ein hochmobiles operatives Hauptquartier (im Militärjargon: Force Headquarter / (FHQ)), das Einsätze im Einsatzland führen wird. Das FHQ ist direkt dem so genannten Operation Headquarter (OHQ) untergeordnet, wie im Einsatzführungskommando in Potsdam eines von derzeit drei innerhalb der EU vorgehalten wird. Weltweite EU-Militäreinsätze sind ohne das „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ nicht möglich. Es soll aber auch grundsätzlich zusätzlich für NATO-Militäreinsätze zur Verfügung stehen.

Seitens des kommandierenden Befehlshaber Generalmajor Jan Oerding wurde bestätigt, dass von Ulm weltweite EU-Militäreinsätze geführt werden sollen. Schon jetzt, bei der Führung des geplanten EU-Militäreinsatzes im Kongo, wird das Ulmer Kommando personell vertreten sein. Mehrere Verbindungsoffiziere werden für den Kongo-Einsatz in das zuständige militärisch-strategische EU-Hauptquartier (OHQ) im Potsdamer Einsatzführungskommando abgestellt.

Tobias Pflüger:

EU-Kongo-Militäreinsatz: Das Desaster nimmt weiter seinen Lauf

IMI-Standpunkt 2006/027, 10.04.2006

Der geplante EU-Militäreinsatz wird immer mehr zu einem völligen Desaster. Die Einsatzplanungen sehen derzeit vor, dass mit den Soldaten des EU-Militäreinsatzes im Kongo nun der Flughafen von Kinshasa gesichert werden soll. Zudem ist als zentrale Aufgabe der EU-Truppe die Evakuierung von Wahlbeobachtern im Kongo vorgesehen. Der Einsatz soll offiziell ein bis zwei Wochen vor den Wahlen im Kongo beginnen, doch wann die Wahlen stattfinden werden, ist unklar, sie wurden jetzt erneut verschoben.

Offensichtlich geht es bei diesem EU-Militäreinsatz um etwas anderes: Verteidigungsminister Jung und der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses Klaus Naumann geben klar Auskunft: Klaus Naumann sieht als „einzigen entscheidenden Grund“ für den Einsatz, dass die Handlungsfähigkeit der EU-Militärpolitik bewiesen werden müsse. Man muss sich schon fragen: Ist die Etablierung der EU als Militärmacht und Global Player das Leben von Soldaten wert?

Verteidigungsminister Franz-Josef Jung will offensichtlich in Zukunft öffentliche Debatten über gefährliche Militäreinsätze ver-

Das kongolesische Trauerspiel ist so auch ein europäisches. Afrika kann vieles gebrauchen, nur keine neokoloniale Militärpolitik unter EU-Flagge.

Begleitet wurde ich bei diesem Informationsbesuch, der im Rahmen einer Rundreise zu verschiedenen für deutsche und EU-Militäreinsätze relevanten Standorten stattfand, von Johanna Nimrich, Mitglied der Ulmer Friedensbewegung. Sie meinte, dass es eindrücklich belegt wurde, dass in der EU-weiten Hierarchie der militärischen Befehlsstruktur das Ulmer Kommando eine bedeutende Position einnimmt.

Im Anschluss an den Truppenbesuch wurde zum Gedenken an die Deserteure vergangener Kriege eine weiße Rose am Ulmer Deserteursdenkmal niedergelegt. Dieses hat nach 20-jährigen Bemühungen endlich im vergangenen Winter einen würdigen Platz an historischer Stelle gefunden, an welcher, während des Nationalsozialismus Erschießungen von Deserteuren stattfanden. Es ist gut und wichtig, dass es Deserteursdenkmäler gibt, denn die besten Soldaten sind immer noch diejenigen, die desertieren.

Um die noch fehlenden 3.000 Euro für den Transport des Denkmals an seinen jetzigen Standort zusammen zu bekommen, stieg ich mit einer Anschubfinanzierung von 10% dieser Summe ein. Hoffentlich fühlen sich jetzt möglichst viele ermutigt, die Restfinanzierung zu decken, um das Andenken an Deserteure auch gerade in der Stadt der Geschwister Scholl zu unterstützen, so Pflüger auf der gut besuchten Abendveranstaltung in der vh (Volks-hochschule) Ulm.

Mehr Informationen zum Deserteursdenkmal Ulm:

<http://www.friedensdenkmal-ulm.de>

meiden. Dazu hat er jetzt auch noch eine Einschränkung der parlamentarischen Kontrolle von Militäreinsätzen ins Spiel gebracht. Eine Grundgesetzänderung soll dies absichern.

Diese weitere Aushöhlung der Kontrolle von Militäreinsätzen werden wir nicht hinnehmen, Friedens-, Antikriegsbewegung und die Linke werden diese immer offenere imperiale deutsche und EU-Militärpolitik nicht akzeptieren.

Schon seit dem Aufbau der schnellen Eingreiftruppen der NATO und der EU-Schlachtruppen (Battle Groups) hatte ich davor gewarnt, dass mit der kurzen vorgesehenen Zeit, die bis zum Einsatz dieser Truppen bleibt, die Rechte des Bundestages in Zukunft schlicht ignoriert werden würden. Jetzt nimmt Verteidigungsminister Jung den neokolonialen EU-Militäreinsatz zum Anlass das Grundgesetz und selbst das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12.07.1994 zu schleifen.

Es ist einfach unhaltbar, dass in Deutschland mit dem Verweis auf die EU die Rechte des Parlaments mit Füßen getreten werden. Wenn dies akzeptiert wird, droht uns ein neuer Militarismus in Europa.

Tobias Pflüger:

Der Kongo soll das Testfeld sein

IMI-Standpunkt 2006/028

Interview in: UZ (Unsere Zeit), 31.03.2006

UZ: Der Einsatz einer EU-Truppe mit deutscher Beteiligung im Kongo scheint längst beschlossene Sache. Aber der Bundestag beschließt erst im Mai. Wie kann das sein?

Tobias Pflüger: Hier in Brüssel haben letzte Woche zuerst das „Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK)“ - in dem sitzen die Botschafter der Einzelstaaten bei der EU bzw. ihre für diesen Bereich ernannten Stellvertreter - und dann der EU-Ministerrat den Einsatz beschlossen. Zeitgleich wurde im europäischen Parlament noch über den Kongo-Einsatz debattiert. Beim Beschluss mitgewirkt hat auch die deutsche Bundesregierung. Die Vorbereitungen laufen bereits auf vollen Touren. Der Deutsche Bundestag soll das Ganze im Mai dann nur noch abnicken.

UZ: Wie sah die Zustimmung im EU-Parlament letztlich aus?

Tobias Pflüger: Das Bizarre ist, dass das EU-Parlament und dort der zuständige Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung weder seriöse Informationen über EU-Militäreinsätze erhält, noch befugt ist über solche Einsätze zu entscheiden. Insofern war die EU-Parlaments-Resolution lediglich symbolischer Natur, um dann in den Mitgliedstaaten sagen zu können, das EU-Parlament hat doch schon zugestimmt, da könnt ihr euch doch nicht verweigern. Der Antrag der Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Rechtsnationalen wurde mit 455 bei 139 Gegenstimmen beschlossen, was für das „Konsens-Haus“ Europäisches Parlament ein sehr schlechtes Ergebnis ist. Zur Erinnerung, die Linksfraktion GUE/NGL hat lediglich 41 Mitglieder.

UZ: Im Grunde wurde über einen Einsatz beschlossen, der von der Aufgabenstellung noch gar nicht definiert ist. Oder ist inzwischen klar, was die europäischen Soldaten wo tun sollen?

Tobias Pflüger: Nein nichts ist klar, das ist ja gerade das Absurde. Mir zeigt das noch einmal, dass es einfach nur darum geht, die militärische Einsatzfähigkeit der EU zu erproben. Der Kongo soll das Testfeld sein, für die kommenden Militärinterventionen der Europäischen Union. Die EU soll hier als militärisch basierter Global Player ins Spiel gebracht werden.

UZ: Angeblich soll die Mission nach vier Monaten abgeschlossen sein. Ist das realistisch?

Tobias Pflüger: Nein, auch in der Resolution im EU-Parlament wollte man sich nicht auf einen konkreten zeitlichen Rahmen festlegen. Erst einmal vermute ich, wird der Öffentlichkeit suggeriert werden, es handele sich nur um vier Monate, dann wird immer wieder verlängert werden. Das ist wie bei allen anderen Bundeswehreinmärschen. Auch hier gilt: einmal Kongo, immer Kongo.

UZ: Ginge es tatsächlich um die Absicherung der Wahlen, was wäre anstelle eines Militäreinsatzes zu tun?

Tobias Pflüger: Natürlich geht es real nicht um die Absicherung der Wahlen. Die sind ja nun erwartungsgemäß noch mal verschoben worden. Die EU sollte zunächst einmal ihre militärische Zusammenarbeit mit dem autoritären Regime von Joseph Kabila

und den War-Lords beenden. Der Kongo braucht keine EU-Militärberater. Den EU-ausgebildeten Polizeitruppen werden zudem schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

UZ: Worum geht es denn im Kongo tatsächlich? Immerhin haben deutsche Politiker dort deutsche Wirtschaftsinteressen ausgemacht.

Tobias Pflüger: Es geht um die Absicherung von Rohstoffen für die deutsche und EU-Wirtschaft und auch darum bei der Verteilung der Rohstoffreserven in Afrika und insbesondere in Zentral- und Westafrika ein Wörtchen mitreden zu können. Das sagt ja der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung ganz deutlich: „Es geht auch um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes! Wenn wir nicht dazu beitragen, den Unruheherd Kongo zu befrieden, werden wir mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen.“ Und weiter: „Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.“ CDU-Abgeordnete legten nach: Andreas Schockenhoff schreibt: „Kongo ist eines der ressourcenreichsten Länder der Welt und verfügt vor allem über strategische Rohstoffe, die für Europa wichtig sind: Wolfram, Mangan- und Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Coltan, Beryllium. Europa und Deutschland haben ein Interesse daran, dass der Abbau dieser Ressourcen legal und nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Kongo ist das mit Abstand wasserreichste Land auf dem Kontinent. ...“ EU- und Bundeswehreinmärsche zur Flüchtlingsabwehr und Rohstoffsicherung, ekelhaft!

UZ: Ist Kongo der Übungsplatz für die EU-Kampftruppen?

Tobias Pflüger: Führende Vertreter Deutschlands, Frankreich und Großbritanniens haben wiederholt verkündet, dass Afrika das primäre künftige Zielgebiet von EU-Auslandseinsätzen, speziell der Battle Groups, sein werden. Die EU-Battle Groups sind innerhalb von fünf Tagen einsatzfähig, bei einem noch zugerechneten politischen Entscheidungszeitraum von zehn Tagen, könnten sie nach 15 Tagen im Einsatzgebiet sein.

Hinsichtlich Deutschlands ergibt sich die Problematik, dass nach geltender Rechtslage seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 12. Juli 1994 der Bundestag in der Regel, leider nicht grundsätzlich, vor einer Entsendung deutscher Truppen zustimmen muss. Im Auswärtigen Ausschuss antwortete mir ein Vertreter der damaligen (zweite Jahreshälfte 2005) britischen EU-Ratspräsidentschaft, er habe die Zusage deutscher Regierungsvertreter, dass die Zustimmung auch im Nachhinein eingeholt werden könne. Diese Zusage der deutschen Vertreter ist eine bewusste Falschinterpretation der Voraussetzungen für Truppenentsendungen nach dem so genannten Parlamentsbeteiligungsgesetz, nachdem nur „Erkundungsteams“ ohne vorherige Zustimmung des Bundestages ins Ausland geschickt werden dürfen, was Battle Groups, wie auch der Name schon sagt, keineswegs sind. Dazu kommt, dass afrikanische Truppen als Hilfstruppen für künftige Ordnungskriege aufgebaut werden.

Die Fragen stellte Wera Richter

Tobias Pflüger:

Flüchtlingsabwehr und Rohstoffsicherung

IMI-Standpunkt 2006/029 - in: ak Nr. 505/2006

Neokoloniale Politik zur Durchsetzung von EU-Interessen

Offiziell geht es beim geplanten EU-Militäreinsatz im Kongo um die militärische Absicherung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Nachdem diese mehrfach verschoben worden waren, sollen sie nun zwischen dem 25. Juni und dem 2. Juli stattfinden. Schon jetzt wird der Militäreinsatz von vielen als Unterstützung des autoritär regierenden Präsidenten Kabila und der Warlords vor Ort angesehen - gegen die Opposition und auch gegen Teile der Bevölkerung. Dazu passt, dass den von der EU ausgebildeten kongolesischen Sicherheitskräften zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden.

Obwohl das Europäische Parlament formal kein Mitentscheidungsrecht hat, stimmte dort Ende März - quasi als Einstimmung für die einzelstaatlichen Parlamente - eine große Koalition von Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Rechtsnationalen für eine EU-Militärintervention in die Demokratische Republik Kongo. Genau zum Zeitpunkt der Debatte hatte sich das „Politische und Sicherheitspolitische Komitee“ (PSK) der EU für eine solche Intervention und für die Entsendung von 1.500 Soldaten entschieden. Im PSK sitzen die Botschafter oder zuständigen Stellvertreter aus den EU-Ländern zusammen und bestimmen über EU-Militäreinsätze. Formal bestätigt dann noch der EU-Minister rat das Votum für eine Kongo-Militärintervention.

Anfang Mai soll auch der Bundestag als Grüßaugust seine Zustimmung geben. Das Ganze ist schlicht eine Farce, da die Vorbereitungen eines Militäreinsatzes bereits auf Hochtouren laufen und damit eine parlamentarische Entscheidung präjudizieren. Nicht einmal minimale demokratische Standards werden mehr eingehalten. Gegenüber Drittstaaten hat die EU Kriterien für die parlamentarische Kontrolle von Militär aufgestellt - sie selbst erfüllt diese Vorgaben aber nicht.

EU, USA, China und das „große Spiel“ um Afrika

Der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) spricht ganz offen aus, um was es bei der Intervention eigentlich geht: „um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes“ nämlich; sollten keine Soldaten geschickt werden, würden „wir es mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen“. Und schließlich: „Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.“ Gemeint sind strategische Rohstoffe wie Wolfram, Kobalt und Mangan.

Erklärtermaßen geht es beim EU- und Bundeswehreininsatz also um Flüchtlingsabwehr und Rohstoffsicherung! Peter Struck (SPD) ergänzt das offene Wort seines Nachfolgers mit einem weiteren Argument: Der „arme, geschundene Kontinent ist auch von den Europäern kaputt gemacht worden“; der Militäreinsatz der EU erscheint da fast schon als moralische Verpflichtung: „Wer denn, wenn nicht wir, soll dahin?“ fragte Struck. So sollen auch mindestens 700 deutsche Soldaten „dahin“ geschickt werden. Ein deutscher SPD-Politiker meinte zu dem 1.500-Mann-Einsatz: „Das wäre so, als würden 750 Soldaten in Lissabon landen und sagen, damit würden sie ganz Westeuropa stabilisieren.“ Auch immanent militärisch gesehen macht dieser Einsatz also keinen Sinn. Selbst hochrangige Militärs, wie beispielsweise Generalmajor Jan Oerding, der Chef der neuen EU-Einrichtung „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ in Ulm, konnte keine klare Antwort auf

die Frage geben, welchen Erfolg aus militärisch-strategischer Sicht 1.500 im Kongo eingesetzte Soldaten verbuchen können.

Die EU beweist Interventionsfähigkeit

In den Reihen der deutschen Militärs steigt die Ablehnung dieser „reinen Show, die das Leben deutscher Soldaten nicht wert ist“, wie Bernhard Gertz, Sprecher des Bundeswehrverbands, den Kongo-Einsatz in der Welt am Sonntag charakterisierte. Der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe hat indes die Bundesregierung aufgefordert, vor einem etwaigen Kongo-Einsatz der Bundeswehr die Bedingungen genauestens zu klären.

Einmal mehr wird deutlich, wie die fortschreitende Militarisierung der EU solche Einsätze zum Selbstgänger macht. Das findet auch Marine-Inspekteur Feldt: So würden einfach „die Konzepte durchgewunken, ohne die Konsequenzen zur Kenntnis zu nehmen“. Denn der Spielraum, sich für oder gegen einen Einsatz zu entscheiden, sei durch die „NATO Response Force“ (NRF) und die „EU-Battle-Groups“ enger geworden. Nicht nur dass, wie schon beim EU-Militäreinsatz EUFOR-Althea in Bosnien, auf äußerst fragwürdige Finanzierungstricksereien mit Hilfe von EU-Schattenhaushalten zurückgegriffen wird - für den Kongo-Einsatz sind nicht einmal die drei wesentlichen internen Bedingungen erfüllt: Erstens kann sich die EU auf kein UN-Mandat berufen, da es bisher keinen derartigen Beschluss des UN-Sicherheitsrates gibt; zweitens wurde keine wirkliche Anforderung seitens der kongolesischen Regierung ausgesprochen, da Präsident Kabila lediglich zu verstehen gegeben hat, dass er nichts gegen einen EU-Militäreinsatz einzuwenden habe; und drittens fehlt eine exakte zeitliche und räumliche Begrenzung für diesen Einsatz. Die voraussichtliche Dauer des Einsatzes wird mit vier Monaten oder vielleicht doch länger angegeben, und eine räumliche Begrenzung wird in dem Beschluss des PSK gar nicht festgelegt.

Deutschland wird führend am EU-Militäreinsatz im Kongo beteiligt sein. Das im Potsdamer Einsatzführungskommando bereitgestellte „Operation Headquarters“ (OHQ) der EU soll den Einsatz leiten. Das sogenannte „Force Headquarters“ (FHQ), eine verlegbare Befehlszentrale im Einsatzland, wird bei diesem Einsatz das Pariser FHQ sein. Auch Deutschland verfügt seit knapp einem halben Jahr über ein FHQ, das „Kommando Operative Führung Eingreifkräfte“ in Ulm. Dass für den Kongo-Einsatz nun nicht das deutsche FHQ, sondern das französische ausgewählt wurde, ist Teil des politischen Deals, der Arbeitsteilung zwischen Deutschland und Frankreich. Das Kommando in Ulm wird für den Kongo-Einsatz mehrere Verbindungsoffiziere in das Potsdamer OHQ abstellen; damit ist auch „Ulm“ in den Kongo-Militäreinsatz involviert.

Mit dem Kongo-Einsatz will die EU ihre Interventionsfähigkeit beweisen. Das ist auch Teil des neuen „großen Spiels“ um Afrika, bei dem EU-Mitgliedstaaten, China und die USA um die Rohstoffausbeute konkurrieren. Die neuen EU-Battle-Groups haben nach den einschlägigen Strategiepapieren Afrika als Hauptziel. Die EU will zeigen, dass „Europas Sicherheitspolitik beginnt, handlungsfähig zu werden“, denn „dies ist der einzige entscheidende Grund für diesen Einsatz“, wie Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemaliger Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, offen erklärt. Was die EU-Strategen „Sicherheitspolitik“ nennen, ist nichts anderes als militarisierter Neokolonialismus.

Tobias Pflüger:

Kongo-Militäreinsatz: Es geht um EU-Interessen

IMI-Analyse 2006/015 - in: Wissenschaft & Frieden 3/2006

Das Europäische Parlament hat formal kein Mitentscheidungsrecht bei Militäreinsätzen der Europäischen Union. Dennoch wurde am 22. und 23. März 2006 eine Debatte und Abstimmung über den EU-Militäreinsatz im Kongo durchgeführt, quasi als Einstimmung für die einzelstaatlichen Parlamente. Eine große Koalition von Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Rechtsnationalen stimmte für eine EU-Militärintervention in die Demokratische Republik Kongo. Interessant dabei war, dass genau zum Zeitpunkt der Debatte die eigentliche Entscheidung fiel, aber an anderem Ort. Das »Politische und Sicherheitspolitische Komitee« (PSK) votierte für eine Entsendung von damals noch 1.500 Soldaten. Im PSK sitzen die Botschafter der EU-Staaten oder deren für Militärpolitik zuständige Stellvertreter. Formal bestätigte dann - wie üblich - noch der EU-Ministerrat dieses Votum für eine Kongo-Militärintervention.

Anfang Juni gab dann auch der Bundestag gab, sozusagen als »Grüßaugust«, seine Zustimmung. Die Vorbereitungen, die auf EU-Ebene begannen, waren nicht mehr zu stoppen, während der Abstimmung im Bundestag liefen die Vorbereitungen des Militäreinsatzes bereits auf Hochtouren. Sie entfalteten einen enormen Druck für eine parlamentarische Zustimmung und so wurde auch die vorgesehene Mannschaftsstärke erneut heraufgesetzt. Jetzt sollen von insgesamt 2.000 Soldaten 780 aus Deutschland kommen. Am deutschen Oberkommando für den Einsatz und der operativen Verantwortlichkeit Frankreichs in Kinshasa wurde selbstverständlich nicht mehr gerüttelt.

Mit dieser Vorgehensweise wurden nicht einmal minimale demokratische Standards eingehalten. Die EU hat gegenüber Drittstaaten Kriterien für die parlamentarische Kontrolle von Militär aufgestellt. Sie selbst erfüllt diese Vorgaben aber nicht. Die Exekutive und dort ausgerechnet die Botschafter bei der EU oder deren Stellvertreter preschen vor, die einzelstaatlichen Parlamente nicken einen Einsatz ab, der de facto schon läuft.

Deckmantel Wahlhilfe

Offiziell geht es beim geplanten EU-Militäreinsatz im Kongo um die militärische Absicherung der bevorstehenden Wahlen. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurden mehrfach verschoben. Derzeit ist das Datum der 31. Juli 2006. Die größte Oppositionspartei UDPS boykottiert jedoch die Wahlen, weil es bei der Wählerregistrierung eine Reihe von Unregelmäßigkeiten gegeben hat. Der Wahlsieger steht mit dem autokratischen Präsidenten Joseph Kabila damit praktisch schon fest. Kabila wird von der EU massiv unterstützt, dies obwohl seine Armee für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht wird und er zahlreiche Ressourcen des bitterarmen Landes an Verwandte privatisiert und vergeben hat. Die Wahlabsicherung ist also ein Vorwand, um was geht es tatsächlich?

Der deutsche Verteidigungsminister Franz-Josef Jung sagt ganz offen, dass es „um zentrale Sicherheitsinteressen unseres Landes“ ginge und „wir es mit einem großen Flüchtlingsproblem in ganz Europa zu tun bekommen“, sollte es den Einsatz nicht geben. Und weiter: „Stabilität in der rohstoffreichen Region nützt auch der deutschen Wirtschaft.“ (1) Gemeint sind strategische Rohstoffe wie Wolfram, Cobalt und Mangan. Das passt auch zum Entwurf des Weissbuchs der Bundeswehr von Franz-Josef Jung, in dem Militärinterventionen zur Rohstoffsicherung verankert wurden. (2) Der CDU-Abgeordnete Andreas Schockenhoff schreibt: „Kongo ist eines der ressourcenreichsten Länder der Welt und verfügt vor

allem über strategische Rohstoffe, die für Europa wichtig sind: Wolfram, Mangan- und Chromerze, Kobalt, Uran, Erdöl, Coltan, Beryllium. Europa und Deutschland haben ein Interesse daran, dass der Abbau dieser Ressourcen legal und nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Kongo ist das mit Abstand wasserreichste Land auf dem Kontinent...“ (3)

Schon jetzt wird der geplante EU-Militäreinsatz von vielen zu Recht als Unterstützung des autoritär regierenden Präsidenten Kabila und der War-Lords vor Ort angesehen gegen Opposition und auch gegen viele in der Bevölkerung. Dazu passt, dass den - von der EU ausgebildeten - kongolesischen Sicherheitskräften zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden.

Der „arme, geschundene Kontinent ist auch von den Europäern kaputt gemacht worden,“ (4) stellte Jungs Vorgänger Peter Struck laut einer Meldung im Tagesspiegel fest, um damit einen Militäreinsatz der EU zu rechtfertigen: „Wer denn, wenn nicht wir, soll dahin?“, fragte Struck.

Der SPD-Politiker Johannes Kahrs meinte zur Stärke des Kongo-Einsatzes: „Das wäre so, als würden 750 Soldaten in Lissabon landen und sagen, damit würden sie ganz Westeuropa stabilisieren.“ (5) Auch militärisch gesehen macht dieser Einsatz also keinen Sinn. Selbst hochrangige Militärs, wie beispielsweise Generalmajor Jan Oerding, der Chef der neuen EU-Einrichtung »Kommando Operative Führung Eingreifkräfte« in Ulm, konnte keine klare Antwort auf die Frage geben, welchen Erfolg aus militärisch-strategischer Sicht 2.000 im Kongo eingesetzte Soldaten verbuchen können. In den Reihen der deutschen Militärs steigt die Ablehnung gegen diese „reine Show, die das Leben deutscher Soldaten nicht wert ist,“ (6) wie Bernhard Gertz, Sprecher des Bundeswehrverbands den Kongo-Einsatz in der Welt am Sonntag charakterisierte. Der Wehrbeauftragte Reinhold Robbe hatte indes die Bundesregierung aufgefordert, vor einem etwaigen Kongo-Einsatz der Bundeswehr die Bedingungen genauestens zu klären.

Demonstrierte Interventionsfähigkeit

Nicht einmal die drei wesentlichen internen Bedingungen für den Kongo-Einsatz sind erfüllt.

Erstens stand am Anfang nicht ein Beschluss der UNO, erst auf ausdrückliche Bitte Frankreichs im UN-Sicherheitsrat wurde die EU zu einer militärischen Intervention im Kongo berufen.

Zweitens wurde keine wirkliche Anforderung seitens der kongolesischen Regierung ausgesprochen. Präsident Kabila hat lediglich zu verstehen gegeben, dass er nichts gegen einen EU-Militäreinsatz habe, was bestenfalls als Unterstützung, aber keinesfalls als Anforderung zu bewerten ist.

Drittens fehlt weiterhin eine exakte zeitliche und räumliche Begrenzung für diesen Einsatz. Zur Dauer heißt es: vier Monate oder vielleicht doch länger, und eine räumliche Begrenzung wird in dem Beschluss des PSK nicht festgelegt, auch wenn im Bundestagsbeschluss von einer Beschränkung deutscher Soldaten auf den Raum Kinshasa die Rede ist.

Deutschland wird führend am EU-Militäreinsatz im Kongo beteiligt sein. Das im Potsdamer Einsatzführungskommando bereitgestellte »Operation Headquarter« (OHQ) der EU soll den Einsatz leiten. Das sogenannte »Force Headquarters«, (FHQ) dafür, also eine verlegbare Befehlszentrale im Einsatzland wird bei diesem Einsatz das Pariser FHQ sein. Auch Deutschland verfügt seit knapp einem halben Jahr über ein FHQ, dem »Kommando Operative Führung Eingreifkräfte« in Ulm. Dass für den Kongo-

Einsatz nun nicht das deutsche FHQ, sondern das französische ausgewählt wurde, ist der politische Deal, der Arbeitsteilung zwischen Deutschland und Frankreich. Das Kommando in Ulm wird für den Kongo-Einsatz mehrere Verbindungsoffiziere in das Potsdamer OHQ abstellen, damit ist Ulm in den Kongo-Militäreinsatz involviert.

Mit dem Kongo-Einsatz will die EU ihre Interventionsfähigkeit beweisen. Das ist auch Teil des neuen »großen Spiels« um Afrika, bei dem EU-Mitgliedstaaten, China und die USA um die Rohstoffausbeute konkurrieren. Die neuen Battle Groups der Europäischen Union, von denen zwischen 2007 und 2010 dreizehn mit einer Stärke von jeweils 1.500 Soldaten gebildet werden sollen, haben nach EU-Strategiepapieren Afrika als Hauptziel. Die EU will zeigen, dass »Europas Sicherheitspolitik beginnt, handlungsfähig zu werden,« denn »dies ist der einzige entscheidende Grund für diesen Einsatz,« (7) wie es Klaus Naumann, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses offen sagt.

Wie human die humanitäre Intervention im Kongo wirklich ist, lässt sich aus folgender Meldung der NZZ vom 28. Januar 2006 ersehen: »Während die UNO in ihrem Spendenaufruf für 2005 47 Millionen Dollar für die Republik Zentralafrika, 40,5 für Cote d'Ivoire und 33 Millionen für Guinea verlangte, versprachen die Geber an der Konferenz für die Hilfe an diese Länder nur je eine Million Dollar. Für die Demokratische Republik Kongo wurden 36,5 von 738 Millionen zugesagt, für den Sudan 106 Millionen von 1,5 Milliarden, für Somalia sogar nur 5 Millionen von den notwendigen 174 Millionen.« (8) Allein der Bundeswehreininsatz im Kongo wird aber für die ersten Monate 56 Millionen Euro an zusätzlichen Kosten verschlingen.

Tobias Pflüger:

Kongo: Kaum Hoffnung auf neutrale Rolle der EU

IMI-Analyse 2006/069, 5.9.2006

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass die Wahlen im Kongo stattgefunden haben. Jedoch bleibt eine Menge Skepsis angebracht. Es heißt, die Wahlen und auch der Einsatz der EUFOR wären sehr erfolgreich gewesen. Ich denke, die Europäische Union und der Kongo sind knapp an einer Katastrophe vorbeigeschlittert! Gehen wir einmal davon aus, dass Kabila im ersten Wahlgang gewählt worden wäre: Die Situation wäre im Vergleich zu jetzt deutlich verschärft.

Es waren im Grunde genommen keine wirklich politischen Wahlen — das zeigen die Ergebnisse und der Wahlkampf. Es waren sehr stark von regionaler Zugehörigkeit geprägte Wahlen, und de facto gibt es eine Ost-West-Spaltung des Kongo. Viele EU-Verantwortliche, allen voran Louis Michel, haben sich einseitig zu Gunsten von Joseph Kabila positioniert. Herr Schröder, ich würde gerne sagen, die Angelegenheit habe sich erledigt. Doch nein, sie hatte vor Ort sehr viel Einfluss, und ich will aus einem Artikel der Deutschen Welle zitieren. Dort heißt es: »Mindestens so grob fahr-

Die EU-Militärintervention in der DR Kongo schreibt sich in die post-koloniale Tradition der militärinterventionistischen Afrikapolitik europäischer Kolonialmächte ein. Dazu passt, dass Frankreich seine Militärstützpunkte in Afrika, wie in Senegal, Djibouti, Gabun und der Elfenbeinküste europäisieren möchte. (9) Während der Kongo-Mission sollen 400 deutsche Fallschirmjäger in Libreville/Gabun auf einem französischen Militärstützpunkt stationiert werden. Mit der EU-Militärintervention in der DR Kongo droht ein Exempel für die Europäisierung französisch/belgischer Hegepolitik in Afrika.

AP schreibt in einer Agenturmeldung vom 07.06.2006: »Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana hat den bevorstehenden Kongo-Einsatz europäischer Soldaten als Beispiel für die künftigen Aufgaben der EU bezeichnet.« Wenn der Kongo das Probebeispiel ist, was soll dann alles noch folgen?

Anmerkungen

- (1) <http://www.bundesregierung.de/Interview/,-975779/dokument.print.htm>
- (2) http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID5519118_REF1,00.html
- (3) <http://www.andreas-schockenhoff.de/politisches/standpunkte?template=detail&entryid=64>
- (4) Tagesspiegel 29.03.2006
- (5) Deutschlandfunk, 21.03.2006, zitiert nach »Gute demokratische Tradition«, Grüne und Seeheimer Kreis für und gegen Kongo-Einsatz in: ngo-online, 21.03.2006
- (6) <http://www.wams.de/data/2006/03/26/865573.html>
- (7) Osnabrücker Zeitung, 03. April 2006
- (8) Neue Züricher Zeitung vom 28.01.2006
- (9) Vgl. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1410

lässig wie Bemba ethnisch-nationalistische und bisweilen rassistische Kampagne war das Verhalten der Europäer, insbesondere des pikanterweise aus Belgien stammenden Entwicklungskommissars Louis Michel. Dass er vor dem Urnengang Ende Juli 2006 klar und öffentlich den bisherigen Amtsinhaber Kabila favorisiert hatte, haben ihm die Menschen im Westen des Landes und gerade auch in der Bemba-Hochburg Kinshasa nie verziehen.«

Wir wissen auch, dass eine ganze Reihe von wirtschaftlichen Interessen mit im Spiel sind. Stichwort: Der Belgier George Forrest hat 400 Millionen US Dollar in eine Kupfermine in Kamato investiert, und er hat den Wahlkampf von Herrn Kabila wohl ganz wesentlich mit unterstützt — zumindest hört man das immer wieder.

Die Neue Zürcher Zeitung schreibt ganz klar, dass Herr Kabila sich staatlicher Ressourcen bedient und Zuwendungen von ausländischen Minenunternehmen bekommen hat. Ich glaube, das ist kein gutes Zeichen. Uns bleibt nur die Hoffnung auf eine tatsächlich neutrale Rolle der Europäischen Union.

Lühr Henken:

Bundeswehr am Kongo - Sicherung von Wahlen oder Testfall für EU-Einsätze für Rohstoffe und Einflusszonen?

IMI-Studie 2006/06b, 18.8.2006

Am 1. Juni 2006 hat der Bundestag mit 440 Ja- und 135 Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen beschlossen, sich mit 780 Bundeswehrsoldaten an einer etwa 2100 Mann starken EU-Kampftruppe, EUFOR R.D. Congo genannt, zu beteiligen. Sie soll auf Grundlage von Kapitel VII der UN-Charta ab Ende Juli für vier Monate die UN-Blauhelm-Truppe MONUC unterstützen, um einen friedlichen Verlauf der für den 30. Juli angesetzten ersten Präsidenten-, Parlaments- Stich- und Regionalwahlen im Kongo seit 1965 zu gewährleisten. Erstmals übernimmt Deutschland mit seinem Einsatzführungskommando in Potsdam die militärische Führung eines autonomen Militäreinsatzes der EU. Frankreich stellt 800 Soldaten und das taktische Hauptquartier in Kinshasa. 790 Soldaten der EU-Truppe werden in Kinshasa stationiert, davon 320 deutsche, 1200 in der 900 km entfernten Hauptstadt Gabuns, Libreville. Insgesamt beteiligen sich 19 EU-Staaten und die Türkei. Hauptaufgabe der deutschen Truppe ist es, Wahlhelfer in Not zu evakuieren, aber auch in Kinshasa das französische Hauptquartier zu schützen. Sie hat nur ein Mandat für den Raum Kinshasa. Die französischen Soldaten haben Abschreckungs- und Evakuierungsaufgaben und können in der gesamten DR Kongo außer in den vier Bürgerkriegsprovinzen im Osten eingesetzt werden.

Nie stieß ein Bundeswehreinsatz auf so wenig Zustimmung in der Bevölkerung und wurde im Bundestag selten so kontrovers diskutiert. „Mehrheit der Deutschen lehnt Einsatz im Kongo ab“ titelte Springers Welt. Laut ihrer eigenen Umfrage befürworten lediglich 37 Prozent den Einsatz, 59 Prozent seien dagegen (Die Welt 2.6.06). Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Bundesregierung bei Auslandseinsätzen nicht die Meinungsführerschaft im Lande hat. Da Auslandseinsätze erklärtes Regierungsziel sind, kommt es darauf an, Sinn und Unsinn solcher Vorhaben im Detail zu untersuchen. Die folgende Analyse beschäftigt sich vor allem mit den aktuellen Verhältnissen in der DR Kongo, legt dabei den Schwerpunkt auf die ökonomische und militärische Situation.

In Stichworten: Land und Leute der DR Kongo

Fläche: 2,34 Mio. km², zwölftgrößtes Land der Erde, nach Fläche und Einwohnerzahl drittgrößtes in Afrika, 6,6fache Größe der BR Deutschland. Um einen Eindruck von der Größe der DR Kongo zu bekommen: Nach der flächentreuen (Peters-)Projektion reicht die Nord-Südausdehnung der DRK übertragen auf Europa vom Nördlichen Polarkreis bis zur Südspitze Siziliens. Das entspricht einer Entfernung von 2900 km. Die Entfernung zwischen Kinshasa und der Krisenregion Ituri beträgt 1750 km. Die DRK hat etwa 62 Millionen Einwohner, darunter sind rund 20.000 Europäer (meist Belgier). In der Hauptstadt Kinshasa konzentrieren sich 8 Mio. Menschen. Insgesamt gibt es etwa 300 bis 350 Ethnien. Religionen: 51 % katholisch, ca. 25 % protestantisch, 15 % werden zu anderen christlichen Glaubensgemeinschaften gerechnet, 2 % Muslime, dazu indigene Religionen (Fischer Weltatmanach 2006, S. 274). Analphabeten: ein Drittel der Männer und die Hälfte der Frauen. Tageszeitungen haben eine Auflage von etwa 1000 Ex. und sind wenig verbreitet. Hauptmedium sind Radio und Handy. Verkehrssprache: Französisch.

Wirtschaftliche Eckdaten

Das Bruttonationaleinkommen pro Kopf betrug 2003 100 USD im Jahr. Die DR Kongo zählt zu den ärmsten Ländern. Rund 80 Prozent der Kongolesen leben unter der absoluten Armutsgrenze von einem USD am Tag, 72 Prozent sind unterernährt. „Monatlich sterben 31.000 Menschen an den Kriegsfolgen wie Hunger, Armut und Vertreibung“ (ai, taz 24.5.06). Bei einem Bruttosozialprodukt von 5,7 Mrd. (2002) beträgt die Auslandsverschuldung rund 10,5 Mrd. USD. Der offizielle Exportwert lag 2001 bei nur 883 Mio. USD. Der Staatshaushalt von 2,2 Mrd. USD wird zu 57 Prozent durch ausländische Hilfgelder finanziert.

Dabei verfügt die DR Kongo über sehr große Naturreichtümer, die im Wesentlichen weiter unten dargestellt werden. Kongos Reichtum kam bisher jedoch nur einer kleinen korrupten Führung und ausländischen Minengesellschaften zugute. Aber zunächst ein kurzer Abriss der Geschichte des Landes.

Geschichtlicher Abriss

In der vorkolonialen Zeit existierten im heutigen Kongo relativ hochentwickelte Königreiche, die auch Gebiete des heutigen Angola und Sambia einschlossen. Von 1884/85 bis 1960 wurde es vom belgischen Kolonialismus geprägt. Bis 1908 war der Kongo im Privatbesitz des brutalen belgischen Königs Leopold II. Belgien entließ nach Unabhängigkeitskämpfen den Kongo am 30. Juni 1960 in die Unabhängigkeit. Der Linke Patrice Lumumba ging als Ministerpräsident aus den ersten freien Wahlen im Kongo hervor. Er wurde im Januar 1961 mit Unterstützung von Belgien ermordet. Sein antikommunistischer Gegner Moïse Tschombé wurde in den Kriegswirren 1964/65 Chef der Zentralregierung. Da dies nicht zur Stabilisierung des Landes führte, setzten die USA, Belgien und andere westliche Staaten Mobutu Sese Seko in einem von der CIA unterstützten Staatsstreich im November 1965 als Staats- und Regierungschef ein. Mobutu verfügte auch über enge Beziehungen zu Frankreich. Er herrschte diktatorisch bis zu seinem Sturz 1997 durch Laurent Désirée Kabila und bereicherte sich und seinen Clan. Mobutu schaffte „10 bis 20 Milliarden Dollar kongolesischen Vermögens auf Auslandskonten“ (Financial Times Deutschland 9.3.06). Laurent Kabilas Machtübernahme wurde unterstützt von Ruanda, Uganda und Burundi, damit von den USA. Insbesondere die Minengesellschaft American Mineral Fields (AMFI), 1995 gegründet, um weite Teile des Kongo auszubeuten, unterstützten logistisch, finanziell und militärisch Kabilas Vormarsch. AMFI ist verknüpft mit den größten US-kanadischen Gold- und Minenkonzernen. Die AMFI-Konzernzentrale ist in Hope, der Hauptstadt Arkansas', dem Heimatstaat des damaligen US-Präsidenten Clinton. Kabila hatte AMFI in einem Vertrag im April 1997 die staatliche Bergbaugesellschaft Gécamines abgetreten. 1998 brach Kabila mit seinen ruandischen Bündnispartnern und den USA. Ruandische Truppen mussten Kinshasa verlassen. Der Vertrag mit AMFI wurde 1998 zugunsten des südafrikanischen-britischen Konzerns Anglo-American Corp. (AAC ist die zweitgrößte Minengesellschaft der Welt) aufgekündigt. Ruanda besetzte daraufhin mit Unterstützung Ugandas und Burundis den Ostkongo. Um einen Sturz Kabi-

las zu verhindern, intervenierten daraufhin Angola, Namibia und Zimbabwe. Im Kongo tobte ein Krieg, der als der erste afrikanische Weltkrieg bezeichnet wurde und dessen Totenzahl auf bis zu vier Millionen geschätzt wird. Frankreich stand an Laurent Kabilas Seite. Im Januar 2001 wurde Kabila von einem eigenen Leibwächter ermordet. Man sagt „im Auftrag westlicher Geheimdienste“ (Das Parlament 14.7.03). Sein Sohn Joseph übernahm die Macht in Kinshasa und baute insbesondere die Beziehungen zu Frankreich aus. Der Krieg im Kongo endete schrittweise. Allerdings ist der Osten des Landes bis heute nicht befriedet. Im Juni 2003 wurde eine Übergangsregierung gebildet, die nach zwei Jahren durch Wahlen abgelöst werden sollte. Dieser Prozess ist um ein Jahr verlängert worden. Die Wahlen fanden nun am 30.7. statt.

Kleptokratie an der Macht

Die Übergangsregierung wird von den einstigen Kriegsgegnern gebildet: Präsident ist Joseph Kabila, auch Oberbefehlshaber der Armee (der seine Hauptbastion in der Kupferprovinz Katanga hat), und vier Stellvertreter: Jean-Pierre Bemba (MLC, von Uganda unterstützt, Schwiegersohn Mobutus), Azurias Ruberwa (RCD-Goma, der Vertreter Ruandas), Yerodie A. Ndombasi (ein Vertreter aus Kabilas Partei) u. A. Z. Ngoma (gehört zur politischen Opposition). Hier handelt es sich um eine Kleptokratie - eine Herrschaft der Plünderer.

2004 stellte eine parlamentarische Untersuchungskommission fest, „dass die heute regierenden Kriegsparteien die staatlichen Unternehmen des Landes schlimmer ausplündern als zu Zeiten der Mobutu-Diktatur“ (taz 9.8.05). Und die Neue Zürcher Zeitung kommt zu dem niederschmetternden Urteil: „Seither (Juni 2003, L.H.) haben sich die Regierungsmitglieder hauptsächlich darauf konzentriert, die Erlöse aus den grossen Rohstoffvorkommen in die eigenen Taschen abzuzweigen“ (NZZ 20.12.05). Die FAZ berichtete: „Joseph Kabila (...) soll in den fünf Jahren seiner Amtszeit ein Privatvermögen von einer Milliarde Dollar angehäuft haben“ (FAZ 8.7.06). Und die taz: „In der Herrschaftszeit Joseph Kabilas (sind) nach Schätzungen von Nichtregierungsorganisationen 70 Prozent der Aktiva von Gécamines, darunter fast alle produktiven Bergbaukonzessionen, an private Partner im Ausland gegangen – zu Bedingungen, bei denen dem Staat und der lokalen Bevölkerungen nur ein paar Brosamen bleiben“ (taz 8.5.06). Das bestätigt auch die NZZ: „Die Kupfer- und Kobalt-Vorkommen im Konzessionsgebiet der Gécamines (...) wurden zu einem grossen Teil in undurchsichtiger Weise für einen Pappenstiel an Unternehmen wie die amerikanische Phelps Dodge verschertelt. Ein kongolesischer Geschäftsmann mit Einblick in die entsprechenden Verhandlungen erklärt dazu, dass Kabila von jeder der ausländischen Firmen eine monatliche Zahlung von durchschnittlich 250.000 Dollar erhalte – stillschweigend natürlich. Der Mann, der seinen Namen aus verständlichen Gründen nicht in der Zeitung sehen will, sagt weiter: ‚Der Ex-Diktator Mobutu war ohne Zweifel ein grosser Gauner. Doch Mobutu stahl von den Bäumen nur die Früchte. Dagegen verscherteln Kabila und Konsorten die ganzen Bäume für ein Butterbrot.‘ Der Präsident brauche dringend Geld um die Wahlen zu gewinnen. Ausserdem finanzierten die ausländischen Firmen Kabilas Wahlkampf mit“ (NZZ 21.7.06). Am 12. Mai 2006 stellte der IWF die Zusammenarbeit mit der kongolesischen Regierung „wegen Korruption und mangelndem Reformwillen“ (taz 13.5.06) ein.

Bodenschätze und Wasserkraft

Die Fülle der Bodenschätze der DR Kongo, ihre Werte und Besitzverhältnisse können in diesem Rahmen nur schlaglichtartig beschrieben werden. Deutlich werden jedoch die zugrunde liegenden Ausbeutungsverhältnisse.

Insgesamt liegt die Rohstoffförderung und folglich die Ausfuhr, gemessen an früheren Zeiten, danieder; bis auf eine Ausnahme:

Diamanten

Bei Industriediamanten hält Kongo im Jahr 2003 Platz 4 der weltweiten Förderung. Im Jahr 2001 machte ihr Ausfuhrwert von 512 Mio. USD 58 % des kongolesischen Exportwerts aus. Der Großteil der Industriediamanten wird durch Zehntausende Individualschürfer ausgebeutet und über ein libanesisch kontrolliertes Händlernetz teils legal, teils illegal außer Landes geschafft. Abbaugelände liegen vor allem um Mbuyi-Maji (Provinz Kasai) sowie bei Kisangani. In Kisangani besitzt das AMFI-Tochterunternehmen American Diamond Buyers die Schürfrechte. Noch weitgehend nicht exploriert ist der kongolesische Teil des Kimberlit-Korridors, der sich von der angolanischen Diamanten-Provinz Lunda Norte in die DRK zieht. Hier hat sich ein Joint Venture des kanadischen Unternehmens SouthernEra Diamonds Inc. mit der weltweit größten Minengesellschaft, der australisch-südafrikanischen BHP Billiton, Lizenzen auf einer Fläche, die der Größe Schleswig-Holsteins entspricht, gesichert (www.goldinvest.de).

Gold

Die Abbaugelände liegen vor allem im äußersten Nordosten der DRK. Allerdings ist der Abbau im globalen Maßstab gering. Kongo ist 2003 nicht unter den ersten 19 in der Welt zu finden. Die kanadische Firma Barrick-Gold, seit Neustem die Nr. 1 in der Weltgoldproduktion, besitzt ein Claim von 82.000 km² in der Provinz Oriental, eine Fläche so groß wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zusammen. Sein Goldgehalt wird mit 100 t angegeben, was einem Marktwert von derzeit 1,7 Milliarden USD entspricht. Außerdem hat der südafrikanische Goldriese AngloGold Ashanti (Tochter von Anglo American) in Ituri Schürfrechte in einem 10.000 km² großen Gebiet (www.derstandard.at, 1.3.06). Die Ressourcen sollen 1,2 Millionen Unzen enthalten. Bei einem derzeitigen (27.7.06) Unzenpreis von etwa 635 USD ergebe dies immerhin den Wert von 760 Mio. USD. Dies ist geradezu minimal gegenüber den 20 Millionen Unzen im Moto-Kilo-Gebiet in Ituri. ([Goldinvest.de](http://www.goldinvest.de) 17.7.06). Dies entspräche einem Wert von 12,7 Milliarden USD. Weiter südlich soll die Anglo-Tochter Banro eine Lagerstätte mit weiteren 8 Mio. Unzen ausgemacht haben. Die sicher noch unvollständigen Angaben über die kongolesischen Goldvorkommen summieren sich etwa auf 1000 Tonnen, was einem Marktwert von etwa 20 Mrd. USD entspricht.

Kupfer und Kobalt

Die kongolesische Kupferproduktion im Abbaugelände um Lubumbashi und Kolwesi im äußersten Südosten der DRK ist verglichen mit früher gering. „In den Jahren 1967 bis 1985 erwirtschaftete Gécamines mit Kupfer- und Kobalt-Exporten bis zu 85 Prozent der Deviseneinlagen des Landes; jährlich wurden 480.000 Tonnen Kupfer und 16.000 Tonnen Kobalt produziert. Letztes Jahr waren es noch 15 000 Tonnen Kupfer und etwa 1000 Tonnen Kobalt“ (NZZ 8.6.06). Die International Crisis Group (ICG) schätzt, dass im Kongo zehn Prozent der weltweiten Kupferreserven lagern (ICG, Katanga: The Congo's Forgotten Crisis, Africa Report Nr. 103, 9.1.06, Seite 8). Bei geschätzten weltweiten Reserven von 600 Mio. Tonnen (Fischer Weltatlas 2006, S. 630) müssten es demnach rund 60 Mio. Tonnen sein. Derzeit bringt die Tonne Kupfer um 7.600 USD, sodass sich daraus ein Marktwert von 460 Mrd. USD errechnet. Kupfer ist damit das mit Abstand wertvollste Gut in Kongos Boden.

Beim Koppelprodukt Kobalt, das u.a. wichtig ist als Speziallegierung für Flugzeug- und Kraftwerksturbinen, ist die kongolesische Weltstellung noch bedeutsamer als bei Kupfer: Die DR Kongo liegt jeweils bei Förderung und Reserven auf Platz 1 in der Welt. 2003 kamen 24,1 % (<http://de.wikipedia.org/wiki/Kobalt>) des Weltko-

balts aus Katanga und die ICG schätzt den Anteil an den weltweiten Kobaltreserven dort sogar auf 34 Prozent. Die Kobaltmenge beträgt etwa 4 Mio. Tonnen, was auf dem Markt ca. 140 Mrd. USD Erlösen würde. Die VR China ist mit Abstand der größte Abnehmer kongolesischen Kobalts bei steigender Tendenz. „In Kongo fördern Chinesen unter haarsträubenden Umständen Kupfer und Kobalt in rauen Mengen,“ berichtet die FAZ am 11.5.06.

Einblicke in den Ausbeutungsmechanismus gibt folgender Vorgang. Im August 2005 sicherte sich die US-Minengesellschaft Phelps Dodge von der staatlichen Minengesellschaft Gécamines mit dekretierter Zustimmung der Übergangsregierung Kabila einen Anteil von 57,75 Prozent an der Kupfer-Kobalt-Mine Tenke-Fungurume in Katanga für nur 60 Mio. USD. Die Mine enthält nach Angaben von Phelps Dodge 103 Millionen Tonnen Erz, dessen Kupfergehalt das Unternehmen mit 3,44 % und dessen Kobaltgehalt mit 0,34 % angibt (Jahresbericht 2005 www.phelpsdodge.com). Nach derzeitigen Preisen ergibt sich ein Marktwert des Kupfers von gut 16 Milliarden USD, das Kobalt valutiert mit etwa 5,6 Mrd. USD (14,60 USD/lb am 19.7.06; 1 lb = 453,59 g). Die Konzession kostet also nur etwa ein Vierhundertstel des Umsatzes. Selbst wenn das Unternehmen Hunderte Millionen Dollar in die Erschließung investieren müsste, sind diese Summen angesichts der exorbitanten Renditeaussichten als Peanuts zu bezeichnen.

Germanium

In einer etwa 100 m hohen Abraumhalde am Rande Lubumbashis lagert etwa ein Viertel des weltweiten Germanium-Vorkommens. Germanium ist Bestandteil von Glasfasern und wird in der Infrarot-Sensorik verwendet, ist somit auch militärisch relevant. Der Marktwert beläuft sich derzeit etwa auf 2,6 Mrd. USD.

Coltan

ist ein Gemisch aus den chemischen Elementen Tantal und Niob. In der DR Kongo lagern zwei Prozent der weltweiten Niob-Reserven und 13 Prozent der weltweiten Tantalvorkommen (Hans W. Maull, Strategische Rohstoffe, München 1988). Tantal ist wichtig für die Handyherstellung. Die deutsche Firma H.C. Starck aus Goslar, Tochterunternehmen des Bayer-Konzerns, ist Weltmarktführer bei der Verarbeitung von Tantalerzen. H.C. Starck war in den Jahren 2000 und 2001 – während des Kongokrieges – größter Abnehmer des Tantalerzes Coltan und geriet in die Kritik, weil dadurch Kriegsparteien finanziert wurden. Seitdem ist die weltweite Nachfrage nach Coltan gesunken.

Erdöl

Rohöl, das vor allem in der Kongomündung gefördert wird, steht für 24 % des kongolesischen Exports im Jahr 2001, entsprechend 211 Mio. USD. Im Juni 2002 verlieh die Regierung in Kinshasa der kanadischen Heritage Oil Corp. das Exklusivrecht, in einem 31.000 km² großen Gebiet Ituris am Westufer des Albertsees nach Erdöl zu suchen. Zusammen mit der südafrikanischen Firma Energy Africa besitzt sie direkt an der Westgrenze Ugandas ebenfalls eine Konzession und hat „dort nahe der Grenze zu Kongo-Kinshasa ein Erdölfeld gefunden, dessen Potenzial die Firma auf ‚mehrere Milliarden Fass‘ schätzt“ (NZZ 21.5.03). Bei einem Fasspreis von derzeit über 70 USD klingt dies nicht nur verheißungsvoll für Ugandas zukünftige Prosperität, sondern lässt auch auf einen Ölsegen in Ituri hoffen.

Holz

Internationale Holzkonzerne verfügen im Kongo über Konzessionen, die die Fläche Frankreichs bedecken würden. Größter Abholzer ist das deutsche Unternehmen Congolaise Industrielle des Bois. Die deutsch-schweizerische Tropenholzfirma Danzer ist ebenfalls im Kongo aktiv.

Zudem sind Zinn, Uran, Wolfram, Zink, Silber und Mangan in relevanten Mengen vorhanden.

Infrastruktur und Wiederaufbau

„Wichtigster deutscher Investor im Kongo ist Siemens, dessen belgische Filiale das Stromnetz der Hauptstadt Kinshasa instand setzt, gefördert von der Weltbank. (...) Der deutsche Konzern ist auch in der Telekommunikation präsent“ (taz 11.7.03). 2003 erhielt Siemens von der Weltbank den Auftrag, die zwei bestehenden Kraftwerke an den Inga-Staudämmen südlich von Kinshasa, die derzeit nur mit einer Kapazität von 30 Prozent arbeiten, zu sanieren. 550 Mio. USD seien dafür bis 2010 notwendig. Siemens hat in Kinshasa auch ein Büro eröffnet. Weitere Informationen sind jedoch nicht zu erhalten (International Rivers Network, April 2005, www.irn.org). Die international tätige Stuttgarter Consultingfirma Fichtner hat von der Weltbank den Auftrag, die Instandsetzung der elektrischen Infrastruktur im Süden des Landes, was Inga einschließt, zu planen und mit den ersten dringlichen Maßnahmen zu beginnen. Zudem berät Fichtner die kongolesische staatliche Elektrizitätsgesellschaft SNEL bei der Ausschreibung, Angebotsauswertung und Vergabe von Aufträgen (www.fichtner.de). „Die DR Kongo hat nach China und Russland die drittgrößten durchschnittlichen Reserven an Wasserkraft in der Welt. Davon werden bisher nur 2 % genutzt,“ stellt die EU-Kommission in ihrer Afrika-Strategie „zur Beschleunigung der Entwicklung Afrikas“ fest (KOM(2005) 489 endgültig vom 12.10.05). Am konkretesten sind die Planungen für Inga 3, für dessen Bau rund 5 Mrd. USD notwendig wären und der 2012 abgeschlossen sein soll. Eher Zukunftsmusik ist der gigantische Plan „Grand Inga“ für einen umweltpolitisch fragwürdigen Damm, der den gesamten Kongo staut und dessen 52 Turbinen Afrika vom Kap bis Ägypten mit Energie versorgen soll. Hier wird von Investitionskosten von 50 Mrd. USD ausgegangen (www.irn.org). Siemens gilt als „gut positioniert, den Löwenanteil an diesem vermutlich interessantesten Großinvestitionsprojekt des Kongo zu bekommen“ (taz 11.7.03).

Frankreichs Einfluss im Kongo

Nicht nur, dass Frankreich die Nähe zu allen Präsidenten Kongos hergestellt hatte, wobei die Nähe zu Kabila Junior so eng sein soll wie zu keinem seiner Vorgänger, die französische Consultingfirma Sofreco hat sich das Management des staatlichen Bergbauunternehmens Gécamines gesichert, dem – trotz des Ausverkaufs - größten Unternehmens Kongos. Die Sanierung Gécamines' ist der Schlüssel zur Gesundung des Landes. Das derzeit größte ausländische Unternehmen im Kongo gehört dem Belgier George Forrest. Er ist Frankreichs Honorarkonsul in Lubumbashi und besitzt ein Viertel des Germaniumbergs bei Lubumbashi und bedeutende Anteile an Kupfer-Kobalt-Minen. „Belgische NGOs nennen Forrest als Hauptfinanciers von Joseph Kabilas PPRD“ (taz 8.5.06).

Auch auf militärischer Ebene ist Frankreichs Einfluss im Kongo führend. Die militärische EU-Mission EUSEC, die seit Juni 2005 den Aufbau der kongolesischen Armee FARDC überwacht, wird vom französischen General Joana geleitet. EUSEC stellt Berater des kongolesischen Generalstabs und sitzt auch im Büro des kongolesischen Verteidigungsministers. Die EU-Truppe „Artemis“, die im Sommer 2003 im ostkongolesischen Bunia unter anderem mit Mirage-Kampfflugzeugen und einem Kampfhelikopter-Regiment militärische Stärke demonstriert hat, war eine französische.

„Frankreich gilt unter den internationalen Partnerländern zusammen mit den USA als eifriger Unterstützer Kabilas. Die beiden Länder, heißt es bei der MONUC, betreiben aktiv Kabilas Wiederwahl im ersten Wahlgang“ (D. Johnson, Internationale Politik, April 2006, S. 54).

Zum Wahlausgang

Zur Präsidentenwahl hat die Wahlkommission 33 Kandidaten

zugelassen, die Kandidatenzahl für die 500 Parlamentssitze liegt bei über 9.700. Schon beim friedlich verlaufenden Verfassungsreferendum im Dezember hatte sich der Oppositionelle Etienne Tshisekedi, dem vor allem in seiner Heimat, der Diamantenprovinz Kasai, und in Kinshasa die beachtliche Anhängerschaft von drei bis vier Millionen Wählern nachgesagt wird, zu einem Boykott aufgerufen. Und auch für die Wahlen am 30.7. stand er und seine Partei UDPS nicht auf den Wahlzetteln. Die NZZ wagte angesichts dessen Anfang April bereits eine Prognose für den Wahlausgang: „Tshisekedis Abseitsstehen erhöht die Chancen Kabilas, bereits im ersten Wahlgang als Präsident Kongo-Kinshasas bestätigt zu werden. (...) Die Opposition ist verzettelt. Zahlreiche Führer von Kleinstparteien haben wohl die Kandidatur nur deswegen eingereicht, um ihren ‚Marktwert‘ in Verhandlungen mit Kabila steigern zu können; im Tausch gegen einen Posten in der künftigen Regierung oder Verwaltung dürften sie bereit sein, sich vom Rennen zurückzuziehen und Kabila zu unterstützen“ (NZZ 5.4.06). Es sieht so aus, als ob der Wunschkandidat der französischen und der US-Regierung tatsächlich das Rennen macht. Kabila ist der Favorit. Möglicherweise nicht gleich für den ersten Wahlgang, obwohl seine Allianz aus 31 Parteien (Bembas Allianz umfasst 23 Parteien) dies anstrebt, aber für den zweiten, der spätestens Mitte Oktober stattfinden soll. Die NZZ formuliert erfreulich klar: „Die ausländischen Bergbauunternehmen haben ein grosses Interesse an Kontinuität – und damit an einem Wahlsieg Kabilas. Unter einem anderen Staatschef müssten sie befürchten, dass die für sie äußerst vorteilhaften Konzessionsverträge erneut unter die Lupe genommen würden. Belgien und die USA, beides Staaten, die in Kongo-Kinshasa über einigen Einfluss verfügen, hätten an einem solchen Szenario ebenfalls wenig Freude“ (NZZ 21.7.06).

Zum Militär in der DR Kongo

Um einen Standpunkt dafür zu entwickeln, ob es zur Absicherung der Wahl notwendig ist, EU-Truppen in die DR Kongo zu entsenden, ist es unerlässlich, die im Kongo vorhandenen wesentlichen militärischen Kräfte zu analysieren.

MONUC

Die UN führt seit 2000 eine immer weiter verstärkte Blauhelm-Mission nach Kapitel VII durch – MONUC. Sie umfasst rund 16.000 reguläre Soldaten aus 19 Ländern. Pakistan und Indien stellen davon jeweils rund 3500, Bangladesh, Südafrika und Uruguay jeweils knapp 1400 Soldaten. Französische und frankophone Teile dominieren und kommandieren den militärischen Teil. Politischer Direktor der Mission ist der deutsche Diplomat Albrecht Conze vom Auswärtigen Amt.

Den Kern der MONUC-Heeressoldaten bilden zehn Panzergrenadierbataillone und zehn Panzergrenadierkompanien. Zwei Bataillone befinden sich in Kinshasa, fast sämtliche anderen Verbände sind im Distrikt Ituri, in den Provinzen Nord- und Südkivu sowie in Nord-Katanga – somit im Osten. Da das Land über keine befestigten Fernstraßen verfügt, findet der UN-Transport durch die Luft statt. MONUC fliegt 60 Flugplätze und Landeplätzen sowie 150 Hubschrauberlandeplätze an und verfügt über 24 Flugzeuge, darunter zwei Boeing 727 und drei Iljushin-76 sowie 62 Hubschrauber (<http://monuc.org>). MONUC hat sich also ein flächendeckendes Luftverkehrsnetz geschaffen. Von daher ist es überflüssig, für Not-Evakuierungen von bis zu 250 europäischen Wahlbeobachtern insbesondere 350 deutsche Fallschirmjäger aus dem Saarland abzustellen. Das kann MONUC selbst übernehmen.

Die kongolesische Armee

In der Übergangszeit seit 2003 sollten die kämpfenden Milizen im Kongo in eine reguläre Armee integriert werden. Das ist

nur zu einem kleinen Teil umgesetzt worden: „Kongos neue nationale Armee FARDC sollte 18 Brigaden haben, jeweils 3500 Mann stark. Sie hat auf dem Papier 12“ (taz 9.2.2006). Real gibt es „fünf integrierte Brigaden, in denen Soldaten und ehemalige Rebellen engagiert sind. Sie sind alle im Osten stationiert“ (FAZ 13.7.2006).

Die FARDC ist in weiten Teilen eher ein Unsicherheitsfaktor im Land. „Die kongolesische Truppe begeht schwere Menschenrechtsverletzungen, plündert hemmungslos, ist in Rohstoff- und Waffenschmuggel verwickelt.“ (D. Johnson, Internationale Politik, April 2006, S. 51). Dessen ungeachtet gingen 500 Mann der MONUC mit 2000 Soldaten der FARDC in Ituri gegen Rebellengruppen vor (NZZ 23.5.06). Die schweren Waffen der Armee sind allgemein in einem schlechten Zustand. Sie verfügt über etwa 70 alte Kampfpanzer und 130 Artilleriesysteme als Hauptwaffen des Heeres. Die Luftwaffe hat sechs Kampfflugzeuge (2 MiG 23, 4 Su-25) und sechs Kampfhelikopter (Mi-24), die Marine besteht aus acht Patrouillenbooten, die kaum einsatzfähig sind (The Military Balance 2005/2006, S. 375). FARDC hat eine integrierte Führung, dessen Oberbefehlshaber Joseph Kabila ist. Das Heer wird von Ruberwas RCD befehligt, die Luftwaffe von Kabilas Partei und die Marine von Jean-Pierre Bembas MLC (FAZ 1.7.03).

Die Milizen und der EU-Militäreinsatz

Offiziell angefangen hat alles mit einem Brief des für Blauhelm-Missionen zuständigen UN-Untergeneralsekretärs, dem Franzosen Jean-Marie Guéhenno, am 27.12.05. Darin wünscht er von der EU „Abschreckungskräfte“ und „Reservekräfte“, um während der Wahlen MONUC zu unterstützen. Anzumerken ist, dass die Anforderung nicht von MONUC kam und bei der kongolesischen Übergangsregierung erst noch Überzeugungsarbeit geleistet werden musste. Der Spiegel am 30.1.06: „Die Regierung in Kinshasa, meldete der Diplomat (der deutsche Botschafter Buchholz, L.H.) kürzlich nach Berlin, sehe für die Europa-Truppe ‚keinen Bedarf‘“.

Wenn die EU über einen Militäreinsatz im Kongo nachdenkt, setzt das eine Analyse des Störpotenzials von Wahlen im Kongo voraus. Versuchen wir uns an einem Lagebild:

Präsident Kabila befehligt eine Präsidialgarde GSSP als Privatarmee außerhalb der Armeestruktur. Die Angaben über dessen Stärke reichen von „fast 7000“ von Albrecht Conze (www.fr-aktuell.de, 23.3.06), „bis 15.000 Elitesoldaten“ (Denis M. Tull, Die Demokratische Republik Kongo vor den Wahlen, SWP-Aktuell 12, Februar 2006, S. 2.). D. Johnson, verwendet sogar die Zahl 16.000. Tull gibt an, dass diese sowohl in Kinshasa als auch in Lubumbashi, Kisangani und Bukavu stationiert seien.

Der Hauptstadt Kinshasa kommt für den Ausgang der Wahl die entscheidende Bedeutung zu. „Dies ist das Nervenzentrum des Landes, hier wird sich tatsächlich entscheiden, ob das Wahlergebnis akzeptiert wird oder nicht. Größere Bewegungen für oder gegen den einen oder anderen Kandidaten außerhalb von Kinshasa werden keine nationalen Auswirkungen haben. Deswegen geht es wirklich um die Hauptstadt“, sagte A. Conze in einem Interview der Deutschen Welle. Frage: „Es gibt Gerüchte, dass einzelne Politiker schon Milizen rund um Kinshasa zusammenziehen.“ Antwort Conze: „Wir sehen niemanden, der jetzt etwas zusammenzieht, wir sehen nur zwei Kandidaten, die hier schon immer Sondertruppen haben, die über das Abkommen von Pretoria hinausgehen. Das sind der jetzige Staatspräsident Kabila und einer der vier Vizepräsidenten, Jean-Pierre Bemba. Die muss man nach beiden Wahlgängen – je nach erwartetem Ausgang – besonders gut im Auge behalten“ (www.dw-world.de, 24.5.06).

Über die Größe von Bembas Truppe gibt es sehr unterschiedliche Angaben. Sie reichen von 200 (!) bis 6.000. Conze gab Bembas

Truppenstärke mit „knapp 4000“ an (www.fr-aktuell.de, 24.3.06), SPIEGEL-ONLINE mit 5.000 (10.3.06) und die taz mit 6000 (15.3.06). Legt man diese hohen Angaben zu Grunde, würden die etwa 800 Soldaten der EU-Truppe in Kinshasa beim Aufeinandertreffen der Truppen Kabilas und Bembas überfordert sein. Selbst die aus Gabun herbeibeordnete Reserve von 1100 Mann, verstärkt durch die in Europa bereit gehaltene „strategische Reserve“, ein 800 Mann starkes französisches Bataillon, wäre machtlos, wenn – unabhängig davon, wer der Angreifer wäre – 15 bis 20.000 Bewaffnete übereinander herfielen. Die EU-Truppe würde im Worst-Case-Szenario ihren Abschreckungsauftrag nicht erfüllen können. Der Einsatz erwiese sich als unsinnig und die Truppe müsste unverrichteter Dinge abziehen. Was wäre, wenn die Franzosen ihre Luftwaffe einsetzen würden? Diesmal nicht nur zum Drohen, wie Ende Juli als zwei Mirage-Kampfflugzeuge über Kinshasa „im Tiefflug gerast“ (FAZ 28.7.06) waren, sondern mit einem Bombenabwurf im Stadtgebiet. Die Folgen wären verheerend. Aber, ist ein solches Szenario überhaupt realistisch?

Was ist, wenn die niedrigeren Zahlen über Bembas Truppen zutreffen? Der FAZ-Afrika-Korrespondent Scheen setzte sich mit der Bema-Truppe auseinander: „Daß Bema tatsächlich noch 5000 Milizionäre in der Nähe der Hauptstadt stehen haben soll, ist ein hartnäckiges, aber unbewiesenes Gerücht. Fest steht, dass auf einer Farm der Familie Bema außerhalb der Stadt zwei- oder dreihundert seiner alten Kämpfer mehr dahinvegetieren als leben. Ob von ihnen eine echte Bedrohung ausgeht, ist zweifelhaft. Denn Bema pflegt seine Leute nicht zu bezahlen. Für den riskiert kein Mensch mehr irgend etwas“, sagt ein seit vielen Jahren in Kinshasa lebender Niederländer“ (FAZ 19.5.06). Dass sehr viel für diese letzte Analyse spricht, wird dadurch unterstrichen, dass Denis M. Tull von der Stiftung Wissenschaft und Politik in seiner Analyse „denkbarer Szenarien“, in denen er Stärke und Wirkungsgebiete von Milizen untersucht, Jean Pierre Bembas Miliz überhaupt nicht (!) erwähnt. Folglich kann von Bema keine strategische Gefahr für den Fall ausgehen, dass er den Sieg Kabilas für sich reklamiert und ihn mit Waffengewalt durchsetzen will. Kabilas GSSP verbreitete während des Wahlkampfes schon überall im Land Angst und Schrecken. Für den umgekehrten – wenig wahrscheinlichen - Fall, Bema gewönne die Wahl und Kabila würde sie nicht anerkennen, scheint die EU nicht eingestellt zu sein, denn die EU-Truppe wäre nicht stark genug, um Kabilas Truppe abzuschrecken. Entweder ließe man Kabila gewähren oder weitere EU-Truppen müssten nachgeführt werden, aber davon ist nicht die Rede.

Die Bundesregierung benennt in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (Ds 16/1398 vom 8.5.06) darüber hinaus staatliche Rundfunk- und Fernsehsender sowie Regierungseinrichtungen, die während der Wahlphase zu Objekten von Störern werden könnten. Auch hier stellt sich die Frage: Wer könnten die Störer sein? Johnson schreibt in der taz am 13.6.06: „Als ‚Störer‘ dürften bei Kongos Wahl höchstens Hitzköpfe der boykottierenden Oppositionsparteien auftreten, die die Wahl als Farce zur Legitimierung des amtierenden Präsidenten Joseph Kabila ansehen.“ Mit unbewaffneten Störern würden die kongolesischen Sicherheitskräfte und die MONUC-Verbände vor Ort fertig, die ohnehin als Erste einzugreifen hätten. Als bewaffnete Störer kämen theoretisch allenfalls Bembas Leute in Frage. Und die werden aufgrund der ungleichen Kräfteverhältnisse nichts unternehmen.

Zusammengefasst: Die Einsatzziele der EU-Truppe sind nicht ausreichend begründet. Die vorgesehenen Aufgaben haben keine reale Grundlage oder können von MONUC und den kongolesischen Sicherheitskräften ausgeführt werden. Der Einsatz ist Symbolik.

Die Hintergründe des EU-Militäreinsatzes

Es stellt sich dann die Frage, weshalb trotz öffentlich beklagter knapper Kassen so vehement für diesen Einsatz getrommelt wird.

Die Antworten: Da der Einsatz vor allem vom französischen (und auch US-) Interesse diktiert ist, Frankreich jedoch nicht auch noch neben dem Hauptquartier vor Ort die Gesamtleitung übernehmen kann, weil sonst überhaupt kein Anschein von Neutralität gewahrt werden könnte, hat die Bundesregierung die Führung der Truppe übernommen.

EUFOR D.R. Congo ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg der Militarisierung der EU. Seitdem die EU im Jahr 2000 von der WEU die so genannten Petersberger Aufgaben (Militäreinsätze von der Evakuierung bis zum friedens erzwingenden Kampfeinsatz – sprich Krieg) übernommen hat, ist sie ein Militärpakt. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, baut die EU eine Schnelle Eingreiftruppe auf, die 80.000 Mann stark, ab 2010 binnen zwei Monaten komplett verlegbar sein soll. Als Kriegsmaterial sollen ihr rund 100 Schiffe, darunter vier Flugzeugträger, sieben U-Boote, 17 Fregatten und zwei Korvetten sowie 400 Flugzeuge zur Verfügung stehen (The Military Balance 2002/2003, S. 219). Die Bundesregierung stellt ihr 18.000 Soldaten fest zur Verfügung. Das ist das größte nationale Kontingent aller 25 EU-Mitglieder. Die Speerspitze der Schnellen Eingreiftruppe der EU werden sogenannte Battlegroups bilden, jeweils 1.500 Mann stark, für die die EU-Staaten bereits Kontingente für 12 Battlegroups gemeldet haben. Insgesamt sollen es einmal 19 werden. Ab 2007 sollen die ersten voll einsatzfähig sein. Spätestens nach 15 Tagen sollen die Battlegroups im Umkreis von bis zu 6.000 km um Brüssel eigenständig (d.h. ohne NATO-Unterstützung) einsetzbar sein und zwischen einem und vier Monate durchhalten können. Das Battlegroup-Konzept besagt, dass sie „bestimmt (sind) für, aber nicht begrenzt (sind) auf den Gebrauch für zusammenbrechende oder zusammengebrochene Staaten (von denen sich die meisten in Afrika befinden).“ Ihr Einsatz soll „vorrangig (aber nicht exklusiv)“ auf Grundlage eines Mandats nach Kapitel VII der UN-Charta erfolgen. Mit anderen Worten: Der offene Völkerrechtsbruch ist beabsichtigt und wird vorbereitet. Deutschland hat seine Beteiligung gleich an sieben der 12 Battlegroups angemeldet, wobei es in vieren die Führung übernehmen will. Das ist die häufigste Beteiligung und die häufigste Führungsübernahme aller EU-Staaten. Also ein großes deutsches Engagement bei der EU-Militarisierung. Jedoch nicht nur da.

Seit 2002 wird eine schnelle Eingreiftruppe der NATO, NATO Response Force (NRF), schrittweise aufgebaut. Im November 2006 sollen die 25.000 Mann der NRF voll einsatzfähig sein. Deutschland beteiligt sich daran mit Verbänden von 1.200 bis 6.200 Soldaten pro Halbjahr. In diesem Halbjahr sind es 6.200. Minister Jung brachte kürzlich die NRF in Zusammenhang mit einem NATO-Einsatz im erdölreichen Sudan. (Vgl. N. Paech, Die Bundeswehr und das Öl, FR 15.7.06, Friedensratschlag.de). Insgesamt stellt die Bundesregierung den größten Truppenanteil an der NRF.

Die von den EU-Staats- und Regierungschefs beschlossene Europäische Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 benennt als „Hauptbedrohungen“ im 21. Jahrhundert „regionale Konflikte“ und das „Scheitern von Staaten“. Diesen Ansatz präziserte der Europäische Rat im April 2005: Im „Gemeinsamen Standpunkt zur Verhinderung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten in Afrika“ werden die Ziele genannt: Stärkung afrikanischer Mittel und militärischer Fähigkeiten und die enge Zusammenarbeit mit der UNO. Bezeichnend darin ist die folgende Festlegung: „Die EU wird ungeachtet ihres Eintretens für die Eigenverantwortung Afrikas weiterhin bereit sein, sich mit ihren eigenen Fähigkeiten der Krisenbewältigung in Afrika zu beteiligen, wo immer das erforderlich ist“ (6759/05 vom 6.4.05). Wenn von „Fähigkeiten der Krisen-

bewältigung“ in offiziellen Dokumenten die Rede ist, ist sehr wohl auch das Militär gemeint. Obwohl die EU angibt, die Eigenverantwortung Afrikas stärken zu wollen, wurde die Afrikanische Union oder die SADC nicht gefragt, ob sie den Job übernehmen könnte. „Südafrika hält die von der EU erwogene Truppenentsendung zur Absicherung der Wahlen in der DR Kongo für überflüssig“, berichtete Ende Februar der österreichische Standard. „Die EU könne selbstverständlich ein ‚kleines Kontingent an Beobachtern‘ entsenden, wenn sie es wünsche, sagte Südafrikas Verteidigungsminister (...). Ansonsten aber könne der (...) Urnengang im Kongo stattfinden, ‚ohne Soldaten aus dem Rest der Welt dorthin zu schicken‘. Sollte ein Einsatz ausländischer Truppen notwendig sein, könne dieser von der Entwicklungsgemeinschaft für das südliche Afrika (SADC) abgesichert werden“ (derstandard.at 28.2.06). Dieser Vorgang belegt das Eigeninteresse der EU im Kongo.

Mit diesem EU-Militäreinsatz demonstriert das deutsch-französische EU-Führungsstandem seine Einheit und bietet den Militärs ein möglichst anspruchsvolles Einsatzgebiet zur praktischen Erprobung ihrer Stabstreckenübungen. Damit kommt die EU ihrem erklärten Ziel, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch zu einem globalen Akteur zu werden, einen weiteren Schritt näher. Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Motiv: Die Bevölkerungen der EU-Staaten sollen auf diese Weise an die Militarisierung der EU gewöhnt werden.

Ein weiterer Grund für das Eingreifen der EU ist der Griff nach dem Rohstoffreichtum des Landes. Den Zusammenhang von klingender Münze und Bundeswehreininsatz illustriert das deutsche Rohstoff- und Edelmetallportal Goldinvest.de: „Die ersten Wahlen im Kongo seit 1964 könnten mehr Stabilität für das afrikanische Land mit seinen 60 Millionen Bürgern bringen. Davon sollten die Aktien der im Kongo aktiven Bergbau- und Energieunternehmen profitieren,“ schreibt der Dienst am 17.7.06. Und weiter: „Mehr Frieden und Stabilität – ja sogar nur die Aussicht darauf – würde an der Börse den Kursen der vielen im Kongo aktiven Rohstoffgesellschaften gut tun. Es wäre also durchaus legitim, noch vor den Wahlen in entsprechende Aktien zu investieren.“ Dann mahnt

Tobias Pflüger:

Kongo-Abzug hängt in der Luft

Pressebericht - in: Neues Deutschland 16.11.2006

Der Chef der EUFOR-Truppe in Kongo, der französische Generalmajor Christian Damay, glaubt nicht, dass der Militäreinsatz fristgemäß am 30. November endet. Das aber verlangen sowohl das UN-Mandat wie ein Beschluss des Bundestages.

Damays Stellvertreter, Flottillenadmiral Henning Bess, Kommandeur des Bundeswehr-EUFOR-Kontingents, betont noch immer, dass alle deutschen Abflugpläne sowie der seeseitige Transport für Ende November festgelegt sind. Doch diese Pläne scheint er ohne seinen derzeitigen militärischen Chef gemacht zu haben. Damay betonte gegenüber dem Europa-Linkspartei-Abgeordneten Tobias Pflüger, dass die Amtseinführung des jüngst gewählten kongolesischen Präsidenten nicht vor dem 10. Dezember stattfinden könne. So lange sei sein Verband gefordert, die Sicherheit im Lande zu garantieren.

Auch der Herausforderer vom Ex und vermutlich künftigen Präsidenten Joseph Kabila, Jean-Pierre Bemba, erklärt, er könne »nicht glauben, dass alle Truppen am 30. November abziehen«. Damay ist sicher, auch im Dezember über genügend französische, italienische und deutsche Soldaten verfügen zu können, fasst Pflüger sein

er jedoch zur Vorsicht: „Dieses eingesetzte Kapital sollten Sie als spekulatives Spielgeld betrachten – immerhin könnte bei einem Scheitern der Wahlen das Land wieder im Chaos versinken und die Aktien ins Bodenlose stürzen. Doch mit Hilfe der Bundeswehr – und damit dem Einsatz deutscher Steuergelder – sollte es doch zu einem guten Ende kommen, oder? Welche Investitionsmöglichkeiten bietet also das Land?“, wird gefragt. Antwort: „Wer es nicht so aggressiv liebt, kann mit der Citibank auf den Aufbau einer Bankeninfrastruktur setzen. Oder mit Phelps Dodge und BHP Billiton auf mögliche Großprojekte im Kupfer- oder Diamantensektor. Die Risikobereiten setzen auf Explorationsunternehmen, die nach den Lagerstätten von Diamanten, Gold, Uran, Öl, Zink, Nickel und Kobalt fahnden.“ Dann werden die Minen und die Firmen aus USA, Kanada, Südafrika und Australien aufgeführt. Zum Schluss: „Die UN-Einsätze umfassen im Kongo rund 18.000 Peace-Keeper. Rund eine Milliarde Euro dürfte die Mission in den nächsten sechs Monaten verschlingen. Da wäre es doch sicherlich schön, würde über die Börsen wieder etwas zurückfließen. Auch die Finanzminister der betroffenen Länder könnten sich dies ja zu Herzen nehmen und – falls sie an einen Erfolg der Mission ‚Kongo‘ glauben, in die mutmaßlichen Nutznießer investieren.“

Zusammengefasst

Es geht darum, die hergebrachte korrupte Machtstruktur im Kongo, die den transnationalen Konzernen einen preiswerten Zugriff auf die reichhaltigen Ressourcen des Landes sichert, mittels der Wahlen zu konservieren und vor allem zu legitimieren.

Dies schon ganz im Vorgriff auf ein neues Bundeswehrweißbuch, dessen Entwurf Minister Jung vorgelegt hat. „Vorrangige Interessen deutscher Sicherheitspolitik bestehen darin, die europäische sowie transatlantische Sicherheit und Stabilität zu stärken, den Wohlstand des Landes durch einen freien und ungehinderten Welthandel zu ermöglichen“, heißt es im Weißbuch-Entwurf und „hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich besonders den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden.“

Gespräch mit dem General zusammen und betont: »Ein solches Vorgehen wäre illegal und ein Affront wider UNO und Bundestag.«

Die EUFOR-Truppe war – laut UN-Resolution 1671 – zur Sicherung einer freien Wahl in das krisengeschüttelte afrikanische Land geschickt worden. Beteiligt sind 754 deutsche Militärs. Im Kontingent sind laut ND-Information auch 25 KSK-Soldaten. Die Geheimtruppe ist ausgebildet, gefährliche Evakuierungen abzusichern.

Offenbar gibt es auch in der Bundesregierung Überlegungen, den EUFOR-Einsatz durch eine besondere Form von Militärhilfe zu strecken. Neben aktuellen Sicherheitsaspekten will man so das gestörte Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und dem vermutlichen Wahlsieger Kabila verbessern. Nach erstem Zerwürfnis zwischen dem Präsidentschaftskandidaten und dem deutschen Botschafter, Reinhold Buchholz, hat das Auswärtige Amt den Diplomaten zurückgezogen. Ihn ersetzt Michael Klor-Berchthold. Der Kongo-Spezialist war bislang Verbindungsmann zum Einsatzführungskommando der Bundeswehr.

Christoph Marischka:

Am Congo gibt's Alles!

IMI-Analyse 2006/023 - in: AUSDRUCK (Oktober 2006)

Wenn es um die Rohstoffe in der DRC geht, kommt EU-Entwicklungskommissar Louis Michel ins Schwärmen: Das Land sei sehr reich, kreditwürdig sozusagen, dort gäbe es, so Michel: alles! Das Problem der DRC seien nicht die wirtschaftlichen Interessen Europas. Das Problem sei eben das fehlende Interesse ausländischer Investoren. Die Plünderung der Ressourcen würde mittlerweile nur noch durch die inneren Kräfte des Landes erfolgen: „Ich wünsche mir, dass europäische Unternehmen in Ländern wie der DRC investieren, sie haben es nötig.“

Ein solcher Investor ist George Forrest, dessen Vater noch zu Zeiten der belgischen Kolonialherrschaft mit der Ausbeutung kongolesischer Kupferminen ein Firmenimperium schuf, er baue dort Schulen, Krankenhäuser und brächte Arbeit. George Forrest hat 400 Millionen US Dollar in eine Kupfermine in Kamato investiert und - wohl um sicherzugehen, dass sich dieses Geld auch auszahlt - Kabilas Wahlkampf unterstützt. Außerdem wollte er kürzlich im benachbarten Tansania eine Munitionsfabrik bauen, weshalb Michel schnell hinzufügt, er wolle seinen Landsmann damit nicht verteidigen und überhaupt habe er ihn nur drei mal in seinem Leben getroffen.

Dennoch sei es völlig legitim, wirtschaftliche Partnerschaften mit der DRC anzustreben meinte Michel, als er sich im Europäischen Parlament gegen Vorwürfe von Tobias Pflüger verteidigen musste, er habe im Interesse belgischer Unternehmer einseitig Kabila als Kandidaten im Wahlprozess unterstützt. Dafür sei es nötig, den Staat am Congo neu zu gründen, selbst von einer Wiedergeburt ist die Rede. Louis Michel ist stolz, bei dieser Wiedergeburt eine Rolle gespielt zu haben.[1]

Staaten bauen: Wahlen

1999 bis 2004 war der EU-Entwicklungskommissar belgischer Außen und- Außenhandelsminister und hat bereits zu dieser Zeit so gute Kontakte mit Kabila gepflegt, dass ihm der Spitzname „Kabilou“ gegeben wurde.[2] Als Außenminister der ehemaligen Kolonialmacht war er an Kabilas Machtübernahme nach dem Mord an dessen Vater ebenso beteiligt wie an der Ausgestaltung des so genannten „Friedensprozesses“ in der DRC, der Kabila zum Präsidenten einer Übergangsregierung machte und die mächtigsten Warlords als Vizepräsidenten nach Kinshasa holte. Aufgabe der Übergangsregierung war die Vorbereitung der ersten freien Wahlen seit 1960, eigentlich bis 30. Juni 2005. Faktisch diente die Übergangsregierung den Warlords und Eliten als Raum, um die Pfründe untereinander zu verteilen. In Kinshasa, ganz im Westen der DRC, wurde jedoch weiterhin über die Machtverhältnisse im rohstoffreichen Osten verhandelt, wo der Konflikt mit niedriger Intensität und die systematische Plünderung der Bodenschätze weitergingen. Diese Regierung hatte verständlicherweise wenig Interesse an der Vorbereitung der Wahlen, die weitgehend aus dem Ausland organisiert wurden. Kabila, der nach dem Tod seines Vaters ohnehin nur mit Unterstützung des Auslands ohne jede rechtliche Grundlage Präsident wurde, konnte seine Beziehungen zu den europäischen Staaten und den USA in dieser Zeit weiter ausbauen, indem er per Dekret, aber wiederum ohne rechtliche Grundlage, Bergbaukonzessionen und Anteile an Staatsbetrieben an ausländische Firmen verscherbelte.[3] Innerhalb der DRC brachte ihm das den Ruf ein, vom Ausland eingesetzt und gesteuert zu sein, was sein Gegenkandidat, Jean-Pierre Bemba, in einer widerlich-nationalistischen Wahlkampagne gegen ihn nutzen konnte.

Die Vorbereitung der Wahlen wurde der „Unabhängigen Wahlkommission“ (CEI), einer Anstalt öffentlichen Rechts übertragen, die außer von der Übergangsregierung v.a. von den UN, USAID, verschiedenen Einzelstaaten und mit 165 Mio. Euro von der EU finanziert wird. Außerdem wurde mit dem Friedensabkommen von 2002 noch ein Internationales Komitee zur Begleitung der Transition (CIAT, gelegentlich auch als „Gebergruppe“ bezeichnet) eingerichtet, das sich aus diplomatischen Vertretern der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, Südafrikas, Belgiens, Kanadas, Sambias, Mosambiks, Angolas und der jeweiligen Präsidentschaft der Europäischen Union zusammensetzt. Es stellt nicht nur eine Autorität gegenüber den internationalen Medien zur Bewertung und Schönfärbung der politischen Entwicklungen in der DRC dar, sondern übt kontinuierlich Druck auf die Präsidenten-

schaftskandidaten und den kongolesischen Senat aus. Eines der größten Anliegen des CIAT war die Verabschiedung einer weiteren Übergangsverfassung im Frühjahr 2006, die sowohl eine weitere Verschiebung der Wahlen als auch durch eine Ausnahmeregelung die Kandidatur des erst 33-jährigen Kabilas ermöglichte.[4] Zur Überwachung des Urnengangs entsandte die EU knapp 800 Soldaten nach Kinshasa und 1200 weitere zur Unterstützung ins benachbarte Gabun – ehemals französische Kolonie. Dass Louis Michel als europäischer Repräsentant gegenüber dem belgischen Sender RTL-TVI inmitten des Wahlkampfes Kabila als „Hoffnung für den Kongo“ bezeichnete, drang auch schnell in die DRC vor. Die Bevölkerung, die sich durch die Gegenwart ausländischer Truppen in der Hauptstadt ohnehin an Zeiten des finstersten Kolonialismus erinnert fühlt, reagierte darauf empört und hat vermutlich nicht zuletzt deshalb in der Hauptstadt ihre Stimmen in überwiegender Mehrheit dessen schärfsten Konkurrenten Bemba geschenkt. In Verteidigung seiner Parteinahme für Kabila bezeichnete Michel zwar auch diesen als Hoffnungsträger für den Kongo, nur um gleich darauf jedoch seine Wahlkampagne als populistisch und rassistisch zu bezeichnen. Darüber hinaus stehe er mit beiden übrig gebliebenen Kandidaten – Kabila und Bemba – in regelmäßigen persönlichen Kontakt und ermahne sie, den Wahlkampf um politische Fragen zu führen. Außerdem, so Michel, würde auch der Unterlegene der wahrscheinlich am 29. Oktober stattfindenden Stichwahl weiter eine politische Rolle spielen. In der DRC werden solche Äußerungen schon länger so interpretiert, dass Bemba als Vize-Präsident vorgesehen wäre.

Unabhängig davon ist jetzt schon abzusehen, dass die nationalen Wahlen mit ungeheurem Aufwand die vorangegangenen politischen Verhältnisse lediglich reproduzieren werden, von einer Neugeburt also keine Rede sein kann. Stärkster Mann wird vermutlich Kabila bleiben, dessen Macht auf internationalen Kontakten, seiner Präsidentengarde und Loyalitäten in der nationalen Armee beruht, zweitstärkster ist und bleibt Bemba, ein Erbe der Mobutu-Diktatur, dessen Macht darüber hinaus auf einer markig-rassistischen Rhetorik und seinen Milizen beruht. Beide verfügten bereits zuvor über eigene Radio- und TV-Stationen sowie ausreichende finanzielle Mittel, um einen landesweiten Wahlkampf zu führen. Eben dies war selbst denjenigen der anderen Präsidentschaftskandidaten nicht möglich, die aus dem Ausland kamen. Gänzlich chancenlos blieb die zivile Opposition aus der DRC. Der Vorsitzende der größten Oppositionspartei, der UDPS, rief deshalb auch zum Boykott der Wahlen auf, nachdem er sich ebenfalls aufstellen lassen wollte,

vom CIAT aber nicht hinreichend unterstützt fühlte. Auch die sehr einflussreichen katholischen Bischöfe riefen vorübergehend wegen offensichtlicher Manipulationen im Vorfeld dazu auf, nicht zu wählen und die Ergebnisse nicht anzuerkennen. Beide Organisationen zogen jedoch später ihren Boykottaufruf mehr oder weniger offiziell zurück und riefen zur Wahl Bemba auf, da deutlich wurde, dass die „internationale Gemeinschaft“ das Ergebnis ganz klar durchsetzen würde, auch wenn die Mehrheit für Kabila knapp und der Boykott noch so erfolgreich wäre. Zwar sind die in Bemba gesetzten Hoffnungen nicht groß, es wird aber angenommen, dass er die Reichtümer der DRC eher einer nationalen, Kabila hingegen einer internationalen Elite zugänglich machen würde.

Im ersten Wahlgang erreichte Kabila über vierzig Prozent, Bemba knapp zwanzig, selbst unter denjenigen, die sich für die Wahl haben registrieren lassen, gingen mehr Menschen gar nicht wählen als für Kabila stimmten. Problematisch ist jedoch die Mehrheit für Bemba in einigen großen Städten und v.a. in Kinshasa. Hier ist es die Bevölkerung gewohnt, sich mit Protesten auf der Straße politisch Gehör zu verschaffen. In der verhältnismäßig friedlichen Hauptstadt könnte es also zu großen Unruhen gegen das Ergebnis der Wahlen kommen, die von der Bevölkerung mit Fug und Recht als unfair eingestuft wird.

Mit der Bekanntgabe der Wahlergebnisse kam es zu einer ersten Eskalation. Zwei Radio- und Fernsehsender Bembas wurden von der Polizei geschlossen, nach offiziellen Angaben aufgrund von „Hasspropaganda“. Dabei kam es zu Gefechten zwischen den Truppen Kabilas und Bembas, wobei die eine Seite einen Jeep eroberte und die andere zwei Geiseln nahm. Am nächsten Tag griffen Kabilas Soldaten Bembas Residenz an, in der sich gerade 14 Diplomaten des CIAT versammelt hatten (darunter nach Angaben der FAZ auch der deutsche Botschafter).[5] Dies bot Anlass, ein erstes Mal die EU-Mission zur Absicherung der Wahlen (EUFOR DRC) zum Einsatz zu bringen, um die Diplomaten zu evakuieren, was allerdings nur unter dem Schutz der UN-Mission MONUC möglich war. Die Gefechte zwischen den Anhängern Kabilas und Bembas flauten nach drei Tagen ab und sollen nun von einer Kommission untersucht werden, der beide Parteien angehören.

Staaten bauen: Sicherheitssektor

Lange bevor die Vorbereitungen der Wahlen konkret wurden, begann die so genannte Sicherheitssektorreform in der DRC. An vorderster Front ist hier die UN-Mission MONUC beteiligt, die, mit robustem Mandat ausgerüstet, zunächst den Waffenstillstand von 1999 überwachen sollte und seitdem Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen vornimmt. Es geht dabei darum, einerseits gegen Milizen vorzugehen und andererseits in Entwaffnungscamps Milizionäre gegen die Abgabe ihrer Waffen in die neue integrierte nationale Armee FARDC einzugliedern, die der künftigen Regierung unterstehen soll. Die MONUC besteht aus fast 17.000 Soldaten, die v.a. aus Indien, Pakistan, Uruguay, Südafrika, Bangladesh und Nepal stammen. Obwohl ihr nur drei Soldaten aus Frankreich angehören, untersteht sie französischer Leitung, seit Deutschland die Führung der jüngsten EU-Mission in der DRC übernommen hat, spricht für sie auch ein „politischer Direktor“ aus dem Auswärtigen Amt, Albrecht Conze. Trotz der zunächst beeindruckenden Zahl von Soldaten ist der Wirkungsgrad der MONUC in einem Land von der Größe Westeuropas gering. Die Entwaffnung der Milizionäre stellt sich oft als eine Wiederbewaffnung der Milizen dar, da sich oft ganze Truppenteile wieder aus der Armee ausgliedern, mit den neuen Waffen fortan auf eigene Rechnung Krieg führen oder sich wieder ihren Milizen anschließen. Die neue integrierte Armee ist zudem weitgehend führungslos, untersteht also an verschiedenen Orten eher alten Loyalitäten gegenüber

Kabila oder lokalen Machthabern, als der bislang abstrakten Regierung. Bei der Jagd auf Milizen ist die MONUC auf Unterstützung der FARDC angewiesen und musste bisweilen tatenlos zusehen, wie diese nach getaner Arbeit zur Plünderung der umliegenden Dörfer übergang und die Hütten mutmaßlicher Unterstützer in Brand steckte.[6] Was die MONUC rein praktisch leistet, ist, in einem Land, das nur einige hundert Kilometer asphaltierter Straßen vorweisen kann, eine Infrastruktur von Flughäfen und Hubschrauberlandeplätzen für die „internationale Gemeinschaft“ zur Verfügung zu stellen sowie die Aktionsräume einiger europäischer Unternehmer abzusichern.[7]

Kofi Annan forderte von der EU mehrfach auch personelle Unterstützung der MONUC. Diese wurde jedoch stets abgelehnt und Annan lernte, dass er mehr Erfolg haben würde, wenn er der EU eigene Missionen entsprechend ihrer neu entwickelten Fähigkeiten anbot. Die erste solche Mission war Artemis im Sommer 2003, als für drei Monate die Stadt Bunia durch die erste operationell komplett eigenständige EU-Mission gesichert wurde. 2005 gingen zwei weitere Anfragen an die EU, die Reform des Sicherheitssektors der DRC durch eigene Einsätze voranzutreiben. EUPOL Kinshasa hatte zum Ziel, spezielle Polizeieinheiten zum Schutz der Übergangsregierung durch EU-Kräfte auszubilden. Dies geschah nur wenige Monate bevor diese eigentlich durch Wahlen abgelöst werden sollte und die Verschiebung dieser Wahlen zu Protesten führte, bei denen die Polizei mehrere Demonstranten erschoss.[8] Die Polizei stellt in der DRC als weitere bewaffnete Gruppe grundsätzlich eine Bedrohung gegenüber der Bevölkerung dar, wenn ihre Aufgabe der Schutz der zerstrittenen Übergangsregierung ist, so heißt dies im Wesentlichen, dass sie - wenn überhaupt - dem Präsidenten Kabila oder der „internationalen Gemeinschaft“ untersteht.

Wenige Wochen nach EUPOL Kinshasa begann die dritte ESVP-Mission in der DRC, EUSEC DR CONGO. Deren 12-monatiges Mandat wurde Juni 2006 verlängert, ohne dass es auch nur einen offiziellen Zwischenbericht gegeben hätte. Klar ist nur, dass sie die Aufgabe hat, den Sicherheitssektor zu reformieren und insgesamt 31 Einsatzkräfte umfasst, von denen acht als hochrangige Militärs den Kommandostrukturen der FARDC beratend und unterstützend zur Seite stehen sollen.[9] Im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen startete im Juni 2006 die vierte Mission der EU in der DRC, diesmal unter deutscher Leitung. Offizieller Auftrag von EUFOR RD CONGO ist es, mit professionellen Einheiten in der Hauptstadt eventuelle Störer des Wahlprozesses einzuschüchtern sowie notfalls Evakuierungen vorzunehmen. Tatsächlich sind es v.a. Elitetruppen, die mit immensem Aufwand in der Hauptstadt stationiert wurden. Gerade im dicht bevölkerten Kinshasa können sie aber nicht viel ausrichten. Die immer wieder proklamierte Unterstützung der MONUC, die schon viel länger im Land ist und die Verhältnisse kennt, ist absurd. Tatsächlich ist es schwer, sich einen Einsatz vorzustellen, den die EU-Truppe ohne Hilfe der MONUC durchführen könnte, für den die MONUC aber auf die Hilfe der EU-Soldaten angewiesen wäre. Die Regionen im Osten, in denen tatsächlich Milizen die Zivilbevölkerung terrorisieren und ausplündern, sind explizit nicht Einsatzgebiet der EUFOR. Für die EU erfüllt diese Mission einerseits den Zweck, ihr Einsatzspektrum experimentell auszuweiten, andererseits, den politischen Zugriff auf die DRC durch eine eher symbolische Präsenz weiter zu verbessern. Für die DRC und deren Zivilbevölkerung erfüllt sie keinen Zweck, im Gegenteil läuft sie Gefahr, im Laufe des Einsatzes gegen Demonstrationen zum Einsatz zu kommen.

Wiedergeburt?

All diese Missionen wurden von der Übergangsregierung in Person von Kabila offiziell genehmigt. Er übertrug also in ungewohntem

Maße seine Souveränitätsrechte an ausländische Akteure wie die EU. Diese konnte auf vier Ebenen Einfluss gewinnen:

1. Durch einen konkreten und unmittelbaren Zugriff auf die politisch-militärischen Strukturen, die sie im Rahmen einer Sicherheitssektorreform für die bislang abstrakte Regierung der DRC aufbaute und die direkte militärische Präsenz in der Hauptstadt;
2. Durch Institutionen, welche die politische Herrschaft im Kontext eines Wahlprozesses re-organisierten;
3. Durch wirtschaftliche Verflechtungen, die sie im Rahmen von 1. und 2. herstellen konnte;
4. Durch das Signalisieren von Handlungsfähigkeit und -bereitschaft innerhalb und gegenüber der „internationalen Gemeinschaft.“

Im Ergebnis reproduzieren Sicherheitssektorreform und Wahlprozess innenpolitisch die vorangegangene Situation, außenpolitisch führen sie zu einer stärkeren Bindung der alten und neuen politischen Eliten an Europa und Wettbewerbsvorteile der EU gegenüber den Staaten, die sich auf eine rein wirtschaftliche Ausbeutung der DRC konzentriert haben. Der Preis für diese Neugeburt ist die Gefahr eines weiteren Bürgerkrieges, da mit den Wahlen die Karten innerhalb der alten politisch-militärischen Eliten neu gemischt und unter der Bevölkerung die Hoffnungen auf einen Wandel geweckt wurden. Das Letztere ist vielleicht noch folgenreicher, denn die „Demokratie“, die durch die „internationale Gemeinschaft“ errichtet wird, ist für die Betroffenen nichts anderes als die Kleptokratie und der Despotismus vergangener Tage, den viele von ihnen schon immer als Folge des Kolonialismus angesehen haben. Deshalb kann Bemba mit seiner nationalistischen Rhetorik gegen Fremdherr-

schaft so erfolgreich agitieren. Einem Land von den Ausmaßen der DRC kann Demokratie nicht von außen aufgesetzt und niemals durch Soldaten und Gebergruppen importiert werden. Nationale Wahlen machen – wenn überhaupt – erst Sinn, wenn sich im Kleinen und unabhängig demokratische Strukturen entwickeln konnten, wenn die Bevölkerung am gesellschaftlichen Wohlstand und politischen Leben partizipieren kann und es Kandidaten gibt, die ohne ausländische Unterstützung und eigene Milizen einen landesweiten Wahlkampf führen können.

Anmerkungen

[1] Debatte im Europäischen Parlament vom 05.09.2006; vgl. auch Pflüger, Tobias: Kongo: Kaum Hoffnung auf neutrale Rolle der EU, IMI-Standpunkt 2006/069.

[2] Eintragung zu Louis Michel bei fr.wikipedia.org.

[3] Pelda, Kurt: Wie Kongo-Kinshasa seine Bodenschätze verschleudert - Undurchsichtige Verfahren bei der Erteilung von Bergbaukonzessionen, in NZZ, 19.08.2006.

[4] Hanns-Seidel-Stiftung e.V. (IBZ): Demokratische Republik Kongo - Monatsbericht März 2005, <http://www.hss.de/downloads/DemRepKongoMaerz2005.pdf>

[5] FAZ.NET (22.08.2006): Schießereien in Kinshasa - Flughafen besetzt.

[6] Vgl.: Veit, Alex: Massenflicht im Osten des Kongo, taz, 24.11.2005.

[7] Vgl.: Marischka, Christoph: Den Kopf hinhalten, in: AUSDRUCK (Juni 2006).

[8] Vgl.: Marischka, Christoph: Manöver am Congo - IMI-Analyse 2005/016, <http://www.imi-online.de/2005.php3?id=1190>, und Marischka, Christoph/ Wagner, Jürgen: Europas Platz an Afrikas Sonne, in: Pflueger/Wagner (2006): Welt-Macht Europa, VSA-Verlag.

[9] Rat der EU: Council Joint Action 2005/355/CFSP, http://www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/oj/2005/l_112/l_11220050503en00200023.pdf

Kongo - Unterlegener Kandidat erhebt schwere Vorwürfe.

Pressebericht - in: Reutlinger General-Anzeiger 15.11.2006

Brüssel/Kinshasa. Gut zwei Wochen nach der Stichwahl um die Präsidentschaft im Kongo steht Amtsinhaber Joseph Kabila vor dem Sieg. Nach der Auszählung von 90 Prozent der Stimmen lag er mit knapp 60 Prozent deutlich vor seinem Rivalen Jean-Pierre Bemba. Auf diesen entfielen 40 Prozent, wie die Unabhängige Wahlkommission mitteilte. Kabilas Führung schien damit uneinholbar.

Kabila selbst erklärte in einer Fernsehansprache, das wichtigste Ergebnis dieser Wahl müsse die Förderung der Demokratie im Kongo sein. Bembas Lager hat dagegen Betrugsvorwürfe erhoben, die von der Wahlkommission geprüft werden. Bemba erklärte, er wolle nur, dass die Wahrheit über diese Wahl herauskomme.

Der oberste katholische Geistliche im Kongo, Kardinal Frédéric Etsou, warf der internationalen Gemeinschaft in einem Interview eines französischen Radiosenders indirekt vor, Kabila bevorzugt zu haben.

Der Tübinger Europaabgeordnete der Linken, Tobias Pflüger, gehörte einer Delegation des Unterausschusses Sicherheit und Verteidigung des Europaparlamentes an, der in der vergangenen Woche den Kongo besuchte.

Für Pflüger stellt sich nach dem Sieg Kabilas als zentrale Frage, „was mit dem unterlegenen Kandidaten Bemba passiert und ob ihm eine Rolle als Oppositionsführer zugestanden wird?“ Ohne Zweifel sei Bembas Leben jetzt in höchstem Maße gefährdet. Seine Familie sei schon ausgeflogen worden, erklärte Pflüger gegenüber dem GEA. Kabila verfüge über eine eigene Präsidentengarde von 15 000 Mann. Kabilas Garde und die wesentlich kleinere Truppe von Bemba sollen in die künftige kongolesische Armee integriert

werden, was nach Pflügers Ansicht kaum denkbar ist.

Laut Pflüger ist der Abzug der Deutschen und der gesamten Eufor-Truppen mit Ablauf des Mandats am 30. November definitiv. Andererseits: Wahlsieger Kabila wird erst am 10. Dezember vereidigt. Was geschieht zwischen dem Eufor-Abzug und dem 10. Dezember?, fragt sich der Europaabgeordnete. Im französischen Militärstab zeigt man sich pragmatisch. Laut Pflüger geht man davon aus, dass Eufor-Soldaten unabhängig von den Deutschen bis zum 10. Dezember da bleiben werden. „Das wäre ein absoluter Hammer“, so Pflüger.

„Ich bin vor Ort in meiner Ansicht bestätigt worden, dass der Eufor-Einsatz im Kongo keinen richtigen Sinn macht.“ Ohnehin war der Einsatz der Eufor-Soldaten nur darauf begrenzt, Wahlbeobachter und EU-Offizielle zu schützen.

Erst am Wochenende war es in Kinshasa wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen Anhängern Kabilas und des einstigen Rebellenführers und späteren Vizepräsidenten Bemba gekommen. Dabei wurden vier Menschen getötet. Unruhen nach der ersten Wahlrunde am 30. Juli kosteten mindestens 23 Menschen das Leben. Die Eufor rechnet laut den Informationen von Tobias Pflüger nicht mit schweren Unruhen, wenn Kabila als Wahlsieger offiziell feststeht, aber doch mit „kleineren Auseinandersetzungen“.

Südafrika und die EU haben dem Kongo am Dienstag weitere Unterstützung nach dem Präsidentenwahlen zugesagt. „Es gibt viele Dinge, die wir gemeinsam tun können“, sagte die südafrikanische Außenministerin Nkosazana DlaminiZuma in Brüssel nach einer Sitzung des Kooperationsrates beider Seiten.

Christoph Marischka:

EU gewinnt Wahlen in der DRC

IMI-Analyse 2006/024b, 13.12.2006

Gibt es ein Bild, in dem die so genannte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu fassen ist, so das der EU-Botschafter, die von der Präsidialgarde ihres Verbündeten Joseph Kabila in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa beschossen werden, deshalb stundenlang im Keller des Hauptquartiers seines Rivalen Jean-Pierre Bemba ausharren müssen, bis sie schließlich von der eigenen EU-Truppe gerettet werden. Jetzt aber stellt sich heraus, dass alles noch grotesker ist, als bisher dargestellt. Denn nach Angaben der International Crisis Group wurden die Gefechte in Kinshasa Mitte August auch noch von kongolesischen Polizeieinheiten ausgelöst,[1] die von der EU trainiert und aus dem EU-Entwicklungsfonds ausgerüstet wurden.[2]

Am 21. August 2006, dem Tag nach der Veröffentlichung der Ergebnisse des Ersten Wahlgangs in der Demokratischen Republik Kongo, kamen die Soldaten der EUFOR das erste Mal in einer Gefechtssituation zum Einsatz, nachdem die Truppen Kabilas mit schwerem Gerät Bembas Residenz angriffen, in der sich gerade verschiedene Botschafter (darunter laut Angaben der FAZ auch der deutsche) und der Chef der UN-Truppe MONUC aufhielten. Nach einem mehr als sechsstündigen Gefecht gelang es den EUFOR-Soldaten mit Hilfe der MONUC die Botschafter zu evakuieren. Die Gefechte zwischen den Anhängern Kabilas und Bembas dauerten bis zum folgenden Tag an und forderten mindestens 23 - auch zivile - Todesopfer und 43 Verletzte.

Die Auseinandersetzungen im August

Die Kämpfe hatten etwa eine Stunde vor der Verkündung der Wahlergebnisse begonnen, nachdem Kabila-treue „Integrierte Polizeieinheiten“ (IPUs)[3] einen TV-Sender Bembas umstellt hatten. Der einzige erklärte Grund war, dass durch den Sender Kabila persönlich angegriffen wurde und dass noch vor der offiziellen Bekanntgabe der Ergebnisse zur Wahl Bembas bei der Stichwahl aufgerufen wurde. Dem Polizeieinsatz selbst ging kein offizieller Befehl voraus. Die obere Medienkommission, welche bei Aufrufen zur Gewalt Sender in dieser Art bedrohen oder schließen kann, hatte bis dahin ebenfalls nicht reagiert. Auf den Aufmarsch Kabila-treuer Einheiten hin zogen auch Leibwächter Bembas, de facto eine Miliz, zum Rundfunkgebäude.

Gegen sechs Uhr abends fielen die ersten Schüsse, woraufhin die Polizeieinheiten prompt von Kabilas Präsidentengarde unterstützt wurden. Die Präsidialgarde ist die größte bewaffnete Einheit, die von UN und EU offiziell in der Hauptstadt geduldet wird. Bembas Soldaten wurden von Zivilisten unterstützt. Beide Seiten machten zahlreiche Gefangene. Die MONUC rückte aus, um den Präsidenten der Wahlkommission aus seinem nahe gelegenen Sitz zu einer anderen Rundfunkstation zu eskortieren, damit er dort die Wahlergebnisse verkünden konnte.

Im ersten Wahlgang erreichte Kabila etwa 45%, Bemba 18% der Stimmen, die Hochburgen Kabilas liegen in den Kriegsgebieten im Osten des riesigen Landes, während Bemba v.a. im Westen und der Hauptstadt Kinshasa Punkten konnte, wo Kabila eine sehr geringe Unterstützung von gerade 13% hat. Die Wahlbeteiligung war selbst unter den registrierten 25 Mio. Menschen mit knapp 18 Mio. eher gering, die größte Partei, die nicht aus einer Miliz hervorgegangen ist, die UDPS, rief zu deren Boykott auf, da ein faires Ergebnis unter den gegebenen Umständen nicht möglich sei. Tatsächlich blieben alle zivilen Kandidaten chancenlos.

Die Gefechte in Kinshasa setzten sich bis zum 22. August fort, bis die Kontrahenten sich auf einen Waffenstillstand einigten und eine Entmilitarisierung Kinshasas ankündigten. Gegenwärtig ist aber das Gegenteil der Fall: Beide Seiten rüsten auf. Unter anderem sind 42 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge sowie tonnenweise Munition in Kinshasa „verloren gegangen“, die unter den Augen der MONUC im Juli ins nahe gelegene Matadi geliefert wurden und für die integrierte Armee (FADRC) gedacht waren.

Sicherheitssektorreform

Im Vorfeld der Wahlen und des so genannten „Friedensprozesses“ konzentrierten sich UN und EU darauf, die Soldaten der zahlreichen Milizen in eine neue nationale Armee zu integrieren und insbesondere in der Hauptstadt eine neue Polizei, eben bestehend aus

IPUs aufzubauen. Beide sollten bis zu den Wahlen zunächst der Übergangsregierung, die aus den Führern der stärksten Milizen - darunter Bemba und Kabila - gebildet wurde und später der neuen Regierung, von der stets angenommen wurde, dass sie unter Kabila als Präsidenten gebildet würde, unterstehen. Diese Aufrüstung wird unter dem Begriff der „Sicherheitssektorreform“ als Intervention in so genannten scheiternden oder gescheiterten Staaten betrieben und von den Politikern der „internationalen Gemeinschaft“ immer häufiger als Entwicklungshilfe dargestellt.

Die EU unterstützte diesen Neuaufbau des Sicherheitsapparates der DRC von Außen durch zwei eigenständige ESVP-Missionen. EUPOL KINSHASA hatte zum Ziel, 1.000 Polizisten der IPUs in Kinshasa auszurüsten und zu trainieren. Nachdem im Juni 2005 Demonstrationen in der Hauptstadt niedergeschossen wurden, gab es den Vorwurf, diese wären an der Niederschlagung friedlichen Protests beteiligt gewesen. Eine Untersuchung zu den Vorkommnissen wurde bislang blockiert. Kurz nach EUPOL KINSHASA startete auch EUSEC DR Congo, eine vermeintlich zivile Operation, in deren Rahmen europäische Sicherheitsexperten dem Verteidigungsministerium und den Hauptquartieren der FARDC zur „Unterstützung“ beigestellt sind.

Sowohl integrierte Polizei als auch FARDC verhalten sich überwiegend loyal gegenüber Kabila. Es ist klar, dass viele Einheiten im Falle einer Wahlniederlage weiterhin für Kabila und nicht für die neue Regierung gekämpft hätten. Polizei wie Armee werden zwar gegenwärtig aufgerüstet, die Bezahlung, die über die Regierung laufen soll, kommt aber meist nicht an. Deshalb finanzieren sich viele Einheiten weiterhin so, wie es sich im Kongo mittlerweile eingebürgert hat: über Plünderungen und Gewaltdienstleistungen. Die Soldaten für die FARDC werden von der MONUC über so genannte Entwaffnungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen rekrutiert.

„Wählererziehung“

Im Vorfeld der Stichwahlen nahm die Gewalt in den rohstoffreichen Regionen im Osten der DRC wieder zu, während in Kinshasa die Bewaffnung verstärkt wurde. Beobachter gingen fast einhellig davon aus, dass die Situation mit der Stichwahl auch dort eskalieren würde: Insbesondere bei einem Wahlsieg Kabilas, hätte es Bemba nicht schwer, die Menschen für Proteste zu gewinnen und die Wahlen als vom Ausland gesteuert darzustellen. Ein Wahlsieg Bembas wäre noch fataler gewesen. Der gegen den Willen der „internationalen Gemeinschaft“ gewählte Kandidat hätte einen gewaltigen vom Ausland aufgebauten Sicherheitsapparat gegen sich gehabt, der weiterhin Kabila unterstützt.

Die International Crisis Group (ICG), ein Think Tank mit

hohem Einfluss auf politische Entscheidungen in der EU, bei dem inzwischen auch Joschka Fischer im Beirat sitzt, schlug kurz vor der Wahl deshalb in ihrem unmittelbar an die EU-Entscheidungsträger gerichteten Papier vor, sofort die EUFOR-Truppen in Kinshasa zu verstärken und außer der MONUC alle anderen bewaffneten Einheiten in ihre Kasernen zu verbannen. Dazu reichte ihre Stärke natürlich nicht annähernd aus, weshalb auf die offizielle Armee und die integrierte Polizei zurückgegriffen werden musste, die in Kinshasa mit Kabila sympathisieren. Die Stadt wurde vollkommen unter militärische Kontrolle gestellt, die Soldaten Bombas traten zunehmend in zivil auf und mischten sich unter die Bevölkerung.

Mehrfach wurden die EUFOR-Soldaten bislang von Menschenmengen mit Steinen attackiert, auch ihre Fahrzeuge wurden angegriffen und teilweise zerstört. Der Tod einer Kongolesin durch den Absturz eines unbemannten Flugzeugs der EUFOR in Kinshasa hat die Lage nicht gerade zum Besseren gewendet. In diesem Szenario empfahl die ICG, den EUFOR-Soldaten vor der Wahl die eindeutige Anweisung zu geben, „Gewalt anzuwenden, um Gewalt zu verhindern“.[4] Die Regierungsnaher Stiftung Wissenschaft und Politik schrieb in Hinblick auf die zweite Runde der Wahlen: „Das Defizit an Informationen über den Wahlprozess und das neue politische System kann durch verstärkte Wählererziehung verringert werden“.[5]

Nach der Wahl

Zwischen der Stichwahl und der Bestätigung ihrer Ergebnisse herrschte auf den Straßen Kinshasas das Militär unter der Führung der MONUC. Journalisten schrieben immer wieder von einem „Klima der Angst“. Die Wahl selbst war am 30.10. weitgehend friedlich verlaufen, lediglich in der Provinz Equateur wurden zwei Anhänger Bombas erschossen, als sie ein Wahllokal, dessen Urnen schon vor seiner Öffnung mit Kabila-Stimmen gefüllt waren, stürmen wollten.[6] In mehreren Regionen haben Soldaten der FARDC Zölle von Menschen erhoben, die wählen gehen wollten und über eine Millionen Stimmen wurden unerklärlicherweise in Wahlkreisen abgegeben, in denen sie nicht registriert waren. Trotzdem war die Wahlbeteiligung - sicherlich auch aufgrund des den ganzen tag strömenden Regens - noch niedriger als in der ersten Runde.

Die unabhängige Wahlkommission, finanziert von UN, EU und USAID, veröffentlichte in der Folge beinahe täglich Zwischenergebnisse, wobei sich langsam aber sicher ein deutlicher Sieg Kabilas abzeichnete, der am 15.11. offiziell verkündet wurde. Es kam daraufhin im ganzen Land zu verschiedenen Jubelfeiern und Protestkundgebungen, die aber ebenfalls friedlich verliefen. In einigen Hochburgen Bombas brach dennoch die nackte Angst aus und die Bewohner flohen teilweise bis in die benachbarte Republik Kongo, da angeblich Kabila-treue Militärs Rachezüge angekündigt hatten.

Bemba und seine Partei zweifelten die Ergebnisse jedoch an. Unterstützung erhielten sie dabei vom Oberhaupt der katholischen Kirche, Kardinal Etsou, der prominent kritisierte, das Wahlergebnis entspräche nicht der Wahrheit der Urnen. Als Bombas Vertreter beim obersten Gericht Einspruch gegen die Wahlergebnisse aufgrund von sechs Unregelmäßigkeiten einlegten, wollten seine Anhänger der Anhörung beiwohnen und wurden später beschossen. Die Wahlkommission begründete das damit, Soldaten Bombas hätten sich unter die Menschenmenge gemischt und das Feuer eröffnet. Zu Tode kam dabei niemand, das Gerichtsgebäude ist aber bei den Zusammenstößen zu einem Drittel abgebrannt.

Am 27.11. wurden die Einsprüche vom Gericht abgewiesen und das Wahlergebnis damit offiziell bestätigt. Bemba, der seine Niederlage mittlerweile eingeräumt hat, wird nun genötigt, not-

falls mit militärischem Druck, seine Soldaten aus der Hauptstadt in seine 50km entfernte Residenz abzuziehen. Am 30.11. endet das Mandat der Bundeswehr und am nächsten Tag soll der Abzug offiziell beginnen, wird sich aber - das ist bereits angekündigt - in die Länge ziehen. Mindestens bis zur geplanten Amtseinführung Kabilas am 10.12. sollen die deutschen Soldaten nicht nur in Kinshasa, sondern auch im benachbarten Gabun präsent sein, sich verteidigen und ihre „Bewegungsfreiheit“ sichern können. Diese inoffizielle Mandatsverlängerung am Parlament vorbei ist pikant: In Gabun sind Unterstützungskräfte stationiert, die nur bei ersten Zwischenfällen zum Einsatz kommen sollten. Spekuliert die EU auf solche, wie es einst Belgien tat, als es 1960 nach einer überhasteten Entlassung der DRC in die Unabhängigkeit gleich die Soldaten im Land beließ, um es nach den ersten freien Wahlen und den daraufhin ausbrechenden Unruhen gleich wieder zu besetzen?

Anmerkungen

- [1] International Crisis Group (ICG): Securing Congo's Elections - Lessons from the Kinshasa Showdown, Africa Briefing No. 42
- [2] http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/declarations/84748.pdf
- [3] <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/DocumentPresentationEUPOLOctobre2006EN.pdf>
- [4] ICG, a.a.o.
- [5] Speiser, Dunja: DR Kongo - Etappensieg, SWP-Aktuell 43/2006
- [6] Johnson, Benedict: Bombas Wähler sind vom Sieg überzeugt, in: taz, 31.10.2006

Christoph Marischka:

Gizengas Kabinett steht

Pressebericht - in: Neues Deutschland 7.2.2007

Einen Monat nach seiner Ernennung hat Kongos Ministerpräsident Antoine Gizenga (81) am Dienstag seine neue Regierung vorgestellt. Die Armee sieht sich derweil schweren Vorwürfen ausgesetzt, nachdem sie letzte Woche einen Generalstreik blutig niedergeschlagen hat.

Die neue kongolesische Regierung ist um ihre Aufgaben nicht zu beneiden: Zwar ist das riesige zentralafrikanische Land einer der rohstoffreichsten Staaten des Kontinents, dennoch ist die Bevölkerung bitterarm und erwartet nun eine Demokratiedividende. Bisher jedoch wirkte der Rohstoffreichtum als Fluch, der Bürgerkrieg, Misswirtschaft und Korruption beflügelte.

Das von Premierminister Antoine Gizenga in Abstimmung mit dem Präsidenten Joseph Kabila am Montagabend vorgestellte neue Kabinett wird das polarisierte Land kaum versöhnen. Gizenga besetzte die wichtigsten Positionen, insbesondere im Bereich Sicherheit und Wirtschaft, mit Vertrauten Kabilas. Neuer Außenminister wird der frühere Rebellenchef Mbusa Nyamwisi, Innenminister bleibt Denis Kalume. Nzanga Mobutu, Sohn des früheren Diktators Mobutu Sese Seko, leitet künftig das Landwirtschaftsministerium. Dem Kabinett gehören 40 reguläre Minister und 20 Stellvertreter an.

Bereits kurz nach der Wahl wurde der Politveteran Gizenga, der bereits in den Sechzigern nach den ersten freien Wahlen unter Patrice Lumumba mitregierte, als Premierminister benannt. Dies war bereits die größte Überraschung, da angenommen wird, dass ihm die Kooperation mit Kabila schwer fallen dürfte.

Die Opposition kritisiert die Regierungsbildung. Tatsächlich dürfte sie in dem durch die Präsidentschaftswahl tief gespaltenen Land zu neuen Konflikten führen. Bei der Wahl sprach sich die Bevölkerung in den jeweiligen Regionen meist mit überwältigender Mehrheit für einen der Kandidaten (Jean-Pierre Bemba oder Kabila) aus.

Im Osten, wo der Bürgerkrieg latent weiter geht, wurde überwiegend Kabila gewählt, da er aufgrund seiner guten Kontakte zum Ausland als Friedensgarant wahrgenommen wurde. Bemba konnte Kabila den Ausverkauf der kongolesischen Reichtümer vorwerfen
Claudia Haydt:

Ein Erfolg für die Militärmacht EU?

IMI-Standpunkt 2007/016, 1.3.2007

Der parlamentarische Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Thomas Kossendey, präsentierte den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses am 28. Februar 2007 eine erste Evaluation des Kongoeinsatzes. Dieser Bericht verstärkt den Eindruck, dass es bei dem Kongo-Einsatz nicht in erster Linie um Förderung von Demokratie und Verbesserung der Situation der Menschen in Kongo ging, sondern um die Etablierung der Europäischen Union als global agierende Militärmacht. Wörtlich heißt es in dem Dokument: „Mit der Operation EUFOR RD CONGO hat die EU ihre Handlungsfähigkeit als globaler Sicherheitsakteur unter Beweis gestellt. ... EUFOR RD CONGO ist ein Meilenstein in der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)“. Der Frage, ob der Militäreinsatz die Lebenssituation der Menschen im Kongo verbessert hat, wird an keiner Stelle des zweiseitigen Dokumentes nachgegangen. Stattdessen geht es im vorliegenden Bereich um die Unterbringung der Soldaten, um deren Versorgung, Betreuung und Fürsorge sowie um deren Ausrüstung. Bis auf kleinere Probleme ist die Bundeswehr mit diesen Bereichen zufrieden. Ebenfalls stolz ist der Bericht darauf, dass das Konzept

und damit im Westen und dort insbesondere in den Armenvierteln Stimmen sammeln. Umso erstaunlicher ist es, dass auch die Provinzparlamente in den Bemba-Hochburgen Senatoren und Gouverneure des Kabila-Lagers ernannten. Die Opposition spricht hier von Betrug. Öl ins Feuer goss dabei die »Unabhängige Wahlkommission« (CEI), indem sie in den Kasai-Provinzen im Zentrum des Landes die Wahl auf den 10. Februar verschob, nachdem sie zwei Tage vor dem Wahltermin die aussichtsreichen Kandidaten der Partei Bembas ausschloss. Zur Begründung hieß es, sie hätten neben der kongolesischen noch eine belgische Staatsbürgerschaft erworben, was nach der Verfassung nicht erlaubt sei. Nach der Verfassung ist Kabila mit 35 Jahren allerdings auch zu jung für das Präsidentenamt, was in diesem Falle jedoch durch eine Sonderregelung außer Kraft gesetzt wurde.

Der Sieg von Kabilas Parteienbündnis in Kinshasa und der westlich gelegenen Provinz Bas-Congo schürte weitere Vermutungen über Bestechungen, da hier Bemba über große Unterstützung verfügt. Eine politisch-religiöse Gruppierung in Matadi (Bas-Congo) rief für den ersten Februar 2007 zu einem Generalstreik gegen das Wahlergebnis auf, woraufhin ihr Büro von der Polizei überfallen und zwölf Anhänger getötet wurden. In der gesamten Provinz brachen noch in derselben Nacht Unruhen aus, die zwei Tage andauerten und bei denen nach Angaben der MONUC über hundert Menschen von Polizei und Soldaten erschossen wurden. Die Menschenrechtsorganisation »Stimme der Stimmlosen« sprach von einem »regelrechten Blutbad«.

Nun steigt auch in Kinshasa die Angst vor neuen Unruhen. Jugendliche Bewohner der Armenviertel veranstalteten am Sonntag öffentliche Wehrsportübungen. Der Militärgouverneur Kinshasas, General Liwanga, sprach deutliche Drohungen gegen Bemba aus, man werde ihn zur Verantwortung ziehen, wenn es zu gewalttätigen Protesten kommt. Die EU bildet in Kinshasa Polizeieinheiten in Aufstandsbekämpfung aus und hat den wichtigsten Positionen der neuen integrierten kongolesischen Armee FARDC Militärberater beigelegt. Der EU, insbesondere Frankreich, werden in Kongo immer wieder neokoloniale Interessen vorgeworfen.

der Multinationalität der Einsätze funktioniert habe und das Kommando Operative Führung Eingreifkräfte in Ulm seine Aufgaben erfüllt habe.

Unzufrieden ist der Bericht jedoch damit, dass es schwer war, genügend Länder zu finden, die Truppen für den Einsatz zur Verfügung stellten. Nun wird nach einer Lösung gesucht um bei zukünftigen EU-Einsätzen schnell genügend Truppen zur Verfügung zu haben. Es ist zu befürchten, dass hier einem weiteren Ausbau der europäischen Schlachttruppen (Battle Groups) das Wort geredet wird. Schnell einsetzbare integrierte EU-Truppen sind unter militärischen Gesichtspunkten nur sinnvoll, wenn diese mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch eingesetzt werden können. Nationale Vorbehalte würden die Einsatzfähigen von Battle Groups nur stören. Deswegen ist eher kurz- als mittelfristig damit zu rechnen, dass die Rechte des Parlaments bei der Kontrolle von Auslandseinsätzen weiter beschnitten werden. Entsprechende Vorstöße aus den Reihen der Regierungskoalition gibt es bereits.

<http://www.imi-online.de/2007.php3?id=1510>

Christoph Marischka:

Kabila entpuppt sich als Diktator

IMI-Standpunkt 2007/037

Während der unterlegene Präsidentschaftskandidat und frühere Oppositionsführer Jean-Pierre Bemba mitsamt seiner Familie im portugiesischen Exil weilt, fürchten die Parlamentsabgeordneten seiner Partei in der „Demokratischen Republik Congo“ (DRC) um ihr Leben. Bemba hatte sich mehrfach geweigert, seine Leibgarde aufzulösen, da er sonst um sein Leben fürchten müsse. In zweitägigen Gefechten Ende März, die bis zu 600 Opfer forderten, wurde diese von Kabilas Truppen im Zentrum Kinshasas jedoch vernichtend geschlagen. Seit dem kam es wiederholt zu bewaffneten Angriffen auf Parlamentsabgeordnete seiner Partei MLC sowie den ihm nahe stehenden Gouverneur der Provinz Équateur José Makila. Am 15. April setzten die Abgeordneten der MLC daraufhin ihre Arbeit aus und überreichten Kabila ein Memorandum, in welchem sie mehr Sicherheit forderten.

Eine weitere unterlegene Präsidentschaftskandidatin erwartet derzeit ein Urteil des Militärgerichts in Kinshasa. Ihr droht die Todesstrafe. Marie-Therese Nlandu war bereits im ersten Wahlgang mit ihrer „Partei für den Frieden“ ausgeschieden und hatte daraufhin zur Wahl Bembas aufgerufen. Nach Bekanntgabe der Ergebnisse des zweiten Wahlgangs vertrat die Juristin, deren Familie in London lebt, Bemba vor dem obersten Gerichtshof, wo er die Gültigkeit der Wahl anfechten wollte. Während sie vor dem Gerichtsgebäude zu dessen Anhängern sprach, brach ein Feuer aus und fielen Schüsse. Als sie etwas später aus anderen Gründen zur Polizeiwache ging, wurde sie festgenommen. Laut Amnesty International wird ihr nun die Organisation einer Aufstandsbewegung vorgeworfen. Unterstützerinnen beklagen, einige ihrer Anhänger wären gefoltert worden, um Aussagen gegen sie zu erpressen. Darüber hinaus soll sich Marie Therese Nlandu im berüchtigten

Gefängnis Makala mit Malaria infiziert und eine Lungeninfektion zugezogen haben.

Auf eine parlamentarische Anfrage hin musste der Europäische Rat zugeben, dass er sich mit dem Thema noch nicht intensiv befasst hat: „[D]ie Vertretung des Vorsitzes vor Ort in Kinshasa [hat] Anfang Januar 2007 ein Schreiben an den kongolesischen Justizminister gerichtet, in dem der Vorsitz seine große Besorgnis sowohl in Bezug auf die Haftbedingungen als auch auf die Überweisung an ein Militärgericht zum Ausdruck bringt. Auch der Sonderbeauftragte der Europäischen Union Aldo Ajello wird diese Frage bei einem der nächsten Treffen mit den kongolesischen Behörden zur Sprache bringen.“ Zur Erinnerung: Im zweiten Halbjahr 2006 hat die EU in der DRC einen Kampfeinsatz durchgeführt, vermeintlich um demokratische Wahlen zu ermöglichen, bei denen unter militärischer Aufsicht der EU der frühere, aus einem Bürgerkrieg hervorgegangene Präsident Joseph Kabila im Amt bestätigt wurde.

Noch heute finden zwei ESVP-Missionen in dem Land statt, eine soll beim Aufbau der neuen Armee helfen, mit der anderen werden spezielle Polizeieinheiten in der Hauptstadt ausgebildet. Am 24. April unterzeichneten Belgien und die Regierung der DRC ein bilaterales Abkommen zur Verstärkung ihres Programmes der Militärpartnerschaft. Auch hierbei geht es um die Ausbildung von Soldaten und Lieferungen von Ausrüstung. Am Tag zuvor war der britische Staatssekretär für Entwicklung in Kinshasa angekommen, traf sich mit Kabila und versprach eine „Spende“ an das rohstoffreich Land in Höhe von 140 Mio. US\$.

<http://www.imi-online.de/2007.php3?id=1554>

Christoph Marischka:

Battle-Groups mit UN-Mandat - Die gemeinsame Vision von EU und UN

IMI-Analyse 2007/030

Militärmissionen unter mittlerweile fast ausschließlich robustem Mandat der UN haben seit Beginn der 90er Jahre massiv zugenommen. Insbesondere seit 2003 bemüht sich die EU als Regionalorganisation um eine enge Zusammenarbeit mit der UN, was häufig als „Bekenntnis zum Multilateralismus“ interpretiert wird. Betrachtet man diese Zusammenarbeit jedoch näher, so wird deutlich, dass es der EU um einen größtmöglichen Einfluss auf die UN geht und sie diesen nutzen will, um sich ihre Weltordnungspolitik legitimieren zu lassen. Dies wird auch im Verteidigungsweißbuch der deutschen Bundesregierung, welche die Kooperation mit der UN wesentlich vorangetrieben hat, deutlich. Der zentrale Satz im knappen Unterkapitel „2.5. Vereinte Nationen“ lautet: „Denn gerade, wenn es zum Einsatz militärischer Gewalt kommt, ist die völkerrechtliche Legitimation entscheidend“. (1) Im Entwurf kam dieser Gedanke noch deutlicher zum Vorschein. Dort hieß es noch: „Die einzigartige Bedeutung der Vereinten Nationen besteht darin, einen notwendig werdenden Einsatz militärischer Gewalt mit der völkerrechtlichen Legitimität zu versehen.“ (2)

Europäische Weltordnungspolitik

Im September 2003 wurde von der EU-Kommission eine Mitteilung zum Stand und zu den Perspektiven der EU-UN-Beziehungen an den Rat und das Parlament übermittelt. Darin heißt es: „Es ist an der Zeit, die Rolle der EU im UN-System generell zu überdenken.“ Die EU solle mehr Einfluss erreichen und die Mitgliedsstaaten ihr Handeln gegenüber den UN abstimmen, denn: „Zwar spricht die EU in den UN-Debatten allmählich immer mehr mit einer Stimme, doch ihr echter Einfluss und ihre Fähigkeit zur Vermittlung europäischer Werte auf der Weltbühne bleiben hinter ihrem wirtschaftlichen und politischen Gewicht und auch hinter ihrem finanziellen Beitrag zu den UN-Einrichtungen zurück.“ (3)

Wurde noch 2002 vom Europäischen Parlament abgelehnt, mittels eines Berichts die Beziehungen zur UN zu definieren, erfolgte dies im Anschluss an die erfolgreiche Probemission Artemis in der Demokratischen Republik Congo (DRC) im Januar 2004 mit der Annahme des „Berichts über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinten Nationen“ (4). Wie zuvor die Kommission weist auch das EP „darauf hin, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten mehr als 50 Prozent der Beitragsmittel der Vereinten Nationen sowie der friedenserhaltenden Truppen und mehr als 60 Prozent der internationalen Entwicklungshilfe bereitstellen und somit eine Schlüsselrolle in der Frage der künftigen Gestaltung der Vereinten Nationen einnehmen sollten“. Das Dokument ist beseelt von dem Gedanken einer Weltordnungspolitik der EU. So wird in der Begründung der vertieften Zusammenarbeit Jean Monnet mit den Worten zitiert: „Europa ist ein Beitrag zur besseren Welt“. Gleichzeitig wird mit einem Zitat von Kofi Annan an die Abhängigkeit der UN von den Mitgliedsstaaten erinnert: „Die Vereinten Nationen sind kein Selbstzweck. Vielmehr sind sie ein Mittel, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Ihre Stärke hängt von der Unterstützung der Mitgliedstaaten ab.“ Der Verfasser des Berichts, der deutsche CDU-Politiker Armin Laschet, wiederholte diese Abhängigkeit in der „Zeitschrift für die Vereinten Nationen“ und machte damit zugleich deutlich, dass eine Steigerung des Einflusses der EU ohne zusätzliches Engagement der EU nicht denkbar ist: „Weltordnungspolitik wird unwirksam bleiben, wenn die multilateralen Institutionen nicht in der Lage sind, eine effiziente Umsetzung ihrer Entscheidungen und Normen zu gewährleisten. Aber die UN können nur das leisten, was ihre Mitgliedsstaaten zu leisten bereit sind. Bei der Um- und Durchsetzung der Entscheidungen der Vereinten Nationen trägt die EU eine besondere Verantwortung.“ (5)

Mehrfach beschwert sich der Laschet-Bericht jedoch darüber, dass dem EP in außenpolitischen Fragen keine Entscheidungsgehalt zugebilligt wird. Das Parlament nimmt „mit Bedauern zur

Kenntnis, dass die Kommission davon Abstand genommen hat, Empfehlungen hinsichtlich der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der UNO und dem Europäischen Parlament (einem der politischen Entscheidungsträger der Union und Haushaltsbehörde in diesem Bereich) zu unterbreiten, obwohl sie dies in Bereichen der Zuständigkeit des Rates der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten getan hat“. (6) Dieser Vorwurf ist durchaus gerechtfertigt, denn die Fakten wurden bereits außerhalb des Parlaments geschaffen.

Artemis als Katalysator

Der erste autonome Militäreinsatz der EU (7) im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) fand 2003 in der Demokratischen Republik Congo (DRC) statt. Vorausgegangen waren ihm eine Anfrage und ein Mandat der UN, konkreter Inhalt war die vorübergehende Sicherung der Stadt Bunia, um Austausch und Aufstockung der in der DRC ebenfalls - aber langfristig - stationierten Soldaten der UN-Truppe MONUC zu ermöglichen. Dieser Einsatz „Artemis“ wurde als Geburtsstunde der ESVP gefeiert denn er hat erstmals die vollständige militärische Handlungsfähigkeit der EU demonstriert und zudem als praktische Übung für multilaterale Einsätze unter der neuen politischen Kommandostruktur gedient. Doch auch für die Zusammenarbeit zwischen EU und UN war er wegweisend: Im September 2003, noch ehe die letzten Soldaten abgezogen wurden, unterzeichneten beide Organisationen („aufbauend auf dem Erfolg von Artemis“) (8) eine „gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit von EU und UN beim Krisenmanagement“. (9) Die EU wurde dabei vom Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSC) vertreten. Dieses war 2001 durch Beschluss des Rates gegründet worden, hat die politische Führung bei der Entwicklung der militärischen Fähigkeiten der EU und erarbeitet die Leitlinien des EU-Militärausschusses. Das PSC prüft in Frage kommende ESVP-Missionen, erarbeitet für diese Konzepte, die es dem Rat vorlegt und übernimmt im Falle eines tatsächlichen Einsatzes die politische und strategische Leitung.

Die knapp gehaltene gemeinsame Erklärung verweist auf die Fortschritte beim gemeinsamen Krisenmanagement in Bosnien, wo die EU zu Beginn 2003 das Mandat für eine internationale Polizeitruppe von den UN übernommen hatte, sowie in der DRC, wo nach der „schnellen Entsendung [von Artemis] auf Anfrage“ gerade eine weitere Polizeimission mit UN-Mandat geprüft wurde. (10) Konkret sprachen sich beide Seiten dafür aus, einen Abstimmungsmechanismus zwischen der EU und den UN auf der Arbeitsebene einzurichten. Im so genannten EU-UN Lenkungsausschuss (Steering Committee) treffen sich seit 2004 mindestens halbjährlich

Vertreter des EU-Ratssekretariats und des 1992 gegründeten und mit der Planung von UN-Einsätzen beauftragten UN Department for Peacekeeping Operations (DPKO), um Verbindungsbeamte auszutauschen, vergangene Einsätze auszuwerten und die logistischen Anforderungen anstehender Missionen zu besprechen. Hier wurden auch die konkreten Vorschläge für die Umsetzung der Kooperation im Bereich militärischer Kriseneinsätze ausgearbeitet, die bereits im Juni 2004 als Implementierungsprogramm vom Rat angenommen wurden.(11)

Katalog der Kooperationen

Die EU betont in diesem Implementierungsprogramm die Autonomie der Mitgliedsstaaten, selbst darüber zu entscheiden, wie viele Soldaten sie für Einsätze unter dem Kommando der UN zur Verfügung stellen. Hierfür bietet die EU lediglich einen Abstimmungsmechanismus („clearing house process“) an, bei dem sich die EU-Staaten auf freiwilliger Basis und Anfrage eines Mitglieds oder auch des UN-Generalsekretärs gegenseitig über ihre Bereitschaft informieren, Truppen und Kapazitäten beizusteuern (wie das bei der europäischen Unterstützung der neuen UNIFIL-Mission im Libanon der Fall war).(12) Eine deutliche Präferenz vonseiten der EU deutet sich allerdings für die andere Option an, UN-Einsätze durch ESVP-Missionen unter der politischen Kontrolle und strategischen Leitung der EU selbst zu unterstützen. In diesem Fall kann die EU entweder das gesamte Mandat einer UN-Resolution ausfüllen („stand-alone“, Beispiel: Bosnien) oder die Verantwortung für eine bestimmte Komponente, etwa die Reform des Sicherheitssektors, im Rahmen einer UN-Mission übernehmen („modular approach“).

Mit Verweis auf das Europäische Rüstungsziel (Headline Goal) zum Jahr 2010 und die damals noch nicht einmal beschlossenen Battle-Groups werden insbesondere die europäischen Kapazitäten bei der schnellen Krisenreaktion angepriesen. Tatsächlich ist das Konzept der Battle-Groups, das auch auf Erfahrungen aus der Mission Artemis aufbaut, exakt hierauf ausgerichtet.(13) Sie sind „vorrangig (aber nicht exklusiv) ... bestimmt für, aber nicht begrenzt auf den Gebrauch für zusammenbrechende oder zusammengebrochene Staaten (von denen sich die meisten in Afrika befinden)“.(14) Bei den meisten der mittlerweile bereitstehenden Battle-Groups handelt es sich um multinationale Verbände mit etwa 1.500 Soldaten, die innerhalb von fünf bis zehn Tagen verlegbar und dann 30 Tage autonom einsatzfähig sind. Wird in dieser Zeit Nachschub organisiert, lässt sich ihr Einsatz auf 120 Tage ausdehnen, innerhalb derer eine weitere EU- oder UN-Mission vorbereitet werden kann. Dies entspräche dem in der gemeinsamen Konzeption von EU und UN dargestellten „Bridging-Model“. Der EU-Einsatz endet dabei mit der Übergabe der Verantwortung an die UN, verpflichtet die EU zuvor aber auch zu politischen Anstrengungen, damit auch dem folgenden Einsatz ein ausreichendes Mandat und ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen. Als Beispiel für solches „Bridging“ wird wiederum die Mission Artemis benannt,(15) obwohl es hier nur um die temporäre und räumlich auf die Stadt Bunia begrenzte Übernahme der Verantwortung durch die EU ging.

Als letzte Variante wird das „Stand-by-model“ vorgeschlagen, das besonders für UN-Einsätze in Afrika relevant sei. Hierbei würde die EU außerhalb des eigentlichen Einsatzgebietes Truppen bereithalten, die im Falle einer Lageverschärfung kurzfristig eingreifen und die UN-Einheiten unterstützen oder beispielsweise evakuieren könnten. Inwieweit solche Einsätze realisierbar seien, müsse jedoch noch geklärt werden und hänge von einer engen Kooperation zwischen EU und UN bereits bei der Planung der UN-Mission ab.(16)

„Übergeordnetes Ziel der konzeptionellen Überlegungen der EU

ist die Identifizierung geeigneter Maßnahmen der EU zur angestrebten Unterstützung für die UN im militärischen Krisenmanagement“, resümiert Sybille Lang, wissenschaftliche Referentin im Führungsstab der Bundeswehr. Deutlich macht sie aber auch, dass die EU der UN keine Truppen generell zur Verfügung stellen will oder kann, sondern die Entscheidung bei den Mitgliedsstaaten verbleibt: Die „roten Linien“ der EU bei der Zusammenarbeit mit der UN „bestehen insbesondere in der Ablehnung der EU, einen möglichen UN-Rückgriff auf ESVP-Kräftebeiträge als Automatismus zu gestalten und gegebenenfalls durch die EU im Rahmen der ESVP freiwillig bereitgestellte Kräfte einem UN-Kommando zu unterstellen.“(17) Eine Verpflichtung hierzu wäre aber ein echtes Bekenntnis zum Multilateralismus. Das Angebot verschiedener Unterstützungsleistungen unter eigenem Kommando hingegen zielt in erster Linie auf mehr Einfluss auf die Entscheidungen des DPKO (quasi der UN-Militärstab) und auf mehr Einfluss auf die konkreten Einsätze, die unter UN-Mandat stattfinden.

African Peace Facility

Ebenfalls 2003 richtete die Europäische Union eine „African Peace Facility“ mit einem Budget von 250 Mio. Euro für die Afrikanische Union (AU), insbesondere deren Militäreinsätze und die Evaluierung dieser ein.(18) Die Hälfte des Betrages wird direkt aus dem Europäischen Entwicklungsfond bereitgestellt, die andere Hälfte müssen die afrikanischen Staaten anteilig von ihren Geldern, die sie im Rahmen des Cotonou-Abkommens aus demselben Topf erhalten, beisteuern. Will die AU jedoch eine Mission durchführen und diese Mittel abrufen, muss sie eine entsprechende Anfrage an die Europäische Kommission stellen, die daraufhin die EU-Mitgliedsstaaten einlädt, Einfluss auf die operationelle Planung zu nehmen. Wenn die EU die Pläne unterstützt, bemüht sie sich, im UN-Sicherheitsrat ein Mandat für den Einsatz zu erreichen. Bislang muss ein solches Mandat außerdem den Einsatz von Kräften aus Drittstaaten umfassen, da die AU selbst über keine ausreichende Logistik verfügt. So besteht die AU-Mission AMIS in Darfur zwar aus über 6000 Soldaten aus Gambia, Kenia, Nigeria, Ruanda, Senegal und Südafrika, diese werden jedoch mit Flugzeugen der deutschen, niederländischen, britischen und US-amerikanischen Streitkräfte versorgt und transportiert.

Die AU ist eine Regionalorganisation, der alle Staaten Afrikas außer Marokko angehören. Ihre Gründung 2002 löste gleichzeitig die Organisation Afrikanische Einheit (OAU) auf, die noch auf dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten beruhte. Ursprüngliches Ziel war es, durch Kooperation ein größeres Gewicht Afrikas in internationalen Organisationen und bei der Gestaltung der Globalisierung, die oft zulasten afrikanischer Gesellschaften geht, zu erlangen. Mittlerweile wird die AU aber immer häufiger für riskantere UN-mandatierte Missionen in afrikanischen Staaten eingesetzt. Dies entspricht der Strategie der UN, für Peacekeeping verstärkt auf Regionalorganisationen zurückzugreifen. Indem die EU die Finanzierung und Logistik dieser Einsätze stellt, nimmt sie massiven Einfluss auf die Militärpolitik in Afrika, ohne unmittelbar sichtbar zu sein und größere Risiken einzugehen.(19)

EUFOR DRC

Zur intensiven militärischen und strategischen Zusammenarbeit kam es jedoch erst wieder 2006, nachdem der „Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU, Javier Solana, gegenüber der UN Bereitschaft für ein erneutes Engagement in der DRC signalisierte und von der UN eine offizielle Anfrage an die EU erging. Die EU sollte und wollte während der Wahlen im Sommer eine eigene Mission nach Kinshasa entsenden, um erneut die dort bereits stationierte UN-Truppe MONUC

bei der Absicherung der Wahlen zu unterstützen. Insbesondere der EU-Entwicklungskommissar Louis Michel, zuvor Außen- und Außenhandelsminister der ehemaligen Kolonialmacht am Kongo (Belgien), sowie Frankreich drängten auf diesen Einsatz, Deutschland erklärte sich bereit, die Führung der EUFOR DRC zu übernehmen, da es in dieser Region weniger mit kolonialen Erblasten assoziiert wird. „Kern“ der Mission war die im ersten Halbjahr 2006 von Deutschland gestellte Battle-Group, welche damals jedoch noch nicht für „voll einsatzfähig“ erklärt worden war.(20) Die erste Battle-Group erreichte jedoch im Anschluss an den Einsatz in der DRC und die Übung European Endeavour im 1. Halbjahr 2007 die „Full Operational Capability“.(21) Deutschland konnte auch die an den Einsatz anschließende deutsche Ratspräsidentschaft für die Aufarbeitung der erneuten engen Kooperation mit der UN nutzen. Bereits im Februar empfing das deutsche Auswärtige Amt in Berlin den neuen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon und eine Woche später die damalige Präsidentin der Generalversammlung der Vereinten Nationen, Sheika Haya Rashed Al Khalifa. Am 2. März diskutierten die EU-Verteidigungsminister auf ihrem informellen Treffen in Wiesbaden unter deutschem Vorsitz die Kooperation mit der UN. Das Verteidigungsministerium initiierte vom 19. bis 21. März 2007 in Berlin ein Seminar unter dem Titel „Militärische Aspekte der Zusammenarbeit EU-UN in Krisenmanagementoperationen im Lichte der EUFOR DR CONGO“, bei dem ein besserer und regelmäßiger Austausch zwischen beiden Organisationen in Militärfragen angemahnt und ein gemeinsames Vorgehen bei „Fact-Finding-Missions“ besprochen wurde.(22) Generalmajor Manfred Lange, Stabsabteilungsleiter für Militärpolitik und Rüstungskontrolle im Verteidigungsministerium, erklärte zu diesem Anlass: „EU und Vereinte Nationen teilen die gleiche Vision von einer sicheren Welt“.(23) Im Mai veranstaltete das Auswärtige Amt gemeinsam mit dem „Center on International Cooperation“ der New York University und dem Berliner „Zentrum für Internationale Friedenseinsätze“ (ZIF) eine öffentliche Diskussionsrunde zum Thema „Europa, die Vereinten Nationen und die Zukunft internationaler Friedensmissionen.“ Im folgenden Juni unterzeichneten am Rande des G8-Gipfels in Heiligendamm der deutsche Außenminister Steinmeier als Vertreter der EU-Ratspräsidentschaft und der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon erneut eine gemeinsame Kooperationserklärung. Ban Ki-moon hatte erst im Februar zwei Vorschläge zur Stationierung internationaler Truppen in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik geäußert. Das neue Abkommen mit der EU lobt zunächst die vorangegangene Zusammenarbeit beider Organisationen in der DRC, Bosnien, Afghanistan und die Unterstützung der AU durch die EU (wobei die ausbleibende militärische Unterstützung für die hoffnungslose Mission der AU in Somalia keine Erwähnung findet) und stellt fest, dass die Battle-Groups mittlerweile voll einsatzfähig sind. Sodann werden eine engere Kommunikation und die Schaffung neuer Koordinationsmechanismen angemahnt. Der UN-EU Lenkungsausschuss soll weiterhin regelmäßig und bei Bedarf auch ad hoc zusammentreten. Insbesondere aber soll es zu einem regelmäßigen Austausch zwischen dem Generalsekretariat der UN und dem PSC der EU kommen.(24)

Die kommenden Kriege

Ein solcher fand bereits am 17. Juli statt. Der stellvertretende UN-Sekretär für Friedensmissionen, Jean-Marie Guehenno, war zu Gast beim PSC und bat dort die Vertreter der Mitgliedsstaaten um eine hochmobile Truppe, welche im Tschad, wo sich angeblich 230.000 Flüchtlinge aus dem Sudan aufhielten, stationiert werden soll. Die UN plane gemeinsam mit der Afrikanischen Union (AU) eine Polizeimission, die zeitgleich im vierten Quartal 2007 begin-

nen solle. Die Regierung des Tschad sei in diese Pläne eingeweiht und einverstanden. Diese Mission sei Teil der Bemühungen, das angrenzende Darfur zu stabilisieren. Bis Ende des Jahres sollen dort 26.000 Soldaten, ebenfalls in einer „hybriden“ UN-AU-Mission stationiert werden.(25)

Am selben Tag informierte der portugiesische Vertreter des PSC Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Europäischen Parlaments darüber, dass gegenwärtig eine ESVP-Mission in Guinea-Bissau erwogen werde. Eine Sondierungsmission hätte bereits unter deutscher Ratspräsidentschaft stattgefunden.(26) Ziel des Militäreinsatzes „könnte unter anderem“ der zunehmende Drogenhandel in Westafrika sein, außerdem hätten sich einige Mitgliedsstaaten besorgt über die dortige Sicherheitslage gezeigt, ein konkreterer Anlass für den Einsatz von Soldaten wird jedoch nicht genannt. In dem kleinen Land an der westafrikanischen Küste mit knapp 1.5 Mio. Einwohnern gibt es unerschlossene Erdölvorkommen.

Als Vorbild der Mission könnte sicherlich die Übung „European Endeavour 06“ dienen, mit der die erste Battle-Group ihre volle Einsatzbereitschaft unter Beweis stellte. Das Szenario war damals folgendes: „Die fiktive Republik Fontinalis wurde von einem Bürgerkrieg erschüttert. Jetzt gibt es ein sogenanntes ‚solides Mandat der Vereinten Nationen‘. 1.500 Soldaten aus Deutschland, den Niederlanden und Finnland werden ab sofort für die Sicherheit in dem circa 6.000 Kilometer entfernten Land sorgen.“(27) Auch die Befehlshaber der europäischen Marinen haben mit ihrem „Generic European Maritime Concept of Operations“ von 2004 sicherlich Vorarbeit geleistet, als sie neben der Abbildung eines fiktiven Küstenabschnitts, den Beobachter aber unisono als Westafrika nachempfunden identifizierten.(28) folgende Situation durchspielten: „Seit einiger Zeit sind Kampfhandlungen zwischen den beiden ethnischen Bevölkerungsgruppen Klins und Therc in Poruee im Gange. Alle Versuche, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, sind gescheitert. Die Nachbarstaaten Troid und Chague, die über beträchtliche militärische Fähigkeiten verfügen, unterstützen jeweils die angrenzende ethnische Bevölkerungsgruppe Klins bzw. Therc. In den vergangenen beiden Wochen sind die Kampfhandlungen abgeflaut. Es bestehen gute Aussichten auf erfolgreiche Friedensverhandlungen. Voraussetzung ist aber, dass die Nachbarstaaten Troid und Chague sich zukünftig neutral verhalten. Ein Einsatz von Streitkräften unter EU-Führung wird nicht von allen Konfliktparteien akzeptiert; andererseits hat keine Partei einem Einsatz ausdrücklich widersprochen. Die Therc unterstützen offen eine EU-Operation und sind auch bereit, EU-Streitkräfte aufzunehmen. Erste Verhandlungen haben ergeben, dass die EU-Streitkräfte möglicherweise ohne Widerstand in das Einsatzgebiet gelangen können. Gefahr droht durch kriminelle Elemente in Poruee, die robusten Widerstand gegen die eigene Regierung leisten und den Einsatz der EU-Streitkräfte ablehnen. Aber auch mit terroristischen Anschlägen muss gerechnet werden.“(29)

Anmerkungen

- (1) Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 2006. Zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin, 25.10.2006
- (2) Vgl. Kutscha, Martin: Abschied von der Friedensstaatlichkeit? - Stellungnahme zum Entwurf eines „Weißbuchs zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“ vom 28. April 2006
- (3) Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament - Die Europäische Union und die Vereinten Nationen: ein Plädoyer für den Multilateralismus, KOM/2003/0526 endg.
- (4) EP-Dokument A5-0480/2003 endg.

- (5) Armin Laschet: Für einen effizienten Multilateralismus - Gemeinsame Werte von Europäischer Union und Vereinten Nationen, in: Vereinte Nationen 2/2004
- (6) EP-Dokument A5-0480/2003 endgültig
- (7) Bei früheren EU-Missionen musste auf die Kommandostrukturen und v.a. die logistischen Fähigkeiten der NATO zurückgegriffen werden.
- (8) EU-UN co-operation in Military Crisis Management Operations, Elements of Implementation of the EU-UN Joint Declaration („Elements of Implementation“), <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/EU-UN%20co-operation%20in%20Military%20Crisis%20Management%20Operations.pdf>
- (9) Joint Declaration on UN-EU Co-operation in Crisis Management, Council of the European Union (12730/03)
- (10) Diese Mission findet seit April 2005 unter dem Namen EUPOL KINSHASA statt.
- (11) EU-UN co-operation in Military Crisis Management Operations, Elements of Implementation of the EU-UN Joint Declaration
- (12) Lang, Sybille: Militärische Aspekte der Zusammenarbeit EU-VN im Krisenmanagement. Lang verwendet für die UN das deutsche Kürzel VN, das in den Zitaten der sonstigen Schreibweise angepasst wurde.
- (13) Kamp, Karl-Heinz: Europäische 'Battle Groups' - ein neuer Schub für die ESVP?, Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung Nr. 15/ 2004
- (14) Kempin, Ronja: Frankreich und die EU-Battlegroups, Diskussionspapier der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik, FG3-DP 01, Mai 2004
- (15) Elements of Implementation, a.a.O.
- (16) Elements of Implementation, a.a.O.
- (17) Lang, a.a.O.
- (18) Das Budget von 250 Mio. Euro diente lediglich als Erstaussstattung, 2006 wurde der Etat um 50 Mio aufgestockt und für die Jahre 2008 bis 2010 erneut 300 Mio. Euro eingestellt.
- (19) Vgl. Marischka, Christoph: AU wird mobilisiert, IMI-Standpunkt 2007/013, <http://www.imi-online.de/2007.php?id=1505>
- (20) „Die Bundeswehr wird konsequent auf die Verbesserung ihrer Einsatzfähigkeiten ausgerichtet“, Interview mit Wolfgang Schneiderhan, in: Wehrtechnik 4/2006. Die Battlegroups stehen nach jeweils sechs Monaten nationalem und internationalem Training für ein Halbjahr bereit, dann werden sie abgelöst.
- (21) Mayerhöfer, Leo: Voll Einsatzbereit - Kommando Operative Führung Eingreifkräfte, in: Strategie und Technik März 2007
- (22) Lang, a.a.O.
- (23) „Gemeinsame Vision – verschiedene Verfahren“, Pressemitteilung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, http://www.eu2007.de/de/News/download_docs/Maerz/0319-RAA/Pressemitteilung.pdf
- (24) Joint Statement on UN-EU cooperation in Crisis Management, Rats der Europäischen Union, 7.6.2007, <http://www.consilium.eu.int/uedocs/cmsUpload/EU-UNstatmntoncrsmngmnt.pdf>
- (25) Europe Diplomacy & Defence, The Agence Europe Bulletin on ESDP and Nato No. 51
- (26) Ebd.
- (27) <http://www.streitkraeftebasis.de>, 16.8.2006. Die Entfernung von Berlin nach Bissau beträgt 5.200km.
- (28) Vgl. Plotzki, Johannes: „Weltweit führen und handeln“ - Deutsche Marine, Flottenkommando und EU-Militärpolitik, IMI-Analyse 2006/012 - in: AUSDRUCK Juni 2006, sowie: Geopowers.com, News I/2004
- (29) Zit. nach Plotzki, a.a.O.

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig. Unsere Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Adresse:
 Informationsstelle Militarisierung e.V.
 Hechingerstr. 203
 72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
 Fax: 07071/49159
 e-mail: imi@imi-online.de
 web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.

